

Die Berliner Widerstandsgruppe um Herbert Baum



**Informationen zur Diskussion um die
Benennung des Hauptgebäudes der
TU Berlin. Herausgegeben vom ASTA der TU BERLIN**

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	3
Die Berliner Widerstandsgruppe um Herbert Baum: Junge Kommunisten und Juden im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur	
Judenverfolgung und jüdische Jugendgruppen 1933-1938	4
Kommunistischer Widerstand	4
Zwangsarbeit	5
Entstehung der Gruppe	5
Widerstandsarbeit 1941/42	6
Verfolgung	8
Dokumentation	
Chronologie der Judenverfolgung	9
Zum Abschnitt: Kommunistischer Widerstand	15
Zum Abschnitt: Zwangsarbeit	17
Zum Abschnitt: Entstehung der Gruppe	24
Zum Abschnitt: Widerstandsarbeit 1941/42	25
Zum Abschnitt: Verfolgung	38
Kurzbiographien der Mitglieder der Gruppe Baum	40
Literaturhinweise	53
Die Benennung des Hauptgebäudes der TU Berlin in Herbert-Baum-Gebäude durch die Studentenschaft - Chronologie und Dokumentation	
Chronologie	54
Dokumentation	
AStA-Plakat und Presseerklärung des AStA vom 31.1.84	57
Erklärung des FDP-Abgeordneten Dittberner zur Benennung	58
Presseerklärung des TU-Präsidenten vom 8.2.84	59
Mündliche Anfrage im Abgeordnetenhaus vom 16.2.84	61
Offene Briefe	65
Einige Zeitungsberichte zur Benennung	69
Artikel aus der jüdischen Zeitschrift "Der Weg" vom 25. April 1947 von Heinz Galinski	77

© 1984 Allgemeiner Studentenausschuß der Technischen Universität Berlin
V.i.S.d.P.: Michael Lenz, c/o AStA-TU, Marchstr. 6, 1000 Berlin 10
Druck: AStA-Druckerei
1. Auflage 1 - 2.000
2. Auflage 2.001 - 5.000

DIE U

Im Namen des
USA und UdSSR
Treue hat sie
atomaren Stra
Mit brutaler
die einst vor
rung weiterer
völkerung dur
die zivilisier
bereit, sond
Art den Tod
Gattungsfrag
wegungen kämp
Atom - und Ur
Wir vom Allg
haben mit un
1983/84 dazu
Menschlichen
takulären Akt
Frieden veru
"Überfluß -
giftung" bew
Dritten Reich
des Wissensc
kenntnisse e
diese Aktion
TU- Hauptgeb
von Profess
"Widerstand
des Hauptgeb
Herbert Baum

TU - Leitung
unsere Forde
und Hilflosi
Dr.-Ing. Jür
anlässlich de
zu einem für
einmaligen R
der FDP, Pro
Unkenntnis ü
Vergleichen,
Schriftzug "
Gedenktafel
entfernt. Di
erfahren. Es
Gemeinde zu
Dr. Norbert

VORWORT

DIE UNVERBRAUCHBARE SUCHE NACH MENSCHLICHEN IDEALEN

Im Namen des Friedens füllen die Super- und Gegenmächte USA und UdSSR ihre Waffenkammern täglich auf. In blinder Treue hat sich die Vasallenrepublik Deutschland der atomaren Strategie der USA bedingungslos gebeugt. Mit brutaler Ignoranz setzte der Deutsche Bundestag die einst von den Sozialdemokraten initiierte Stationierung weiterer US-Atomraketen gegen die Mehrheit der Bevölkerung durch. Aber nicht nur für den Tag X hält die zivilisierte Menschheit Kernwaffen im Überschuß bereit, sondern sie leidet durch Vergiftungen aller Art den Tod von Mensch und Tier auf Raten ein. Die Gattungsfrage ist längst gestellt. Neue soziale Bewegungen kämpfen für eine Politik des Lebens gegen Atom- und Umweltschad.

Wir vom Allgemeinen Studentenausschuß der TU Berlin haben mit unseren Friedensaktionen im Wintersemester 1983/84 dazu beitragen wollen, den "Abbau des Menschlichen" zu stoppen. Mit Diskussionen und spektakulären Aktionen wurde der Raketenanschlag auf den Frieden verurteilt, die Absurditäten der Gegenwart "Überfluß - Überrüstung - Welthunger - Umweltvergiftung" bewußt gemacht, an die unteilbare Schuld des Dritten Reiches erinnert und die Widerstandsbereitschaft des Wissenschaftlers gegen den Mißbrauch seiner Erkenntnisse eingefordert. Sichtbaren Ausdruck fanden diese Aktionen in einer symbolischen Blockade des TU- Hauptgebäudes, einer Diskussionsveranstaltung von Professoren und Gewerkschaftern zum Thema "Widerstand bis hin zum Streik" und der Benennung des Hauptgebäudes nach dem jüdischen Widerstandskämpfer Herbert Baum.

TU - Leitung und die offizielle Politik haben auf unsere Forderungen mit einer Mischung aus Aggressivität und Hilflosigkeit reagiert. TU - Präsident, Professor Dr.-Ing. Jürgen Starnick, griff offenbar aus Überforderung anläßlich der genannten Diskussionsveranstaltungen zu einem für die jüngere deutsche Universitätsgeschichte einmaligen Raumverbot. Der Hochschulpolitische Sprecher der FDP, Professor Dr. Jürgen Dittberner, entlud seine Unkenntnis über die Herbert - Baum - Gruppe in peinlichen Vergleichen. In Nacht- und Nebelaktionen wurde der Schriftzug "Herbert - Baum - Gebäude" und eine entsprechende Gedenktafel von subalternen Unibeamten immer wieder entfernt. Die Namensgebung hat aber auch Unterstützung erfahren. Es seien hier nur der Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, die Abgeordneten Dr. Norbert Meisner und Reinhardt Behr genannt.

In dieser Broschüre wurden zum Widerstand im Dritten Reich am Beispiel der Herbert - Baum - Gruppe wichtige Materialien zusammengetragen. Die Broschüre soll unser Motiv, Zeichen setzen zu wollen, verdeutlichen helfen. In dieser Zeit, in der sich Wissenschaftler abermals als willfährige Objekte mißbrauchen lassen, kommt es darauf an, Impulse und Fingerzeige für andere Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Der Rückgriff auf die Geschichte soll nicht in Fehlern falscher Analogien enden. Wir wissen, daß Geschichte sich nicht identisch wiederholen wird. Wir meinen jedoch, in den gegenwärtigen Entwicklungstrends die unverarbeitete Vergangenheit wiedererkennen zu können. Die Kluft zwischen Wissenschaft - Politik - Ethik wird gegenwärtig unüberbrückbar groß. Unter dem Deckmantel von Sachzwängen setzt sich eine unmenschliche Politik erfolgreicher als jemals zuvor durch. Die erst durch wissenschaftliche Erkenntnisse ermöglichten neuen Technologien (Mikroelektronik, Gentechnik, Raumfahrt etc.) lassen der "Zukunft keine Zukunft" mehr, wenn nicht mit schmerzhaftem Nachdruck die Umkehr erfolgt. Nicht der Profit, sondern die Wirkungszusammenhänge der Natur können die einzigen Maximen des Handelns sein.

Die "Deutsche Wissenschaft" hatte sich schon einmal aufgegeben, sie verlieh dem Hitler - Regime ideologisch und technologisch die Mörderkraft. Am Ort der höchsten Gleichschaltung und des ungestörten Mißbrauchs der Wissenschaft soll die Namensgebung ein Zeichen setzen.

Die Herbert - Baum - Gruppe stand, als andere den Mut zum Widerstand längst verloren hatten, wie ein Fels gegen die Barbarei. Mit der Namensgebung wird der überfällige Bruch mit dem Geist der alten Technischen Hochschule Charlottenburg vollzogen. Heute, wo die TU - Berlin sich anschießt, unter Ausschaltung kritischer Wissenschaftspotentiale die Kooperation mit der amerikanischen Kader- und Rüstungsschmiede M.I.T. aufzubauen, ist der Bruch mit der unseligen Vergangenheit notwendiger denn je.

Die Namensgebung soll Mahnung zum Widerstand gegen die alltägliche Unmenschlichkeit sein. Die Namensgebung will Symbol für die unverbrauchbare Suche nach menschlichen Idealen sein.

Allgemeiner Studentenausschuß TU Berlin Mai 1984

Die Berliner Widerstandsgruppe um Herbert Baum: Junge Kommunisten und Juden im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur

JUDENVERFOLGUNG UND JÜDISCHE JUGENDGRUPPEN 1933-1938

Die Mitglieder der Gruppe Baum - fast alle zwischen 1905 und 1920 geboren - waren Kinder von Arbeitern, Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden und größtenteils jüdischer Herkunft. Schon als Kinder hatten sich viele von ihnen in jüdischen Jugendgruppen kennengelernt. Einige von ihnen hatten sich um 1930 der KPD angeschlossen, beteiligten sich dann ab 1936 wieder an den jüdischen Jugendgruppen. Aus der dabei entstehenden Zusammenarbeit von teilweise zionistischen Juden und Kommunisten entstand die Gruppe um Herbert Baum, die sich erheblich verbreiterte, nachdem seit 1940 viele ihrer Mitglieder zur Zwangsarbeit in Rüstungsbetrieben gezwungen wurden.

Als Juden und als Kommunisten gehörten die Mitglieder der Gruppe Baum zuden von den Nationalsozialisten meistgehaßten Menschen. Die nationalsozialistische 'Judenpolitik' zielte in den 30er Jahren zunächst vor allem auf die Unterdrückung und gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden. Nach Hitlers 'Machtergreifung' am 30. Januar 1933 fanden brutale Ausschreitungen gegen Juden statt, am 1. April wurde ein Boykott jüdischer Geschäfte organisiert; dann begann mit dem 'Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' vom 7. April 1933, das die Entlassung der Juden aus dem öffentlichen Dienst vorsah, die systematische Vernichtung der beruflichen und wirtschaftlichen Existenzgrundlage des jüdischen Bevölkerungsteils. Die 'juristische' Grundlage für die Weiterführung dieses Vorhabens und für die völlig enthemmte Steigerung der Judendiskriminierung wurde durch die 'Nürnberger Gesetze' vom September 1935 geschaffen, die zugleich die Eheschließung zwischen Juden und Nichtjuden untersagten. Der nationalsozialistische Rassenwahn führte dazu, daß alle diese Maßnahmen nicht nur gegen Juden gerichtet waren, sondern auch gegen alle, die zwar keine Juden waren, aber jüdische Großeltern hatten. Die auf die Ausgrenzung der 'nichtarischen' Bevölkerung zielende erste Phase der nationalsozialistischen Judenverfolgung endete 1938; bis jetzt waren viele der jü-

dischen Einrichtungen erhalten geblieben. Auch die jüdischen Jugendgruppen, denen viele der Mitglieder der späteren Gruppe Baum angehörten, waren noch geduldet, wenn auch streng überwacht; wichtig war den Nationalsozialisten zunächst die Trennung der jüdischen Jugendlichen von den nichtjüdischen. Jüdische Organisationen unternahmten verschiedene Versuche, der Diskriminierung und Hetze entgegenzutreten, aber sie waren von der nichtjüdischen Bevölkerung isoliert und machtlos.

KOMMUNISTISCHER WIDERSTAND

Der Antisemitismus hatte in Deutschland eine lange Tradition; die einzigen politischen Gruppen, die konsequent antisemitische Vorurteile bekämpft haben, waren die politischen Organisationen der Arbeiterbewegung, also vor allem die SPD und die KPD. Letztere war 1932 die drittstärkste Partei in Deutschland, gerade in den Berliner Arbeiterbezirken hatte sie eine breite Massenbasis. In ihrem Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur hat sie von allen Oppositionsgruppen die größten Opfer gebracht; von ihren 300.000 Mitgliedern wurde die Hälfte umgebracht oder mindestens zeitweilig in Zuchthäuser und Konzentrationslager verschleppt. Die KPD war eine der wichtigsten Gruppen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, eine Tatsache, die besonders wegen der vorurteilsbehafteten Beschäftigung mit den Kommunisten von Teilen der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit hartnäckig ignoriert wird; ein Beispiel dafür ist, daß der Widerstandskämpfer und Kommunist Herbert Baum bei uns fast völlig unbekannt ist, anders als in der DDR, anders aber auch als in Frankreich (In Paris befindet sich eine ständige Ausstellung über den jüdischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in der auch über die Gruppe Baum informiert wird.)

Herbert Baum war in den Jahren 1934-1936 Mitglied der Leitung eines für die Berliner Bezirke Kreuzberg und Mitte zuständigen Unterbezirks des KJVD, der Jugendorganisation der KPD. Zu den recht vielfältigen Aktionen dieses KJVD-Unterbezirks gehörte z.B. die Erstellung und Verteilung

einer illegalen und Kaufhäuser die sozialen soliten. Als Probeluftala KJVD-Gruppe xanderplatz Probe, mern nationalsoz nen und 'So Von 1935/36 samenarbe pen, der si Als Jude wa setzt. In " In den l denen jüdi der Kommun ist erford den eine g führung i der KPD, n nalsozial Herbert B Kommunist die Mitar schränkte der dabei Gruppe B

ZWAN

Im Jahre In gener de von J andere a Höhepunk .11. Novem bei dem sche Ge ermorde sten so die dab Der von

einer illegalen Zeitschrift und der Versuch, in Fabriken und Kaufhäusern Betriebszellen aufzubauen, die besonders die sozialen Interessen der hier Arbeitenden aufgreifen sollten. Als die Nationalsozialisten im Jahre 1935 erste Probeluftalarme veranstalteten, klebten Mitglieder dieser KJVD-Gruppe an die Laternen der Straßen rund um den Alexanderplatz Flugblätter mit der Aufschrift: "Heute noch Probe, morgen Wirklichkeit!" Neben diesen Versuchen antinationalsozialistischer Agitation wurden viele Diskussionen und 'Schulungen' durchgeführt.

Von 1935/36 an bemühte sich die KPD verstärkt um eine Zusammenarbeit mit anderen antinationalsozialistischen Gruppen, der sie bis dahin eher aus dem Wege gegangen waren. Als Jude war Herbert Baum besonderen Gefährdungen ausgesetzt. In einem Gestapobericht von Anfang 1935 heißt es: "In den letzten Wochen und Monaten häufen sich Fälle, in denen jüdische Elemente als Träger der illegalen Arbeit der Kommunistischen Partei festgestellt werden konnten. Es ist erforderlich, über die konspirative Betätigung der Juden eine genaue Übersicht zu gewinnen." Die besondere Gefährdung ihrer jüdischen Mitglieder wie auch der Versuch der KPD, die Zusammenarbeit mit anderen Gegnern des Nationalsozialismus zu verstärken, waren der Grund dafür, daß Herbert Baum und eine ganze Reihe anderer junger jüdischer Kommunisten von 1936 an ihre Aktivität im wesentlichen auf die Mitarbeit in einer jüdischen Jugendorganisation beschränkten, der einige schon vor 1933 angehört hatten. Aus der dabei entstehenden Zusammenarbeit erwuchs später die Gruppe Baum.

ZWANGSARBEIT

Im Jahre 1938 wurde die Judenverfolgung weiter verschärft. In generalstabsmäßig vorbereiteten Aktionen wurden Tausende von Juden in Konzentrationslager verschleppt, viele andere aus Deutschland vertrieben oder abgeschoben. Den Höhepunkt dieser Aktionen bildete der Judenpogrom vom 9.-11. November 1938, die sogenannte 'Reichskristallnacht', bei dem überall in Deutschland Synagogen zerstört, jüdische Geschäfte geplündert und viele Juden mißhandelt und ermordet wurden. Entsprechend dem von den Nationalsozialisten schon vorher festgelegten Plan wurden die Juden für die dabei aufgetretenen Schäden verantwortlich gemacht: Der von Versicherungsgesellschaften gezahlte Schadensersatz

mußte an den Staat abgeliefert, die Schäden von den Juden selbst bezahlt werden. Im gleichen Zug wurden alle jüdischen Unternehmen, Geschäfte und Handwerksbetriebe enteignet. Nachdem einige Monate zuvor bereits ein generelles Berufsverbot für alle jüdischen Ärzte, Rechtsanwälte und Apotheker verhängt wurde, wurde den Juden so jede selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit untersagt. Die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage der Juden in Deutschland war damit abgeschlossen. Im Jahre 1939 waren nur noch 16% der deutschen Juden als beschäftigt gemeldet.

Die Vertreibung der Juden aus den 'normalen' Erwerbsleben ermöglichte es den Nationalsozialisten, sie von Mitte 1939 an zur Zwangsarbeit in Industriebetrieben zu zwingen. Durch die forcierten Kriegsvorbereitungen, besonders in der Rüstungsindustrie, war ein Arbeitskräftemangel aufgetreten, dem nun durch die Schaffung spezieller 'Judenabteilungen' beigegeben werden sollte. Der größte Teil der arbeitsfähigen Juden wurde zu schwerster körperlicher Arbeit für einen Hungerlohn gezwungen, der weniger als die Hälfte des Durchschnittsverdienstes 'arischer' Arbeiter ausmachte, wobei die Zwangsarbeiter noch einen doppelten Sozialversicherungssatz abführen mußten. Auch die Mitglieder der Gruppe Baum wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet, einige von ihnen in kleineren Betrieben: bei Kodak in der Kreuzberger Lindenstraße, in Mittelnau bei der Firma TENES, oder in der Schraubenfabrik J. Paulus, Ritterstraße 16, in Kreuzberg. Die meisten von ihnen aber - unter ihnen auch Herbert Baum - wurden in die eigens für jüdische Zwangsarbeiter geschaffene Abteilung des Elektromotorenwerkes der Firma SIEMENS in Spandau zusammengelegt. Sie waren hier gezwungen, eine besondere Kleidung zu tragen, auf der ein Davidsstern und die zusätzliche Aufschrift 'Jude' angebracht war; Kontakte mit 'arischen' Arbeitern waren ihnen streng untersagt. Für SIEMENS lohnte sich die Zwangsarbeit, bald wurden weitere 'Judenabteilungen' eingerichtet.

ENTSTEHUNG DER GRUPPE

Seit 1936 arbeiteten Herbert Baum und einige andere Kommunisten in einer jüdischen Jugendorganisation mit. Herbert Baum wurde zum Mittelpunkt einer Gruppe von Jugendlichen, die Les- und Musikabende abhielten (man interessierte

sich vor allem für Klassische Musik und Literatur), Wanderungen unternahmen und - besonders auf Anregung der Kommunisten - politische Diskussionen führten. Im Jahre 1938 wurden sämtliche jüdische Organisationen in Deutschland verboten, eine neue Phase der Judenverfolgung hatte begonnen. Herbert Baum und seinen Freunden gelang es aber, die gemeinsame Freizeitgestaltung und politische Betätigung fortzusetzen, nur war es jetzt viel schwieriger, weil als Treffpunkte nur noch die Wohnungen einzelner Gruppenmitglieder in Frage kamen. Nach dem deutschen Überfall auf Polen wurden den Juden dazu noch weitere Beschränkungen auferlegt, die eine solche Gruppenarbeit zu einem erheblichen Problem werden ließ: Für Juden galt ein Ausgehverbot ab 20 Uhr (im Sommer ab 21 Uhr), sie durften bestimmte Stadtgebiete, z.B. das Regierungsviertel, nicht betreten, ihr Mieterschutz wurde abgeschafft, jüdische Familien wurden in 'Judenhäuser' zusammengelegt, damit sie einfacher überwacht werden konnten.

Unabhängige Jugendgruppen wurden von den Nationalsozialisten grundsätzlich unterdrückt, auch wenn sie weder jüdisch noch kommunistisch waren, denn sie stellten eine Konkurrenz zu ihrer 'Hitlerjugend' dar; für Juden und Kommunisten war die Teilnahme an einer solchen Gruppe besonders gefährlich. Sie gab ihnen aber Selbstbewußtsein und Zuversicht für den Versuch, sich der nationalsozialistischen Verfolgung zu widersetzen. Eine ehemalige Angehörige der Gruppe erinnert sich daran, daß die Mitarbeit besonders deswegen wichtig war, weil in ihr "die drückenden Folgen der Vereinsamung jüdischer Menschen überwunden" werden konnten.

Auf den Zwangsarbeitsstellen trafen die Mitglieder der Herbert-Baum-Gruppe viele ehemalige Angehörige der inzwischen verbotenen jüdischen Jugendorganisationen wieder. So gewann die Gruppe eine ganze Reihe neuer Mitglieder. In der Zwangsarbeitsabteilung von Siemens wurde Kontakt zu einem Kreis von jungen, zionistisch orientierten Juden aufgenommen, in dessen Mittelpunkt der zu diesem Zeitpunkt 21-jährige Heinz Joachim stand. Auch zu anderen Zwangsarbeitsbetrieben wurden Kontakte geknüpft. Einzelne Gruppenmitglieder haben sich sehr mutig und in einem Fall auch erfolgreich für eine höhere Bezahlung der Zwangsarbeiter eingesetzt. Besondere Anstrengungen unternahmen sie aber bei dem Versuch, kleine Sabotageakte an der Rüstungsproduktion vorzunehmen. In der Zwangsarbeitsabteilung bei

SIEMENS wurden Motorwicklungen für U-Boot-Motoren hergestellt, eine Angehörige der Gruppe beschreibt ihre Sabotagebemühungen so: "Ich arbeitete eine Zeit an einer Spulmaschine mit sehr feinem Draht. Es kostete mir Mühe und ich brach mir dabei die Fingernägel ab, ließ ab kurz vor Beendigung der Spule den Draht reißen, so daß die Spule in den Abfallkorb wandern mußte. Oder beim Schalten wurde die Isolierung der dicht nebeneinanderliegenden Drähte so schlecht gemacht, daß die Anker zwar bei der Prüfung als fehlerfrei durchgingen, wir aber sicher waren, daß kein Kriegsschiff oder U-Boot lange den Elektromotor mit dem betreffenden Anker benutzen konnte."

Die wichtigste Aktivität der Gruppe Baum in ihrer Entstehungsphase war die im Oktober 1940 abgehaltene Beisetzungsfest für den am 3. Mai des Jahres im Konzentrationslager Buchenwald ermordeten jüdischen KPD-Funktionär Rudi Arndt. Am Tage vor der Urnenbeisetzung wurde deren Termin in Erfahrung gebracht, einige Gruppenmitglieder benachrichtigten Freunde und Bekannte und erreichten es, daß zum Beisetzungstermin 50-60 Personen auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee erschienen. Sie hörten die Predigt eines jüdischen Geistlichen und die Rede einer kommunistischen Gruppenangehörigen. Angesichts der zu diesem Zeitpunkt bereits erreichten Perfektion und Brutalität des nationalsozialistischen Überwachungsapparates wird deutlich, daß dies eine besonders erstaunliche und mutige Aktion des Widerstands gegen den Nationalsozialismus war.

WIDERSTANDSARBEIT 1941/42

Besonders der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni führte dazu, daß in der zweiten Jahreshälfte von 1941 die Arbeit der Gruppe Baum immer intensiver und vielseitiger wurde. Einzelne wurden dazu eingeteilt, bestimmte Zeitungen und Fachzeitschriften auszuwerten, andere ausländische Sender zu hören, was zugleich schwierig und äußerst gefährlich war: Seit 1939 war das Abhören ausländischer Sender nicht nur grundsätzlich verboten - unter Androhung schwerer Zuchthaus- oder auch der Todesstrafe -, sondern es war Juden der Besitz von Radioapparaten überhaupt untersagt. Die insbesondere durch die Sendungen von BBC London und Radio Moskau empfangenen Informationen machte ihnen vor allem zweierlei deutlich: zum einen, daß ein militärischer Erfolg des nationalso-

zialistischen Deutschlands immer unwahrscheinlicher wurde, was sie mit der Zuversicht erfüllte, daß die nationalsozialistische Herrschaft in absehbarer Zeit zusammenbrechen werde. Sie erfuhren aber auch von den ungeheuerlichen Verbrechen, die von der Wehrmacht und den 'Einsatzgruppen' der SS an der Bevölkerung der besetzten Gebiete und an den sowjetischen Kriegsgefangenen begangen wurden. Bis zum Jahresende 1941 wurden z.B. viele Hunderttausend angeblich jüdische, kommunistische und 'intellektuelle' Kriegsgefangene umgebracht.

Diese Informationen waren eine Grundlage für ausführliche politische Diskussionen in der Gruppe, z.B. zwischen den Kommunisten und den eher zionistisch orientierten. Zugleich ermöglichten sie der Gruppe die Erstellung von Flugblättern und Untergrundschriften, die das Bemühen der Gruppenmitglieder zeigen, in ihrer Argumentation genau auf den Informationsstand und die Interessen einzelner Berufsgruppen einzugehen, um eine möglichst große Wirkung zu erzielen. Als Beispiel dafür ist in dieser Broschüre der 'Aufruf an die deutsche Ärzteschaft' abgedruckt. In ausführlichen Flugschriften sollten ferner Soldaten über die deutschen Kriegsverbrechen aufgeklärt und zur Befehlsverweigerung aufgefordert werden. Wie die Beschaffung von Informationen war auch die Vervielfältigung des schriftlichen Materials ausgesprochen schwierig, sie war zusätzlich noch dadurch erschwert, daß Juden z.B. auch keine Schreibmaschinen besitzen durften. Das Material wurde von nichtjüdischen Freunden der Gruppe abgetippt und auf einem Druckapparat vervielfältigt, den ein Angehöriger einer kommunistischen Untergrundgruppe besaß, zu der Herbert Baum Kontakt hatte. Das Material wurde in Berlin in Telefonzellen und Hausbriefkästen ausgelegt oder auch mit der Post verschickt. Mit großer Vorsicht gingen Herbert Baum und seine Freunde dabei vor, sie konnten so ohne aufzufallen einen kleinen Beitrag gegen die nationalsozialistische Hetz- und Verdummungspropaganda leisten.

Im September 1941 wurde den Juden nicht nur das Tragen des Judensterns in der Öffentlichkeit vorgeschrieben, sondern ihnen wurde auch die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel untersagt. Ausgenommen waren davon nur Fahrten zwischen ihren Wohnungen und den Zwangsarbeitsstellen, wenn die Strecke länger als 7 Kilometer war - dabei durften sie sich nicht setzen! Sie durften keine Fahrräder besitzen und waren vom Erwerb wichtiger Lebensmittel (Fisch,

Fleisch, Milch, Obst, Süßwaren) und Kleidung ausgeschlossen. Die gemeinsame Arbeit wäre den Mitgliedern der Gruppe Baum völlig unmöglich gewesen, wenn sie sich nicht in den Besitz falscher Ausweispapiere gebracht hätten; sie besorgten sich deshalb Ausweise von nach Deutschland deportierten französischen und belgischen Zwangsarbeitern, die geringeren Beschränkungen unterworfen waren, im Oktober 1941 fing die Deportation der Berliner Juden an: 1000 von ihnen wurden auf dem Gelände der zerstörten Synagoge in der Tiergartener Levetzowstraße zusammengetrieben, bevor sie ins Ghetto Lietzmannstadt (Łódź) abtransportiert wurden. Im gleichen Monat wurde den Juden die Auswanderung aus Deutschland untersagt - die nationalsozialistische 'Endlösung der Judenfrage' hatte begonnen. Verschiedentlich haben Angehörige der Gruppe Baum Juden geholfen, die von der Deportation bedroht waren, indem sie diesen eine Unterkunft verschafften oder sie mit falschen Papieren ausstatteten. Deren Erwerb war sehr kostspielig, wie auch die übrige Gruppenaktivität; das Geld steuerten z.T. besser verdienende Angehörige befreundeter kommunistischer Gruppen bei. Vor allem aber wurde es beschafft durch fingierte Einbrüche bei wohlhabenden Juden, deren Deportation kurz bevorstand. Deren Vermögen war seit 1938 staatlich registriert worden, von 1939 an durften sie keine Sachwerte mehr veräußern; bei der Deportation sollte das Vermögen eingezogen werden. Sie ermöglichten den Angehörigen der Gruppe Baum die als Einbruch getarnte Abholung ihrer Wertgegenstände, die dann von nichtjüdischen Gruppenmitgliedern verkauft wurden.

Die Ausstellung 'Das Sowjetparadies' gehörte, wie vorher schon die Ausstellung 'Entartete Kunst', in die Reihe der schändlichsten Propagandamachwerke der Nationalsozialisten. Deren breite Unterstützung durch weite Teile der deutschen Bevölkerung gründete nicht zuletzt auf der weitesten Verbreitung antikommunistischer und antisowjetischer Vorurteile. Diese waren der Nährboden dafür, daß große Teile der deutschen Bevölkerung den Überfall auf die Sowjetunion als etwas völlig Selbstverständliches akzeptiert haben, und auch für das auf diesen folgende, völlig enthemmte deutsche Vorgehen gegen die 'bolschewistischen Untermenschen'. Im Verlauf des Krieges drohten diese Vorurteile abzubrockeln. Das lag zum einen an der langsam entstehenden Einsicht der Bevölkerung, daß die Reihe der

deutschen militärischen Erfolge im Krieg gegen die Sowjetunion ein Ende gefunden hatte, hing z. B. auch damit zusammen, daß seit dem Jahr 1942 in großem Ausmaß sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden. Die Hetzpropaganda der Nationalsozialisten hatte von den Bürgern der Sowjetunion als 'biologisch minderwertigen Menschen' gesprochen; der Sicherheitsdienst der SS - zuständig für die umfassende Bespitzelung der Bevölkerung - berichtete jetzt: "Dem stehe nun heute schon für viele Volksgenossen das geistige und charakterliche Verhalten der Tausende von Ostarbeitern gegenüber. Gerade in Arbeiterkreisen werde festgestellt, daß diese Russen doch oft recht intelligent, anständig, schnell in der Auffassung selbst komplizierter maschineller Bearbeitungsvorgänge seien. Viele lernten recht schnell die deutsche Sprache und seien offenbar auch schulisch garnicht so schlecht vorgebildet."

Das war der Anlaß für die 'Reichspropagandaleitung der NSDAP', auf einem 9000qm großen Areal unter dem Titel 'Das Sowjetparadies' eine schaurige Phantasiewelt entstehen zu lassen, um in der Berliner Bevölkerung Haß und Verachtung der 'Untermenschen' neu zu entflammen. In der Gruppe Baum wurde lange darüber beraten, wie dieser furchtbaren Agitationsschau begegnet werden könnte. Es stellte sich heraus, daß wegen der großen Besucherzahlen auf dem Ausstellungsgelände keine Flugblätter ausgelegt werden konnten, was ursprünglich geplant war; daraufhin wurde beschlossen, einen Brandanschlag auf die Ausstellung durchzuführen. Ein in der Gruppe mitarbeitender Chemotechniker stellte die Brandsätze her, die dann am 18. Mai 1942 von einigen Mitgliedern der Gruppe auf dem Ausstellungsgelände gelegt wurden. Durch den Anschlag wurde ein Teil der Ausstellung beschädigt, 11 Besucher wurden verletzt. In der Gruppe blieb der Anschlag zunächst nicht unumstritten, besonders die etwas älteren KPD-Leute sollen sich dagegen ausgesprochen haben, da sie den Nutzen einer solchen Aktion bezweifelten.

VERFOLGUNG

Kurz vor dem Brandanschlag war ein Mitglied der Gruppe verhaftet und unter widerlichen Umständen zur Preisgabe von Namen der Gruppenmitglieder gezwungen worden: die Ermittlungsbeamten der Gestapo hatten seine Frau vor seinen Augen gefoltert. Unmittelbar nach dem Brandanschlag wurden Herbert Baum und 6 weitere Gruppenangehörige verhaftet; andere konnten zunächst untertauchen, wurden aber in den folgenden Monaten auch von der Gestapo gefaßt. Am 12. Juni 1942 starb Herbert Baum an den Qualen, die Gestapobeamte ihm zugefügt hatten. In drei Prozessen vor dem 'Volksgerichtshof' wurden 18 Gruppenmitglieder zum Tode verurteilt, fast alle übrigen wurden später in Konzentrationslager verschleppt. Es haben nur wenige Angehörige der Gruppe die Zeit des Nationalsozialismus überlebt. Die Richter begründeten in einem der Prozesse die Todesurteile u.a. mit den Bemerkungen, daß es der Gruppe darum gegangen sei, "dem mit einem Unterliegen Deutschlands gegenüber Sowjetrußland erhofften Sturz der deutschen Staatsführung vorzubereiten und zur gegebenen Zeit von innen her mit allen Kräften zu fördern, Dazu sollte die deutsche Bevölkerung einschließlich der Wehrmacht mißmutig gemacht und zum Defaitismus, ja schließlich bis zur Revolte nach dem Vorbilde vom November 1918 gebracht werden. Die Juden aber wollten im gegebenen Augenblick aufgrund ihrer unter der Anführung des Baum erfolgten bolschewistischen Schulung die Führung der Umsturzbewegung an sich reißen und auch so ihren Rassengenossen auf der sowjetischen Seite in die Hände arbeiten."

Do

CHE

DES

Gese

Durch
lung
Durch
wurde
tisch

1933

2. Fe

24. F

27. F

28. F

23

1. J

7.

2.

10

23

14

2.

Dokumentation

CHRONOLOGIE DER JUDENVERFOLGUNG: GESETZE, VERORDNUNGEN UND AKTIONEN DES NATIONALSOZIALISTISCHEN STAATS.

Gesetze, Verordnungen, Aktionen des NS-Staates

Durch Gesetz vom Jahre 1869 hatten Juden die rechtliche Gleichstellung in Preußen und kurz darauf im ganzen Deutschen Reich erhalten. Durch Gesetze und Verordnungen der Nationalsozialisten ab 1933 wurden ihnen im ganzen Deutschen Reich nach und nach systematisch alle Bürgerrechte wieder genommen.

1933

2. Februar Allgemeines Demonstrationsverbot.
24. Februar SA, SS und Stahlhelm werden *Hilfspolizei*.
27. Februar Reichstagsbrand. Erste große Verhaftungswelle politischer Gegner.
28. Februar Verordnung zum Schutz von Volk und Staat. Aufhebung der demokratischen Grundrechte. *Lauf § 1 sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.*
23. März Der Reichstag beschließt gegen die Stimmen der SPD das *«Ermächtigungsgesetz»*. Errichtung der ersten Konzentrationslager für politische Gegner.
1. April Beginn des Boykotts von Geschäften im Besitz deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und jüdischer Abstammung.
7. April Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.
§ 3 «Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.»
Jüdische Frontkämpfer bleiben zunächst noch ausgenommen.
2. Mai Auflösung der freien Gewerkschaften.
10. Mai Verbrennung von Büchern, deren Inhalt von den Nationalsozialisten für undeutsch erklärt worden war.
22. Juni Verbot der SPD.
14. Juli Gesetz gegen die Neubildung von Parteien.
§ 1 In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei.
22. September Gesetz über die Errichtung der Reichskulturkammer, die in Einzelkammern (Reichsschrifttumskammer, Reichstheater-, Reichsfilm-, Reichsmusik-, Reichspressekammer u. a.) aufgliedert wird. Juden sind von der für eine Berufslätigkeit in dem jeweiligen Bereich obligatorischen Mitgliedschaft in den Kammern ausgeschlossen.

1934

24. Januar Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. *Nichtarische Arbeitnehmer dürfen nicht Vertrauensleute, Betriebsführer und Mitglieder der Arbeitsfront sein.*
5. Februar Prüfungsordnung für Ärzte und Zahnärzte. *Nichtarier werden zu Prüfungen nicht mehr zugelassen.*
22. Juli Ausbildungsordnung für Juristen. *Die arische Abstammung wird Voraussetzung für die Zulassung zu den juristischen Prüfungen.*
8. Dezember Prüfungsordnung für Apotheker. *Nichtarier werden zu Prüfungen nicht mehr zugelassen.*
13. Dezember Reichshabilitationsordnung. *Die Habilitation wird von der arischen Abstammung abhängig gemacht.*

1935

25. Juli Verordnung über die Zulassung von Nichtariern zum Wehrdienst. *Nichtarier dürfen keinen aktiven Wehrdienst leisten.*
- Im Sommer Die Schilder *«Juden unerwünscht»* an Ortseingängen, Geschäften und Restaurants nehmen zu.
6. September Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer. *Der Verkauf jüdischer Zeitungen im Straßenhandel wird verboten.*
15. September Juristische Absicherung der antisemitischen Politik der NSDAP durch die *«Nürnberger Gesetze»*, das Reichsbürgergesetz und das *«Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre»*.
- Reichsbürgergesetz
*§ 1 «(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.
§ 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder arverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.
(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch die Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.
(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.»*
- Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre
«Durchführung von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und besetzt von dem unerbittlichen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichs-

	lag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.		
	§ 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.		
	§ 2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.		
	§ 3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.		
	§ 4 (1) Juden ist das Tragen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. (2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.		
14. November	Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz. § 4 «(1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu, er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden. (2) Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand.» Dies gilt jetzt auch für jüdische Frontkämpfer.	20. Juni	Juden werden vom Besuch der Börsen ausgeschlossen.
13. Dezember	Reichsarzteordnung. «Die Approbation von Ärzten ist zu versagen, wenn der Anwärter wegen seiner oder seines Ehegatten Abstammung nicht Beamter werden kann und der Anteil der nichtdeutschnblütigen Ärzte an der Gesamtzahl der Ärzte den Anteil der Nichtdeutschnblütigen an der Bevölkerung des Reiches übersteigt.»	25. Juli	Jüdischen Ärzten wird die Zulassung entzogen.
1937		17. August	Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familien- und Vornamen. § 1 «Juden dürfen nur solche Vornamen beigelegt werden, die in den vom Reichsminister des Innern herausgegebenen Richtlinien über die Führung von Vornamen aufgeführt sind. § 2 Soweit Juden andere Vornamen führen als sie nach § 1 Juden beigelegt werden dürfen, müssen sie vom 1. Januar 1938 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara.»
15. April	Staatsangehörige Juden dürfen nicht mehr promovieren.	27. September	Jüdischen Rechtsanwälten wird die Zulassung entzogen.
1938		5. Oktober	Kennzeichnung der jüdischen Reisepässe mit «J».
28. März	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen. § 1 «(2) Mit Ablauf des 31. März 1938 verlieren die jüdischen Kultusvereinigungen und ihre Verbände die Stellung von Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie diese bisher besaßen. Sie sind von diesem Zeitpunkt an rechtsfähige Vereine bürgerlichen Rechtes. Die Eintragung in das Vereinsregister ist nachzuholen.»	27./28. Oktober	«Polenaktion»: Verhaftung und Abschiebung von ca. 15 000 früher in Polen beheimateter Juden.
29. April	Vorbereitung der Ausschaltung von Juden aus der Wirtschaft durch die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens. § 1 «(1) Jeder Jude ... hat sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen nach dem Stande vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung gemäß den folgenden Bestimmungen anzumelden und zu bewerten. Juden fremder Staatsangehörigkeit haben nur ihr inländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten. (2) Die Anmelde- und Bewertungspflicht trifft auch den nichtjüdischen Ehegatten eines Juden. (3) Für jede anmeldepflichtige Person ist das Vermögen getrennt anzugeben.»	9./10. November	Staatlich organisierter Pogrom, sogenannte Reichskristallnacht. Verhaftung und Ermordung von jüdischen Bürgern. Fast alle Synagogen in ganz Deutschland verwüstet und niedergebrannt. Plünderung von Geschäften.
9. Juni	Juden werden als Gasthörer an Universitäten nicht mehr zugelassen.	12. November	Verordnung über eine Sühnleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit. § 1 «Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit wird die Zahlung einer Kontribution von 1 000 000 000 Reichsmark an das Deutsche Reich auferlegt. Einleitung der Zwangsarisierung durch die Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben. § 1 «(1) Juden ... ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.»
15. Juni	«Asozialen-Aktion»: Verhaftung aller vorbestraften Juden.	15. November	Jüdische Kinder werden vom Besuch öffentlicher Schulen ausgeschlossen.
		28. November	Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit. § 1 «Die Angerichtspräsidenten in Preußen, Bayern und in den sudetendeutschen Gebieten können Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden räumliche und zeitliche Beschränkungen des Inhalts auferlegen, daß sie bestimmte Bezirke nicht betreten oder sich zu bestimmten Zeiten in der Öffentlichkeit nicht zeigen dürfen.»
		3. Dezember	Führerscheine und Kraftwagen-Zulassungsbescheinigungen der Juden werden für ungültig erklärt und ihre Ablieferung angeordnet.
		6. Dezember	Juden wird der Besuch von Theatern, Kinos, Kabaretts, öffentlichen Konzerten, Lesehallen, Museen, Vergnügungststätten, Ausstellungshallen, Sportplätzen, Eislaufplätzen, öffentlichen und privaten Badeanstalten, Innenbädern, Freibädern verboten. Weiterhin wird Juden untersagt, in Berlin die Wilhelmstraße von der Leipziger Straße bis zur Straße Unter den Linden, den Wilhelmplatz, die Volstraße bis zur Wilhelmstraße (vor der Reichskanzlei) und die nördliche Seite der Straße Unter den Linden von der Universität bis zum Zeughaus zu betreten. Hierfür wird der Ausdruck Judenbann geprägt.
			8. Dezember
			1939
			21. Februar
			4. Juli
			23. September
			20. Oktober
			1940
			10.-12. Feb.
			4. Juli
			29. Juli
			21. September

- Einleitung der Zwangsverkäufe jüdischer Eigentümer durch die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens:
- § 1 «Dem Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebes kann aufgegeben werden, den Betrieb binnen einer bestimmten Frist zu veräußern oder abzuwickeln. Mit der Anordnung können Auflagen verbunden werden.
- § 11 Juden haben binnen einer Woche nach Inkrafttreten dieser Verordnung ihre gesamten Aktien, Kuxe, festverzinslichen Werte und ähnlichen Wertpapiere in ein Depot bei einer Devisenbank einzulegen.
- § 14 Juden ist es verboten, Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen zu erwerben, zu verpfänden oder freihändig zu veräußern.
8. Dezember Juden werden vom Besuch der Universitäten ausgeschlossen.
- 1939
21. Februar Weitere Zwangsverkäufe: Juden deutscher Staatsangehörigkeit müssen alle Gegenstände aus Gold, Silber, Platin sowie Edelsteine und Perlen innerhalb von zwei Wochen an öffentlichen Ankaufstellen abliefern. Von dieser Vorschrift sind nur Eheringe ausgenommen.
4. Juli 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz:
§ 1 «(1) Die Juden werden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen.
(2) Die Reichsvereinigung ist ein rechtsfähiger Verein. Sie führt den Namen Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und hat ihren Sitz in Berlin.
§ 2 (1) Die Reichsvereinigung hat den Zweck, die Auswanderung der Juden zu fördern.
(2) Die Reichsvereinigung ist außerdem
1. Träger des jüdischen Schulwesens,
2. Träger der freien jüdischen Wohlfahrtspflege.»
23. September Anordnung der örtlichen Polizeistellen über die Ablieferung der Rundfunkgeräte durch Juden.
20. Oktober Erlaß des Reichsministers für Erziehung und Unterricht: In Doktor-Dissertationen dürfen jüdische Verfasser nur zitiert werden, wenn dies aus wissenschaftlichen Gründen unbedingt nötig ist. Sie müssen dann als Juden besonders gekennzeichnet werden.
- 1940
- 10.–12. Februar Erste Deportationen aus den Bezirken Stettin, Stralsund und Schneidemühl nach Polen.
4. Juli Der Einkauf von Lebensmitteln für Juden wird in Berlin auf die Stunde von 16 bis 17 Uhr beschränkt.
29. Juli Die von Juden benutzten Fernsprechanstalten werden zum 30. September 1940 gekündigt. Ausnahmen gelten für «Kranken- und Zahnbehandler, Konsulenten» und jüdische Organisationen.
21. September Anordnung des Polizeipräsidenten in Berlin über Luftschutzräume:
«Wenn Juden mit anderen Personen in einem Hause zusammenwohnen, so sind besondere Luftschutzräume für Juden einzurichten, in denen diese von den übrigen Bewohnern getrennt unterzubringen sind.»
- 1941
- Im Juli Heydrich wird von Göring beauftragt, alle erforderlichen Vorbereitungen in «sachlicher und materieller Art zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.»
1. September Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden:
§ 1 «(1) Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.
(2) Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift «Jude». Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht zu tragen.»
10. Oktober Juden wird das Verlassen der Wohngemeinde ohne polizeiliche Erlaubnis untersagt.
18. Oktober Die letzten jüdischen Emigranten verlassen Berlin.
23. Oktober Die legale Emigration wird verboten. Beginn der Deportationen nach Riga.
26. Dezember Juden, die den Stern tragen müssen, wird die Benutzung öffentlicher Fernsprechstellen verboten.
- 1942
10. Januar Die Ablieferung aller im Besitz von Juden befindlichen Pelz- und Wollsachen wird angeordnet.
20. Januar Auszug aus dem Protokoll der Wannseekonferenz über die «Endlösung der Judenfrage»:
«Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird...»
- Ende Januar Beginn der Deportation nach Theresienstadt.
15. Mai Juden wird das Halten von Haustieren verboten.
7. Juli Die Benutzung von Warteräumen, Gaststätten und sonstigen Einrichtungen der Verkehrsbetriebe wird Juden verboten.
18. September Der Bezug von Lebensmitteln wird für Juden eingeschränkt. Sie erhalten keine Fleischkarten, Kleiderkarten, Milchkarten, Raucherkarten, kein Weißbrot, keine Mangelwaren.
- 1943
27. Februar Deportation jüdischer Rüstungsarbeiter aus Berlin nach Auschwitz.
11. März Anordnung des Reichssicherheitshauptamts:
«Juden sind nach Verbüßung einer Strafe auf Lebenszeit dem Konzentrationslager Auschwitz oder Lublin zuzuführen. Auf die Höhe der verbußten Strafe kommt es bei den Juden nicht an.»
10. Juni Auflösung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.
1. Juli Juden wird jeder richterliche Schutz entzogen. Sie fallen unter die ausschließliche Zuständigkeit der Polizei.
Deportation der führenden Mitglieder der Reichsvereinigung.
aus: Juden in Preußen, 387 - 398

ZUM ABSCHNITT: JUDENVERFOLGUNG UND JÜDISCHE JUGENDGRUPPEN 1933-38

Auszug aus den "12 Thesen der deutschen Studentenschaft" (13.4.1938)

... „Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist. Der Jude kann nur jüdisch denken, schreibt er deutsch, dann lügt er. Der Deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter! Der Student, der undeutsch schreibt und spricht, ist außerdem gedankenlos und wird seiner Aufgabe untreu. Wir wollen die Juden als Fremdlinge achten, und wir wollen das Volkstum ernst nehmen. Wir fordern deshalb von der Zensur: „Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Übersetzungen zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur den Deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.“ ...
(zitiert nach: Der gelbe Fleck, Paris 1936, S. 158.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, S. 69)

Juden in der Wissenschaft

... „Wissenschaft bedeutet für einen Juden nicht eine Aufgabe, nicht eine Verpflichtung, nicht ein Bereich für schöpferische Gestaltung. Wissenschaft bedeutet für einen Juden ein Geschäft. Wissenschaft wird aber weiter für den Juden ein Mittel zur Zerstörung der Kultur seiner Wirtsvölker. ... So kam es, daß die wichtigsten Lehrstühle deutschgenannter Hochschulen mit Juden besetzt wurden. Man räumte für ihre Schmarotzertätigkeit Forscherstellen ein und belohnte sie mit Nobelpreisen. ...“
(Preußische Zeitung, Königsberg; zit. nach Jüdische Rundschau, 38. Jahrg. Nr. 39 [16. Mai 1933], S. 199, Sp. 3.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, S. 70)

Der hier vorzufindende antisemitische Rassenwahn war weit verbreitet. Er bildete den Nährboden für die Verfolgung jüdischer Wissenschaftler. Viele Forscher mußten emigrieren (u. a. Max Born, Lise Meitner, James Franck). Albert Einstein kommt seinem drohenden Ausschluß aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften, der er seit 20 Jahren angehört, durch seinen demonstrativen Austritt am 28. März 1933 zuvor. Zu-

gleich gibt er seine deutsche Staatsangehörigkeit auf, da er nicht in einem Lande leben will, in dem "den Individuen nicht gleiches Recht vor dem Gesetz und Freiheit des Wortes und der Lehre zugestanden wird". Der Vertreibung jüdischer Professoren und Studenten gehen zahlreiche Aktionen der Nationalsozialisten voraus, die die jüdenfeindliche Stimmung anheizen sollen: Am 10. Mai 1933 verbrennen nationalsozialistische Studenten Bücher sogenannten "undeutschen Geistes". Am 1. April werden jüdische Dozenten und Studenten am Betreten der Universitätsgebäude von SA und NS-Studentenbund gehindert

Die "Nürnberger Gesetze"

Das "Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935

- Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.
- § 1 (1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.
- (2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.
- § 2 (1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volke und Reich zu dienen.
- (2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.
- (3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.
- § 3 Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.
- Nürnberg, den 15. September 1935.
- (Reichsgesetzblatt, Teil I, S. 1146.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 71)

Vierte Verordnung zum "Reichsbürgergesetz" (25.7.1938)

- § 1 Bestellungen (Approbationen) jüdischer Ärzte erlöschen am 30. September 1938.
- § 2 Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann auf Vorschlag der Reichsärztekammer Ärzten, deren Bestellung auf Grund des § 1 erloschen ist, die Ausübung des Arzterufes widerruflich gestatten. Die Genehmigung kann unter Auflagen erteilt werden.
- § 3 Juden, deren Bestellung (Approbation) erloschen und denen eine Genehmigung nach § 2 nicht erteilt ist, ist es verboten, die Heilkunde auszuüben. Ein Jude, dem eine Genehmigung nach § 2 erteilt ist, darf, abgesehen von seiner Frau und seinen ehelichen Kindern, nur Juden behandeln. Wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen im Absatz 1 oder 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.
- § 4 Die Bestellung als Arzt kann einem Juden nicht erteilt werden.
- (Reichsgesetzblatt Teil I, S. 969)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 28)

"Gesetz zum Schutze des deutschen Volkes und der deutschen Ehre", vom 15. September 1935

(Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

- § 1 (1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind.
 (2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.
- § 2 Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.
- § 3 Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.
- § 4 (1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsforben verboten.
 (2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.
- § 5 (1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.
 (2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.
 (3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit einer Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.
- § 6 Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.
- § 7 Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.
 Nürnberg, den 15. September 1935.
 (Reichsgesetzblatt, Teil I, S. 1146 f.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 72)

Folgen für die 'Rechtsprechung':

... „Der außereheliche Geschlechtsverkehr eines Juden mit einer Staatsangehörigen deutschen Blutes enthält eine unmittelbare Verletzung deutschen Blutes und damit des deutschen Staatsvolkes als eines blutmäßig einheitlichen Organismus. Die Straftat ist daher, wird sie im Ausland vollzogen, auch im Gebiete des Deutschen Reiches als dem Orte des Eintritts des Erfolges begangen ...“
 (Reichsgerichtsentscheidung vom 14. 10. 1930; zit. nach Deutsche Justiz, 101. Jahrg. 1930, S. 102 f.)

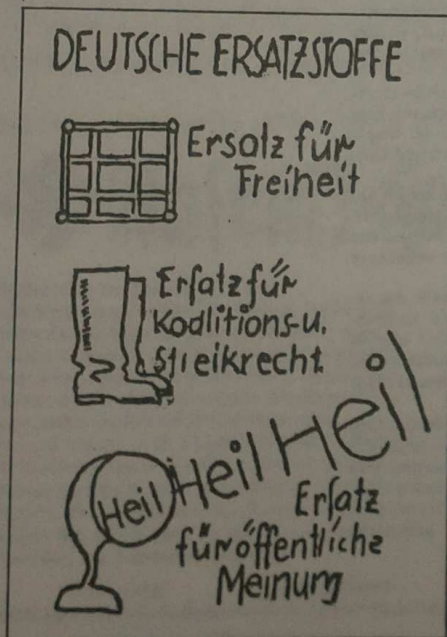
(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 22)

Die 'Nürnberger Gesetze' leiteten eine neue Phase der Verfolgung jüdischer Menschen ein. Im 'Reichsbürgergesetz' vom 15. September 1935 wurde eine Staatsbürgerschaft minderen Rechts geschaffen: Da nur den Staatsbürgern, die zugleich auch 'Reichsbürger' waren, volle Bürgerrechte zugestanden wurden, 'Reichsbürger' aber nur 'Arier' sein konnten, wurden so den jüdischen Bürgern - bei formaler Beibehaltung ihrer Staatsbürgerschaft - die Bürgerrechte entzogen. Durch die 'Nürnberger Gesetze' wurde die Diskriminierung der Juden zum Gesetz. Will-

kür und Unmenschlichkeit wurden zum System. Das Unrecht bekam den Anstrich von 'Recht und Ordnung'!
 Auf der Grundlage dieser Gesetzte wurden - durch zahlreiche Verordnungen legitimiert - die systematische Entrechtung in allen Lebensbereichen bis zur völligen Rechtlosigkeit vorangetrieben, der dann die Deportation und Ermordung der deutschen Juden folgte.

ZUM ABSCHNITT: KOMMUNISTISCHER WIDERSTAND

Aus einer illegalen KPD-Zeitung von 1935



(aus: Aleff, Das Dritte Reich, 95)

ZUM ABSCHNITT : KOMMUNISTISCHER WIDERSTAND

Die KPD: Eine 'ungeheure Gefahr' für die nationalsozialistischen Herrscher. Aus einem Gestapobericht von 1937

... Konnte zunächst ein Übergang der illegalen Mitglieder von den örtlichen Organisationen zu betrieblichen, nämlich zu Betriebs- und Gewerkschaftszellen festgestellt werden, so haben sich die Dinge bis zum Ende des Jahres 1937 doch dahin entwickelt, daß von einer Organisation in der alten Form überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann ...

In Berlin konnten neben einer örtlich völlig unabhängigen und direkt mit Prag in Verbindung stehenden Betriebszelle bei der Fa. Osram GmbH 3 Unterbezirke, und zwar UB-Schöneberg mit 130

Personen, UB-Steglitz mit 45 Personen und UB-Südost mit 116 Personen, erfaßt werden. Zu den Unterbezirken Schöneberg und Südost gehörten 3 bzw. 2 Betriebszellen, während der UB-Steglitz seine 3 Betriebszellen an einen Prager Verbindungsmann abgegeben hatte. Von diesem Mann erhielten die Zellen zentrales Material, an ihn gaben sie auch ihre Betriebsberichte, während sie die Beiträge an den örtlichen Unterbezirk Zehlendorf zahlten ...

Bedeutend geschwächt wurde die KPD besonders noch in Dortmund, wo vom UB-Schwelm 64 Personen, in Köln, wo ca. 100 Personen, zum Teil aus 3 Betriebszellen, und im Bereich der Stapo Wilhelmshaven, wo ebenfalls ca. 100 Personen aus Emden und Umgebung festgenommen werden konnten ...

Wenn auch die kommunistische Tätigkeit in Deutschland im abgelaufenen Jahre gegen früher verhältnismäßig gering erschien, so darf doch nicht verkannt werden, daß auch in dem dünnen Netz der über Deutschland gezogenen Betriebsverbindungen eine ungeheure Gefahr zu erblicken ist.

Nicht nur, daß diese Verbindungen die Nachrichtenquelle der gesamten Hetzpresse der Emigration und aller sonstigen deutschfeindlichen Blätter darstellen, so sind sie auch für die Polizei wesentlich schwerer zu ermitteln und zu erfassen als illegale Organisationen, die durch ihren Umfang zwangsläufig viel mehr Anhaltspunkte für ihre Existenz und damit für ihre Aufrollung geben.

Darüber hinaus muß für die Zukunft mit einem Wiederaufleben der kommunistischen Arbeit im Reich gerechnet werden, und zwar mit dem Zeitpunkt, an dem der spanische Bürgerkrieg beendet sein wird. Zahlreiche durch den Krieg gereifter und entschlossener gewordene deutsche Kommunisten werden dann in die an Deutschland grenzenden Staaten zurückkehren und ihre Tätigkeit gegen das Reich wieder aufnehmen.

(aus: Weber, KPD, 222f)

ZUM ABSCHNITT: ZWANGSARBEIT

Der befohlene Pogrom

Der Befehl des Gruppenführers, der dem Stabsführer der Gruppe, Oberführer Rämpagel in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 telefonisch übermittelt wurde, ist von diesem wie folgt schriftlich zusammengefaßt worden:

„Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören. Nach der Zerstörung hat eine SA-Wache aufzuziehen, die dafür zu sorgen hat, daß keinerlei Wertgegenstände entwendet werden können. Die Verwaltungsführer der SA stellen sämtliche Wertgegenstände einschließlich Geld sicher.
Die Presse ist heranzuziehen.

Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. Es sind nur Wohnhäuser arischer Deutscher zu schützen von der Feuerwehr. Jüdische anliegende Wohnhäuser sind auch von der Feuerwehr zu schützen, allerdings müssen die Juden raus, da Arier in den nächsten Tagen dort einziehen werden.
Die Polizei darf nicht eingreifen. Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift.

Die Feststellung der jüdischen Geschäfte, Läger und Lagerhäuser hat im Einvernehmen mit den zuständigen Oberbürgermeistern und Bürgermeistern zu erfolgen, gleichfalls das ambulante Gewerbe.

Sämtliche Juden sind zu entwaffnen. Bei Widerstand sofort über den Haufen schießen.

An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:

Rache für Mord an vom Rath.

Tod dem internationalen Judentum.

Keine Verständigung mit den Völkern, die jüdenhörig sind.

Dies kann auch erweitert werden auf die Freimaurerei.“

(Aus dem Urteil des Obersten Parteigerichts vom 20. Januar 1939 in Sachen des August Fröhling und Genossen, S. 7 f.; Original im Institut für Zeitgeschichte, München.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung 73)

Reichsminister Goebbels gibt bekannt



Reichsminister Dr. Goebbels gibt bekannt:

„Die berechtigste und verständliche Empörung des Deutschen Volkes über den feigen jüdischen Mordanschlag an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in umfangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des Reiches wurden Vergeltungsaktionen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.

Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“

Vollgenossen!

Vollgenossinnen!

Auch bei uns in München hat das Weltjudentum die ihm gebührende Antwort erhalten!

Die Synagoge ist abgebrannt!

Die jüdischen Geschäfte sind geschlossen!

Die freigesprochenen Juden sind verhaftet!

(aus: Aleff, Das Dritte Reich, 193)

" Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes
bei jüdischen Gewerbetreibenden " (vom 12.11.1938)

- § 1 Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von dem jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen.
- § 2 (1) Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen.
(2) Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt . . .
(Reichsgesetzblatt Teil I, S. 1581.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 76)

" Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem
deutschen Wirtschaftsleben (vom 12.11.1938) "

- § 1 (1) Juden ist vom 1. Januar 1939 ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt.
(2) Ferner ist ihnen mit Wirkung vom gleichen Tage verboten, auf Märkten aller Art, Messen oder Ausstellungen Waren oder gewerbliche Leistungen anzubieten, dafür zu werben oder Bestellungen darauf anzunehmen.
(3) Jüdische Gewerbebetriebe, die entgegen diesem Verbot geführt werden, sind polizeilich zu schließen.
- § 2 (1) Ein Jude kann vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr als Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 tätig sein.
(2) Ist ein Jude als leitender Angestellter in einem Wirtschaftsunternehmen tätig, so kann ihm mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt werden. Mit Ablauf der Kündigungsfrist erlöschen alle Ansprüche des Dienstverpflichteten aus dem gekündigten Vertrag, insbesondere auch Ansprüche auf Versorgungsbezüge und Abfindungen.
- § 3 (1) Ein Jude kann nicht Mitglied einer Genossenschaft sein.
(2) Jüdische Mitglieder von Genossenschaften scheiden zum 31. Dezember 1938 aus. Eine besondere Kündigung ist nicht erforderlich. . . .
(Reichsgesetzblatt Teil I, S. 1580.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 76)

Im Konzentrationslager Sachsenhausen

(18) Im Konzentrationslager Sachsenhausen 1938

... Wir wurden bald auf Lastkraftwagen geladen und abtransportiert. Niemand wußte, wohin. Nach langer Fahrt über die nördlichen Vororte Berlins landeten wir im Konzentrationslager Sachsenhausen. Als wir in der Dunkelheit vom Wagen springen mußten, wurden wir von SS-Leuten mit Ohrfeigen, Fußtritten und Kolbenstößen empfangen. Dann wurden wir durch ein großes Tor auf den riesigen, durch drei große Scheinwerfer erleuchteten Lagerplatz getrieben. Dort wurden wir geordnet und durch eine Ansprache des Lagerkommandanten begrüßt. Er sagte ungefähr folgendes: „Ihr seid hier als Söhne für die feige Mordtat eures polnischen Rassengenossen Grünspan. Ihr müßt als Geiseln hier bleiben, damit das Weltjudentum nicht weitere Morde unternimmt. Ihr seid hier nicht in einem Sanatorium, sondern in einem Krematorium. Jedem Befehl der SS ist Folge zu leisten. Die SS hat das Recht, auf euch zu schießen, wann sie will. Unsere Jungens treffen verdammt gut. Weglaufen hat also keinen Zweck. Der Stacheldraht um das Lager ist mit Starkstrom geladen. Wer ihn berührt, ist sofort tot. Bei jedem Fluchtversuch wird geschossen. Eure Verpflegung müßt ihr abarbeiten. Wir werden dafür sorgen, daß eure dicken Bäuche verschwinden.“

Wir standen die ganze Nacht auf dem riesigen Appellplatz. Austreten war nicht erlaubt. Alle paar Minuten trafen neue Transporte ein. In den frühen Morgenstunden wurden wir in eine Baracke geführt und mußten uns dort vollkommen ausziehen. Geld und Wertsachen wurden uns gegen Quittungen abgenommen. Dann kamen wir nackt in einen Nebenraum, wo uns der Kopf geschoren wurde. In einem dritten Raum wurden wir dann mit leichter Unterwäsche versehen sowie einem blau-weiß gestreiften Drillhosenanzug. Schließlich wurden wir registriert und wieder zum Appellplatz zurückgeführt. Wir erkannten uns gegenseitig nicht mehr in diesem Aufzug.

Während wir da standen, belustigten sich die SS-Leute damit, uns wahllos zu ohrfeigen oder zu treten. In meiner Nähe stand ein riesengroßer, starker Mann, ein Mathematikprofessor. Als diesem von einem SS-Mann ein Faustschlag versetzt wurde, schlug er zurück, daß der SS-Mann hinpurzelte. Dies sah der Lagerführer und ließ ihn festnehmen. Auf seinen Wink wurde ein Holzbock herangebracht, und der Professor wurde über diesen festgeschnallt. Vier Männer waren dazu nötig, um ihn zu bändigen. Dann mußten wir alle einen großen Kreis bilden, und der Lagerführer verkündete mit lauter Stimme, daß der Jude Itzig zu 25 Stockschläger verurteilt sei. Und jetzt bot sich mir das menschenunwürdigste Schauspiel, das ich jemals in meinem Leben gesehen hatte. Ein riesiger SS-Mann schlug mit einem Ochsenziemer nach Kommando 25mal auf den Gefesselten. Dieser schrie und brüllte vor Schmerz, und das Blut spritzte nur so umher. Bei den letzten Schläger war er wohl schon ohnmächtig, denn er schrie nicht mehr. Dann wurde er abgeschnallt, es wurde Salz und Pfeffer in die Wunden gestreut, und der Bewußtlose wurde fortgeschleppt. Wir haben ihn nie wiedergesehen ...

Nun kamen wir endlich in eine Baracke, die für 75 Personen berechnet war und in welche 300 Personen hineingepreßt wurden. Das war unsere Schlaf- und Speisestätte. Wir mußten nachts auf dem Fußboden schlafen, so eng aneinandergedrückt, daß wir nur seitlich liegen konnten. Viele Kranke waren unter uns, die genauso hart arbeiten mußten wie alle anderen. Kein Arzt konnte geholt werden, keiner durfte nachts die Baracke verlassen. In den ersten drei Wochen starben etwa 25 Personen unseres Blockes. Wie oft kam es vor, daß nachts der Nachbar röchelte und im Totekampf lag. Keiner konnte ihm helfen, und am Morgen lag man neben einer Leiche.

Wenn wir morgens um 5 Uhr, noch in völliger Dunkelheit, zur Arbeit zogen, sahen wir jedesmal einige tote Männer im Drillhosenanzug im Stacheldraht hängen. Sie hatten aus Verzweiflung ihrem Leben selbst ein Ende gesetzt und zogen einen schnellen Tod dem langsamen, qualvollen Verenden im Lager vor. Man mußte 12 bis 16 Stunden arbeiten (Straßenbau, in der Fabrik oder im Walde) und bekam erst am Abend einen Teller warmes Essen. Am schlimmsten war die Kälte, gegen die man in der dünnen Unterwäsche und den Drillhosenanzügen nicht geschützt war. Es war ein strenger Winter, und wir hatten bis 20 Grad Kälte. Erfrierungen von Gliedern waren an der Tagesordnung. Die meisten aber starben an Lungenentzündung. Für die kleinste Kleinigkeit wurden grausame Strafen verhängt. Die beliebteste war das „Torstehen“. Man mußte eine halbe Stunde völlig nackt mit erhobenen Armen vor dem Tor im Schnee stehen. Wer die Arme sinken ließ oder umfiel, wurde solange geprügelt, bis er wieder aufstand oder verendete. Wer es jedoch überstand, hatte mindestens schwere Erfrierungen, meist aber eine tödlich verlaufende Lungenentzündung davongetragen.

(Wallfänger, Siegmund: Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung. Frankf. a. M. 1954, S. 10 ff.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 75)

Der Pogrom vom 9.-11. November 1938, von den Nationalsozialisten als 'Reichskristallnacht' bezeichnet, war nicht spontaner Ausdruck einer Volksempörung. Er war generalstabsmäßig geplant, nur notdürftig als 'Volkszorn' getarnt, Signal für die Einleitung einer neuen Verfolgungsphase. Auf dem Verordnungswege wurden zynischerweise den Opfern die Kosten des Terrors aufgebürdet. Auf dieselbe Weise wurde auch ihre berufliche Existenz vernichtet. Während der Pogromtage wurden 26000 Juden verhaftet. Von den Vereschleppten kamen 10911 in das KZ Dachau, 9845 in das Lager Buchenwald, über 6000 in das KZ Sachsenhausen. Hunderte von Juden starben in diesen Tagen an den Mißhandlungen der SS-Wachmannschaften.

Auszug aus einem Bericht über die Judenzwangsarbeit
bei Siemens

Im August 1940 befahl die Gestapo die Entlassung von Angestellten aus dem Büro des Palästina-Amtes, da die Fa. Siemens eine bestimmte Anzahl jüdischer Arbeitskräfte bei der Gestapo angefordert hatte. Mit mir wurden ca. 25 % meiner Kollegen von dieser Maßnahme betroffen. Gleiche Aktionen wurden in allen Berliner Büros und Betrieben, in denen Juden arbeiteten, durchgeführt. Es war die zweite Aktion dieser Art, ein Vierteljahr früher hatten die Berliner Großbetriebe Siemens, AEG, IG-Farben und andere den ersten Versuch mit jüdischen Zwangsarbeitern gemacht. Daß die Anforderung der Rüstungsbetriebe tatsächlich bei der Gestapo und nicht beim Arbeitsamt erfolgte, geht daraus hervor, daß sowohl bei der Entlassungsaktion im Frühjahr 1940, als auch bei der im August, vorher die Herren von der Gestapo ... im Palästina-Amt erschienen, sich nach der Belegschaftsstärke erkundigten ... usw. ... Kurz darauf erfolgte der Befehl der Gestapo, eine bestimmte Anzahl von Angestellten zu entlassen... Erst nach der durch die Gestapo be-

fohlenen Entlassung wurde, um der Form zu genügen, das Arbeitsamt eingeschaltet... Von diesen Siemens-Beauftragten wurden wir bereits für die verschiedenen Siemens-Werke eingeteilt. Ich gehörte zu der Gruppe, die dem Elektromotorenwerk der Siemens-Schuckert-Werke A.G. zugeteilt war. Wir kamen in die sogenannte "Anlernwerkstatt". Das war die Abteilung 133 des Elmo-Werkes, die Judenabteilung. Als wir Anfang September 1940 dorthin kamen, bestand die Abteilung bereits seit 4 Monaten mit einigen hundert jüdischen Frauen und wenigen Männern, z. T. Facharbeitern, wie Werkzeugmacher, Techniker u. a. Zum Teil waren es frühere Angestellte und Akademiker, Ärzte, Apotheker, Rechtsanwälte, die hauptsächlich für Transportarbeiten verwandt wurden.

In kurzer Zeit stieg die Ziffer der jüdischen Belegschaft dieser Abteilung auf 500. Es wurden außerdem neue Judenabteilungen eingerichtet. Das war beste Beweis dafür, daß sich die Judenzwangsarbeit für Siemens lohnte.

Wir bekamen einen Stundenlohn von 50 Pfg., sobald eine bestimmte Anlernzeit verstrichen war, wurden wir in einzelnen Arbeitskolonnen auf Akkord eingesetzt.

Mit Hilfe des später zum Tode verurteilten Kollegen Herbert Baum, der Facharbeiter war und in der nichtjüdischen Abteilung auch zutun hatte, gelang es, festzustellen, daß in der Parallelabteilung in verschiedenen Fällen für dieselben Arbeiten ein höherer Akkordsatz galt. Man hatte uns einfach $\frac{1}{3}$ des Satzes unterschlagen. Außerdem fielen die Arbeiten verschieden aus, die Drähte waren verschieden isoliert usw. Ich erfuhr bei meinen heimlichen Ermittlungen auch, daß die Stücke mit schwer zu bearbeitenden Drähten nur immer in unsere Abteilung kamen...

Als Ende 1941 der Abtransport der Juden nach dem Osten begann und nachdem die ersten Kolleginnen auch von uns weggekommen waren, wurden wir von Siemens bei der Gestapo reklamiert und daraufhin von den Transporten vorerst zurückgestellt... Zu der Zeit arbeiteten

allein im Elmo-Werk (ohne Kleinbau-Werk, Wernerwerk usw.) ca. 900 Juden (jüdische Zwangsarbeiter), die durch die besonders scharfe Ausbeutung eine höhere Arbeitsleistung vollbrachten, als in irgendeiner anderen Abteilung.

Nachdem die Rüstungskonzerne die Erfahrung gemacht hatten, daß sich aus dem "Menschermaterial", das ihnen die Gestapo aus den KZ lieferte, weit mehr Profit herauschinden ließ und sie ausreichend Betriebe nach dem Osten verlagert hatten, wurden am 27. Februar 1943 die jüdischen Abteilungen in den Berliner Rüstungsbetrieben liquidiert. Der Rest von 8 000 Berliner Juden wurde an diesem Tage aus den Betrieben geholt und nach Auschwitz transportiert.

Es bestand in unserer Abteilung eine jüdische Widerstandsgruppe unter Führung des Kollegen Herbert Baum, zu der ich auch Verbindung hatte. Wir hatten gute Beziehungen zu einigen christlichen Kollegen und zu französischen Zwangsarbeitern und -arbeiterinnen angeknüpft. Vor allem die französischen Kollegen waren der Gruppe bei ihrer illegalen Arbeit sehr behilflich, indem sie ihr Ausweise französischer Zivilarbeiter für uns Juden beschafften, damit wir die Möglichkeit hatten, uns dem Abtransport ins KZ zu entziehen und als französische Zivilarbeiter getarnt zu leben.

Für die Wahrheit meines Berichts kann ich zwei ehemalige Kolleginnen meiner Arbeitskolonne namhaft machen: Herrn Apotheker Katschinski, Berlin-Wilmersdorf, Trautenastr. 9 und Frau Ellen Frenzel, geb. Berkowitz, Berlin-Neukölln, Emserstr. 64.

gez. Ilse Haak

(aus: Pikarski, Rolle) Anhang Blatt 42f)

" Fabrik-Aktion "

Die Deportation jüdischer Zwangsarbeiter
nach Auschwitz am 27. Februar 1943

W.V.-Hauptamt
Amt D II

Fernspruch.
8. März 43

Oranienburg.

Betr. Abtransport von jüdischen Rüstungsarb.

Am 5. und 7. März trafen folgende jüdische Häftlingstransporte ein.

Transport aus Berlin, Eingang 5. März 43, Gesamtstärke 1120 Juden. Zum Arbeitseinsatz gelangten 389 Männer (Buna) und 96 Frauen. Sonderbehandelt wurden 151 Männer und 492 Frauen und Kinder. Transport aus Breslau, Eingang 5. März 43, Gesamtstärke 1405 Juden. Zum Arbeitseinsatz gelangten 406 Männer (Buna) und 190 Frauen. Sonderbehandelt wurden 125 Männer und 684 Frauen und Kinder.

Transport aus Berlin, Eingang 7. März 43, Gesamtstärke 690 einschließlich 25 Schutzhäftlingen. Zum Arbeitseinsatz gelangten 153 Männer und 25 Schutzhäftlinge (Buna) und 65 Frauen. Sonderbehandelt wurden 30 Männer und 417 Frauen und Kinder.

gez. Schwarz
Obersturmführer

(„Dokumenty i Materiały z czasów okupacji niemieckiej w Polsce. I Obozy.“
Herausgeber: N. Blumental, Zentrale Jüd. Historische Kommission, Lodz 1946, S. 110.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 74)

Hinter dem Begriff ' Sonderbehandlung ' verbirgt sich die Ermor-
dung wehrloser Opfer in den Gaskammern von Auschwitz.

ZUM ABSCHNITT : ENTSTEHUNG DER GRUPPE

Gemeinsame Freizeitgestaltung. Fotos von Wanderungen
der Gruppe um Herbert Baum (1936)



(aus: Pikarski, Jugend)



(aus: Pikarski, Jugend)

ZUM ABSCHNITT: WIDERSTANDSARBEIT 1941/42

" Wochenspruch der NSDAP " vom 7.-11. September 1941
mit Zitat aus der Hitler-Rede vom 30.1.1939 als Farb-Schmuckblatt

WENN ES DEM
INTERNATIO/
NALEN FINANZJUDEN/
TUM GELINGEN
SOLLTE DIE VÖLKER
NOCH EINMAL IN
EINEN WELTKRIEG
ZU STÜRZEN DANN
WIRD DAS ERGEB/
NIS NICHT DER SIEG
DES JUDENTUMS
SEIN SONDERN DIE
VERNICHUNG DER JÜ/
DISCHEN RASSE IN
EUROPA

A D O L F  H I T L E R

(aus: Brandt, Menschen ohne Schatten, 59)

" Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der
Juden (1.9.1941) "

Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden (1. 9. 1941)

§ 1

Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, ist es verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen.

Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern aus gelbem Stoff mit der schwarzen Aufschrift „Jude“. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstücks fest angenäht zu tragen.

§ 2

Juden ist verboten

- a) den Bereich ihrer Wohngemeinde zu verlassen, ohne eine schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde bei sich zu führen,
- b) Orden, Ehrenzeichen und sonstige Abzeichen zu tragen.

§ 4

Wer dem Verbot der §§ 1 und 2 vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. Weitergehende polizeiliche Sicherungsmaßnahmen sowie Strafvorschriften, nach denen eine höhere Strafe verwirklicht ist, bleiben unberührt.
... (Reichsgesetzblatt Teil I, S. 547)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 35)

Generalgouverneur Hans Frank über die 'Endlösung'
im Generalgouvernement (16. Dezember 1941)

... Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt ... Bewußt wird — das geht aus dem Stimmungsberichten hervor — immer wieder versucht, von Grausamkeit, Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten, einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volk haben, sonst mit niemandem auf der Welt ... Die anderen haben auch mit uns kein Mitleid gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judenepscheit in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zweck angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herr Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichsicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen. Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man macht man die Scherereien. Wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen. Liquidiert sie selbst. Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleids-erwägungen zu wappnen.
Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrechtzuerhalten ...
(Dkt. Bd. XXIX, S. 30 f., PS-2223)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 80)

Zahlen

Deportationen aus Berlin:

- Herbst 1941 bis Januar 1942 nach Riga, Minsk, Lodz
 - Frühjahr 1942 nach Lublin
 - Sommer 1942 bis Februar 1943 nach Theresienstadt, Auschwitz, Riga, Tallinn
 - Februar bis April 1943 nach Auschwitz
- Insgesamt gab es 63 «Osttransporte» mit 35 000 Opfern und 117 «Alterstransporte» mit 15 000 Opfern.

Zahl der jüdischen Bürger in Berlin:

1933	160 574
1939	82 788
1942 Januar	55 000
1942 Dezember	33 000
1943 April	18 315

Zahl der jüdischen Bürger in Deutschland:

1933	500 000
1939	215 000
1941	164 000

(aus: Juden in Preußen, 398)

'Einsatzgruppen'

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG

Ich, Otto OHLENDORF, erkläre hiermit an Eidesstatt:
Ich war Chef des Sicherheitsdienstes (SD), Amt III des Hauptamtes des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (RSHA), von 1939 bis 1945.

Im Juni 1941 wurde ich von Himmler bestimmt, eine der Einsatzgruppen zu führen, die damals gebildet wurden, um den deutschen Armeen im russischen Feldzug zu folgen. Ich war der Chef der Einsatzgruppe D. Chef der Einsatzgruppe A war **Stahlecker**, Abteilungsleiter im 'Auswärtigen Amt'. Der Chef der Einsatzgruppe B war **NEBE**, Chef des Amtes V (Kripo) des Hauptamtes des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (RSHA). Der Chef der Einsatzgruppe C war zuerst **Rasch** (oder **Rasche**) und später **Thomas**.

Himmler erklärte, daß ein wichtiger Teil unserer Aufgabe in der Beseitigung von Juden, Frauen, Männern und Kindern, und kommunistischen Funktionären bestünde. Ich wurde etwa vier Wochen vorher über den Angriff auf Rußland benachrichtigt.

Nach einem Abkommen mit dem OKW und dem OKH wurden die Einsatzkommandos von der Heeresgruppe oder der Armee bestimmten Korps und Divisionen des Heeres zugeteilt. Das Heer bestimmte, in welchem Gebiet die Einsatzkommandos zu operieren hatten. Alle Führungsweisungen und Befehle für die Ausführung von Hinrichtungen kamen über den Chef der SIPO und des SD (RSHA) in Berlin. Regelmäßiger Kurierdienst und Radioverbindung bestanden zwischen den Einsatzgruppen und dem Chef der SIPO und des SD.

Die Einsatzgruppen und Einsatzkommandos wurden vom Personal der Gestapo, des SD oder der Kriminalpolizei geführt. Zusätzliche Mannschaften wurden von der Ordnungspolizei und von der Waffen-SS gestellt. Einsatzgruppe D bestand aus ungefähr 400 bis 500 Mann und verfügte über annähernd 170 Fahrzeuge.

Als die deutsche Armee in Rußland einmarschierte, war ich Führer der Einsatzgruppe D im südlichen Sektor, und im Laufe des Jahres, während dessen ich Führer der Einsatzgruppe D war, liquidierte sie ungefähr 90 000 Männer, Frauen und Kinder. Die Mehrzahl der Liquidierten waren Juden, aber es waren unter ihnen auch einige kommunistische Funktionäre.

In der Ausführung dieses Vernichtungsprogrammes wurden die Einsatzgruppen in Einsatzkommandos untergeteilt, und die Einsatzkommandos in noch kleinere Einheiten, die sogenannten Sonderkommandos und Teilkommandos. Gewöhnlich wurden die kleineren Einheiten von einem Angehörigen des SD, der GESTAPO oder der Kriminalpolizei geführt. Die dazu ausersehene Einheit pflegte in ein Dorf oder in eine Stadt zu kommen und den führenden jüdischen Bewohnern den Befehl zu erteilen, alle Juden zwecks Umsiedlung zusammenzurufen. Sie wurden aufgefordert, ihre Wertgegenstände den Führern der Einheit zu übergeben, und kurz vor der Hinrichtung ihre Oberkleidung auszuhändigen. Die Männer, Frauen und Kinder wurden zu einem Hinrichtungsort geführt, der sich meist neben einem vertieften Panzerabwehrgraben befand. Dann wurden sie erschossen, kniend oder stehend, und die Leichen wurden in den Graben geworfen. Ich habe in der Gruppe D das Erschießen durch Einzelpersonen nie genehmigt, sondern befahlen, daß mehrere Leute gleichzeitig schießen sollten, um direkte persönliche Verantwortung zu vermeiden. Die Führer der Einheiten oder besonders bestimmte Personen mußten jedoch den letzten Schuß auf solche Opfer abfeuern, die nicht sofort tot waren. Ich erfuhr aus Gesprächen mit anderen Gruppenführern, daß manche von ihnen verlangten, daß die Opfer sich flach auf den Boden legten, um dann durch den Nacken geschossen zu werden. Ich billigte diese Methoden nicht.

Im Frühjahr 1942 wurden uns vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin Gaswagen geschickt. Diese Wagen wurden vom Amt II des RSHA beigestellt. Der Mann, der für die Wagen meiner Einsatzgruppe verantwortlich war, war **Becker**. Wir hatten Befehl erhalten, die Wagen für die Tötung von Frauen und Kindern zu benutzen. Jedesmal, wenn eine Einheit eine genügende Anzahl von Opfern angesammelt hatte, wurde ein Wagen für die Liquidierung gesandt. Wir hatten auch diese Gaswagen in der Nähe der Durchgangslager stationiert, in die die Opfer gebracht wurden. Den Opfern wurde gesagt, daß sie umgesiedelt werden würden und zu diesem Zwecke in die Wagen steigen mußten. Danach wurden die Türen geschlossen und durch das Ingangsetzen der Wagen strömte das Gas ein. Die Opfer starben in 10 bis 15 Minuten. Die Wagen wurden dann zum Begräbnisplatz gefahren, wo die Leichen herausgenommen und begraben wurden.

Ich habe den Bericht von **STAHLECKER** (Document L-180) über Einsatzgruppe A gesehen, in welchem **Stahlecker** behauptet, daß seine Gruppe 135 000 Juden und Kommunisten in den ersten vier Monaten der Aktion getötet hat. Ich kannte **Stahlecker** persönlich, und ich bin der Ansicht, daß das Dokument authentisch ist. Man hat mir den Brief gezeigt, den **BECKER** an **RAUFF**, den Leiter der Technischen Abteilung von Amt II, bezüglich der Verwendung dieser Gaswagen geschrieben hat. Ich kannte diese beiden Männer persönlich und bin der Ansicht, daß dieser Brief ein authentisches Dokument ist.

(IMT, Bd. XXXI, S. 39 ff., PS-2620)

gez. Ohlendorf

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 81)

Bericht des Majors Rösler an seine vorgesetzte
Dienststelle

z. Z. Kassel, den 3. 1. 1942
Major Rösler

Bericht:

Die mir vom Infanterie-Ersatz-Regiment 52 vorgelegte Angelegenheit „Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung im Osten“ gibt mir Veranlassung, das Folgende zu berichten:
Ende Juli 1941 befand sich das damals von mir geführte Infanterie-Regiment 52 auf dem Wege von Westen nach Shtomir, wo es eine Rastunterkunft beziehen sollte. Als ich mit meinem Stab am Nachmittag des betreffenden Ankunftstages mein Stabsquartier bezogen hatte, hörten wir aus nicht allzuweiter Entfernung in regelmäßigen Abständen Gewehrsalven, denen nach einiger Zeit Pistolenschüsse folgten. Ich beschloß, dieser Erscheinung nachzugehen und begab mich mit Adjutant und Ordonnanzoffizier (Oberleutnant von Bossewitz und Leutnant Müller-Brodmann) in Richtung des Gewehrfeuers auf die Suche. Wir bekamen bald den Eindruck, daß sich hier ein grausames Schauspiel abspielen müsse, denn nach einiger Zeit sahen wir zahlreiche Soldaten und Zivilpersonen einem vor uns liegenden Bahndamm zuströmen, hinter dem, wie man uns meldete, laufend Erschießungen vorgenommen wurden. Während der ganzen Zeit konnten wir über den Bahndamm zunächst nicht hinwegsehen, hörten jedoch immer nach einem gewissen Zeitraum den Ton einer Trillerpfeife und danach eine etwa 10-läufige Gewehrsalve, an die sich nach einiger Zeit Pistolenschüsse anreiheten. Als wir schließlich den Bahndamm erklettert hatten, bot sich jenseits dieses Dammes ein Bild, dessen grausame Abscheulichkeit auf den unvorbereitet Herantretenden erschütternd und abschreckend wirkte. In die Erde war ein etwa 7—8 Meter langer, vielleicht 4 Meter breiter Graben eingezogen, dessen aufgeworfene Erde auf der einen Seite aufgeschichtet war. Diese Aufschichtung und die darunter liegende Grabenwand waren vollständig mit Strömen von Blut besudelt. Die Grube selbst war mit zahlreichen, schwer abzuschätzenden menschlichen Leichen aller Art und jeden Geschlechts gefüllt, so daß ihre Tiefe nicht geschätzt werden konnte. Hinter dem aufgeschütteten Wall stand ein Kommando Polizei, das von einem Polizeioffizier befehligt wurde. Die Uniformen dieses Kommandos wiesen Blutspuren auf. Im weiten Umkreis ringsherum standen unzählige Soldaten dort bereits liegender Truppenteile, teilweise in Badehosen, als Zuschauer, ebenso zahlreiche Zivilisten mit Frauen und Kindern. Ich habe mir daraufhin durch ganz dichtes Herantreten an den Graben ein Bild verschafft, das ich bis heute nicht vergessen konnte. Unter anderem lag in diesem Grab ein alter Mann mit einem weißen Vollbart, der über seinem linken Arm noch ein kleines Spazierstöckchen hängen hatte. Da dieser Mann noch durch seine stoßweise Atemtätigkeit Lebenszeichen von sich gab, ersuchte ich einen der Polizisten, ihn endgültig zu töten, worauf dieser mir mit lachender Miene sagte: „Dem habe ich schon siebenmal was in den Bauch gejagt, der kriecht schon von alleine.“ Die in dem Graben liegenden Erschossenen wurden nicht besonders zurecht gelegt, sondern blieben so, wie sie nach dem Schuß von der Grabenwand heruntergefallen waren. Sämtliche dieser Leute wurden durch Nackenschüsse erledigt und anschließend von oben her mit Pistolenschüssen abgefangen.
Ich habe durch meine Teilnahme am Weltkriege sowie dem französischen und russischen Feldzug dieses Krieges keineswegs eine übertriebene Verweichlichung meines Gemütes erfahren, habe auch durch meine Betätigung in den Freiwilligenformationen des Jahres 19 manches mehr als Unerfreuliche erlebt, ich kann mich jedoch nicht entsinnen, jemals einer solchen Scene, wie der geschilderten, beigewohnt zu haben.
Ich erwähne noch, daß nach Aussagen von Soldaten, die sich diese Hinrichtungen öfters ansahen, täglich mehrere Hunderte erschossen worden sein sollen.

Gezeichnet Rösler

(IMT, Bd. VII, USSR—293, S. 588 f.)

(aus: Scheffler, Judenverfolgung, 85f)

Nationalsozialistische Kriegshetze
(Propagandaplatat von 1941)



(aus: Aleff, Das Dritte Reich, 192)

Auszug
(Zeitu

Deutscher Solda
ten Teil Westeu
Zeitung ist nicht
für alle Deine
für den Sturz d
tung also weiter

(...)

Kurz

Aus Berlin wird
der Panierstraße
dat von der O
weil er nicht me
Fenster, als die
es zu empörten

Aus Hamburg
Sohn einen Brie
hungern müsse.
gelebt. Die Fra
schrie: „Ich will
meinen Sohn wi

Aus Halle wi
bot ein Soldat e
stern seinen Sit
Mann angepöbe
machen. Der U
Worten zurück,

Bestial
gefang

Als die Sowjetu
der eine Protest

Auszug aus: "Der Ausweg"

(Zeitung für Frontsoldaten im Dezember 1941)

Deutscher Soldat an der Ostfront und in Nordafrika, im besetzten Teil Westeuropas, in Norwegen und auf dem Balkan! Diese Zeitung ist nicht nur für Dich, der Du sie erhalten hast, sondern für alle Deine Kameraden bestimmt, die bereit sind, mit uns für den Sturz der Hitlerregierung zu kämpfen. Gib diese Zeitung also weiter!

Antifaschistische Aktion Deutschlands

(. . .)

Kurznachrichten

Aus Berlin wird gemeldet: Anfang Dezember ereignete sich in der Panierstraße in Neukölln ein aufregender Vorfall. Ein Soldat von der Ostfront, der seinen Urlaub überschritten hatte, weil er nicht mehr zur Ostfront zurück wollte, sprang aus dem Fenster, als die Polizei ihn verhaften wollte. In der Straße kam es zu empörten Protestkundgebungen der Bevölkerung.

Aus Hamburg wird gemeldet: Eine Mutter erhielt von ihrem Sohn einen Brief von der Ostfront, worin er ihr schrieb, daß er hungern müsse. Tagelang habe er von Gras und Kohlwurzeln gelebt. Die Frau lief in ihrer Erregung auf die Straße und schrie: „Ich will keinen Krieg, ich will keinen Krieg, ich will meinen Sohn wiederhaben.“ Sie wurde daraufhin verhaftet.

Aus Halle wird berichtet: In der Merseburger Straßenbahn bot ein Soldat einer alten, gebrechlichen Frau mit dem Judenstern seinen Sitzplatz an. Daraufhin wurde er von einem SA-Mann angepöbelt, es sei verboten, für „Judeasäue“ Platz zu machen. Der Unteroffizier wies diese Anpöbelung mit den Worten zurück, daß es seine eigene Angelegenheit sei . . .

Bestialische Behandlung der sowjetischen Kriegs- gefangenen entehrt die deutschen Soldaten!

Als die Sowjetunion an alle neutralen und befreundeten Länder eine Protestnote wegen der viehischen Behandlung der so-

wjetischen Kriegsgefangenen richtete, sah sich die Goebbelspropaganda veranlaßt, heuchlerische Erklärungen über die Menschlichkeit der deutschen Soldaten, insbesondere aber über die der Nazis abzugeben.

Auch der Deutschlandsender trug dazu am 16. Dezember bei, als er in der „Stimme der Front“ log: „Der deutsche Soldat ist ein ritterlicher Soldat. Jeder Gefangene steht unter seinem Schutz.“

Wir wissen nur zu gut, daß solche Naziver Versicherungen den Stempel der Unwahrheit tragen. Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht! Bei den Nationalsozialisten ist die Lüge ja auch ein wichtiger Programmpunkt. In Hitlers „Mein Kampf“ lesen wir die Bestätigung, daß eine große Lüge immer einer kleinen vorzuziehen sei.

Soldaten sollen nun selbst die „Ritterlichkeit“ der Naziherden bestätigen.

Dynamitanschlag auf wehrlose Gefangene in Kiew

Soldat A. D. berichtet: „Der ‚Ausweg‘ schilderte im November die Mißhandlungen der sowjetischen Kriegsgefangenen durch deutsche Soldaten und gab einen Bericht aus Berlin. Dieser Bericht war an sich harmlos gegen die tatsächlichen Zustände, von denen ich Euch heute berichten will. Wir sitzen jetzt hier (Kiew) in Unterkünften ohne Fenster. Die Fenster gingen in Trümmer, als auf Befehl der Militärbehörde ein Gebäude durch Dynamit gesprengt wurde, in das vorher 50 000 gefangene Russen, in der Hauptsache aber Juden, hineingepfercht wurden. Diese armen Menschen waren alle am Verhungern und an Seuchen erkrankt.“

Alle Kameraden, die nicht völlig vertiert und verhetzt sind, empfinden das peinliche Gefühl, an Geschehnissen mitschuldig zu werden, die heute schon ihre Schatten auf das deutsche Volk vorauswerfen.

Wir begrüßen unsere antifaschistischen Kameraden in der Heimat und versprechen, daß wir unsere ganze Kraft aufbringen

werden, um die irregeführten deutschen Soldaten zur Vernunft zu bringen, ehe es zu spät ist.

In unserem eigenen Interesse rücken wir ab von den SS-Verbrechern und den Nationalsozialisten sowie von der Gestapo. Wenn wir einmal leben wollen, müssen diese vernichtet werden! Unsere einzige Rettung ist der antifaschistische Befreiungskampf gegen die Hitlerdiktatur."

Der Todeszug

Der Wachmann W. O. schreibt uns: „Ich hatte wiederholt die traurige Aufgabe, die ‚Züge des Todes‘ von der Ostfront zu begleiten. Anfangs dachte ich mir nichts dabei. Ich sprach höchstens mit meinen Kameraden darüber, daß wir nichts zu lachen gehabt hätten, wenn die Sowjets in Deutschland eingefallen wären. Aber die Erlebnisse haben vielen von uns gezeigt, daß wir nur Vorurteile nachgebetet haben, die uns die Offiziere aufgeschwatzt haben. Wir haben den Stolz der russischen Bauern über ihre Behausungen kennengelernt und uns dann gefragt: Wie müssen die früher unter dem Zaren gehaust haben? Westeuropäische Betrachtungsweise führt hier zu einem grotesken Zerrbild, das unser Urteil trübt. Wir haben erlebt, mit welcher erschütternden Selbstverständlichkeit die Sowjets ihr Leben für ihre Heimat hergeben, und nie haben wir ihre Kommissare als Treiber gesehen, sondern als die Tapfersten der Tapfersten. Ich war schon im letzten Weltkrieg in Rußland und kann daher sagen, daß mich die Nationalsozialisten nicht dumm machen können. Denn in Rußland lebt ein anderer, ein lebensbejahender, ein kämpferischer Geist.

Was ich hier im Osten erlebt habe, das kann ich kaum ansprechen, ohne daß mich ein körperliches Unbehagen ergreift... als hätte ich ein schlechtes Gewissen... Wie kann das zugehen, habe ich mich gefragt. Bin ich denn schuldig, bin ich denn mitschuldig an dem Elend, das durch diesen Krieg im Osten entstanden ist und von dem Ihr zu Hause gar keine Ahnung habt.

Habe ich denn das gewollt? Liebe Freunde, ... ich muß Euch bekennen:

Wir sind die Bestien!

Ja, wir sind es! Du und ich, Ihr alle, die Ihr gedankenlos in der Barbarei versinkt. Hier im Gefangenenlager Warnick (Küstria) kam mir zum ersten Mal die Erkenntnis. Diese russischen Gefangenen sind Väter wie wir, haben Frauen und Kinder, die um sie weinen wie bei uns, diese russischen Jünglinge lieben ihre Heimat wie wir, und sie verteidigen sie. Nichts ist an ihnen anders, abgesehen von unserer westeuropäischen Betrachtungsweise. Aber meine Frau schrieb mir erst in der vori-

gen Woche, wie der Lebensstandard des deutschen Volkes immer tiefer sinkt. Worauf also können wir stolz sein? Mich hat eine furchtbare Scham ergriffen.

Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein!

Hört zu, liebe Freunde, was ich zu berichten habe: Wir fuhrten mit einem ‚Todeszug‘ über die Grenze. Es war schon dunkel, und das Gebrüll hungriger und durstiger Menschen erstarrte langsam in einem grausigen Stöhnen. Nur ab und zu erklang ein Schrei und ein dumpfer Schlag, als renne ein Mensch mit dem Kopf gegen eine Bohlenwand. Wir saßen – die Bewachungsmannschaft – im Gepäckwagen, der für uns bestimmt war, weil gefroren trotz unserer Decken. Wir wußten, die Gefangenen hatten keine, nicht einmal Mäntel. Die wurden ihnen auf Befehl unserer Vorgesetzten weggenommen. Wir saßen da und schwiegen. Ganz in der Ecke saß der Kamerad Unger. Wir hatten ihn alle gern. Er war immer kameradschaftlich und hilfsbereit. Das Letzte teilte er mit uns. Er war heute still und hatte sein Abendessen nicht berührt. Was macht das schon. Die Gefangenen hatten seit Tagen nichts bekommen. Wir wußten, Kamerad Unger war verstört durch ein Erlebnis, das wir in Warschau hatten. Dort stellte sich die SS-Mannschaft eines Gefangenentransportzuges vor verschlossene Wagen, deren Lüftungsluken geöffnet waren, und verzehrten in provozierender Weise ihr Mittagessen. Die russischen Gefangenen schrien vor Hunger, und die SS-Leute brachten es fertig, den Rest ihrer Mahlzeit vor den gequälten Menschen auf die Erde zu schütten.

Durch das monotone Geräusch des fahrenden Zuges erlöste plötzlich ein vielstimmiger Schrei, darauf ein Gebrüll, das uns das Blut erstarren ließ. Wir rannten nach dem Vorderteil des Gepäckwagens, und Kamerad S. kletterte auf den Tender der Lokomotive. Kurz darauf hielt der Zug.

Im dritten Güterwagen herrschte eine furchtbare Aufregung. Wir öffneten die Schiebetür. Ein entsetzlicher Gestank quoll heraus. Richtig, die Gefangenen durften ja seit drei Tagen nicht aus dem Wagen heraus, mußten ihre Notdurft im Wagen verrichten. Entsetzte Gesichter, Wahnsinnige blickten in unsere Gewehrläufe, geblendet von unseren Taschenlampen. Sie wankten und stürzten aus dem Wagen. Unser Unteroffizier, ein Sattler SA-Mann, schrie: ‚Sie flüchten! Gebt Feuer!‘ Und wir haben geschossen! Jawohl, ich schreie es hinaus, wir haben das getan, wir Unmenschen! Ich habe gemordet, weil der Kadavergehorsam das von mir verlangt hat. Aus keinem anderen Grund. Denn ich habe ja gar keinen, liebe Freunde, glaubt es mir!

Um uns war Totenstille. Unser Herz schlug bis zum Hals. Ich habe in der vordersten Front gekämpft und habe keinen Entsetzen nicht gekannt. Der Kampf Mann gegen Mann, er

hart er sein mag, ist eine Erlösende geworden. Gefangene abzuschließen. Unger hatte das begriffen. F Als wir auf den geöffneten W selbst gerichtet.

Die Durchsuchung des Güte genen die Bodenbretter aufgeri zu lassen. 3... 5... 9... 15. stückelt auf der Strecke, vier Rest, 29 Mann, war wahnsinnig

Freunde, ich weiß, daß ich t kann. Ich bin mitschuldig gewo fluchtigen System, das uns unse hat.

Ich weiß jetzt, der Unger ha ein anständiger und guter Kam

Kameraden, wir müssen uns sam, der uns zugrunde richter Gewehre richten gegen die Sch chlosen Verbrechern machen. Diese Schuldigen sind die Na kommenden Gericht nicht ein nen Volkes zurückschrecken w

Deutsche Soldaten, viele v erlebt. Zieht daraus die Folg stischen Mordgesindel bekenn kommenden Deutschland! De werden, und angesichts der T schen Barbarei schwören wir bis das letzte Opfer gerächt i Soldaten, her zur Antifas che es zu spät ist! Nur im ge Ihr Euer Leben aus der fasch

(...)

Kein Deutscher, der seine Leben seiner Lieben noch etw regierung weiter unterstützen brecherischen Oberbefehlshab

(aus: Pikarski)

des deutschen Volkes
sind wir stolz sein? Mich

er zu sein!

richten habe: Wir fuhren
ze. Es war schon dunkel,
erstiger Menschen erstarrt
Nur ab und zu ertönte ein
me ein Mensch mit dem
saßen – die Bewachungs-
ir uns bestimmt war, steif
wußten, die Gefangenen
ie wurden ihnen auf Be-
men. Wir saßen da und
Kamerad Unger. Wir hat-
neradschaftlich und hilf-
er war heute still und hatte
nacht das schon. Die Ge-
bekommen. Wir wußten,
ein Erlebnis, das wir in
SS-Mannschaft eines Ge-
sene Wagen, deren Lüf-
tehrten in provozierender
en Gefangenen schrien...
en es fertig, den Rest ihrer
auf die Erde zu schütten.

s fahrenden Zuges ertönte
trauf ein Gebrüll, das uns
nach dem Vorderteil des
tette auf den Tender der
Zug.

eine furchtbare Aufregung.
ntsetzlicher Gestank quoll
ten ja seit drei Tagen nicht
Notdurft im Wagen ver-
sinnige blickten in unsere
Taschenlampen. Sie wank-
user Unteroffizier, ein Stet-
hl Gebt Feuer! Und wir
e es hinaus, wir haben das
mordet, weil der Kadaver
aus keinem anderen Grund.
Freunde, glaubt es mir!
Herz schlug bis zum Halse.
gekämpft und habe dieses
pf Mann gegen Mann, so

hart er sein mag, ist eine Erlösung gegen den Gedanken, hilflos
gewordene Gefangene abzuschlachten.

Unger hatte das begriffen, Freunde. Unger lebt nicht mehr.
Als wir auf den geöffneten Wagen schossen, hat Unger sich
selbst gerichtet.

Die Durchsuchung des Güterwagens ergab, daß die Gefan-
genen die Bodenbretter aufgerissen haben, um sich überfahren
zu lassen. 3... 5... 9... 15... 21... Gefangene lagen zer-
stückelt auf der Strecke, vier waren von uns erschossen, der
Rest, 29 Mann, war wahnsinnig.

Freunde, ich weiß, daß ich nicht Eure Vergebung verlangen
kann. Ich bin mitschuldig geworden, mitschuldig an diesem ver-
fluchten System, das uns unser Glück und unser Leben zerstört
hat.

Ich weiß jetzt, der Unger hat aber nicht recht getan. Er war
ein anständiger und guter Kamerad. Er ist daran zerbrochen.

Kameraden, wir müssen uns frei machen von diesem Gehor-
sam, der uns zugrunde richtet. Kameraden, wir müssen unsere
Gewehre richten gegen die Schuldigen, die uns zu Mördern und
ehellosen Verbrechern machen, um uns in der Hand zu haben.
Diese Schuldigen sind die Naziführer, die aus Angst vor dem
kommenden Gericht nicht einmal vor der Vernichtung des eigen-
nen Volkes zurückschrecken werden."

Deutsche Soldaten, viele von Euch haben noch Schlimmeres
erlebt. Zieht daraus die Folgerung: Wer sich zu dem faschis-
tischen Mordgesindel bekennt, für den ist kein Platz mehr im
kommenden Deutschland! Der muß als Mitschuldiger gerichtet
werden, und angesichts der Tausende Todesopfer der faschis-
tischen Barbarei schwören wir Antifaschisten, nicht eher zu ruhen,
bis das letzte Opfer gerächt ist.

Soldaten, her zur Antifaschistischen Aktion Deutschlands,
ehe es zu spät ist! Nur im gemeinsamen Kampf mit uns werden
Ihr Euer Leben aus der faschistischen Katastrophe retten.

(...)

Kein Deutscher, der seine Heimat wirklich liebt, dem das
Leben seiner Lieben noch etwas gilt, darf und kann die Hitler-
regierung weiter unterstützen. Kein Soldat darf diesem ver-
brecherischen Oberbefehlshaber in die Katastrophe folgen.

(aus: Pikarski, Jugend, 201ff)

"An die deutsche Ärzteschaft!"

(Flugschrift März 1942)

Kollegen!

Es ist eine sehr alte ärztliche Erfahrung, daß der Ernährungs-
stand der Bevölkerung und der Ausbruch von Seuchen in engem
Abhängigkeitsverhältnis voneinander stehen.

Mit Recht bezeichnete man früher Typhus- und Flecktyphus-
epidemien als „Hungertyphus“.

Namhafte Gelehrte haben zu wiederholten Malen auf Grund
verschiedener Epidemien diese Zusammenhänge aufgezeigt. So
zum Beispiel Rudolf Virchow in seinen „Mitteilungen über die
in Oberschlesien herrschende Flecktyphusepidemie“. Vor über
80 Jahren gab er in dieser Arbeit die folgende Kennzeichnung
der Gesundheitslage der oberschlesischen Bevölkerung:

„Das Gesetz war da, die Beamten waren da, und das Volk
starb zu Tausenden Hungers und an Seuchen. Das Gesetz half
nichts, denn es ward nur beschriebenes Papier. Der ganze Staat
war allmählich ein papierener, ein großes Kartenhaus geworden,
und als das Volk daran rührte, fielen die Karten in buntem
Gewirr durcheinander.“ (1848)

Welcher deutsche Arzt dürfte heute ähnliches schreiben, ohne
Gefahr zu laufen, von der Geheimen Staatspolizei für immer
zum Schweigen gebracht zu werden.

Das „hohe Interesse“, das die nationalsozialistische Gesund-
heitsführung der Gesundheit unseres Volkes entgegenbringt,
kann nicht in der Anwesenheit des Reichsgesundheitsführers
Dr. Conti bei Propagandaveranstaltungen zum Ausdruck kom-
men, ebensowenig wie das von seinen zweckoptimistischen Be-
ruhigungsreden gesagt werden kann.

Die Wirklichkeit entlarvt die sogenannte Reichsgesundheits-
führung als ein rücksichtsloses Machtinstrument der National-
sozialisten, um das Schicksal des deutschen Volkes mit dem
Untergang der Hitlerregierung zu verketten.

In der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ 1941, Nr. 30,
lesen wir:

„Anhand eines Beobachtungsgutes von 7488 Magenunter-
suchungen in der Zeit vom 1. November 1937 bis 30. Oktober
1940 kommt der Verfasser (Dr. H. Rothe) zu folgenden Ergeb-
nissen: Es findet sich eine deutliche Periodizität mit einem
Wintergipfel, kein ausgesprochener Frühjahrs- und Herbstgipfel.
Schon vor dem Kriege hat die Ulkuserkrankung eine deutliche
Zunahme erfahren, was wahrscheinlich mit der zunehmenden
Arbeitsbelastung in Zusammenhang steht. Seit Kriegsbeginn ist

eine sichere Zunahme der narbigen Bulbusveränderungen zu verzeichnen. Diese Zunahme muß wohl als kriegsbedingt angesehen werden. Als auslösende Momente kommen neben der Umstellung der Ernährung die verstärkte Arbeitsbelastung und psychische Momente in Frage." Abschrift aus „Deutsches Ärzteblatt“ Nr. 36.

Das zunehmende Massensterben an Lungenschwindsucht und Typhus, an Scharlach und Diphtherie, an Grippe und Magenulkus in der heutigen Zeit ist eine Folge der Hungerrationen des deutschen Volkes. Das wissen nicht nur wir als verantwortungsbewußte Mediziner Deutschlands. Wir wissen auch, daß mit der weiteren systematischen Verschlechterung der Ernährungs- und Wohnverhältnisse infolge dieses wahnsinnigen Krieges die Bedingungen für den weiteren Ausbruch großer Volksseuchen immer günstiger werden.

Das Gespenst des Hungers geht um!

Trotz der Versprechungen der verantwortlichen Männer der Hitlerregierung, daß die Lebensmittelvorräte für einen langen Krieg ausreichen, stehen außer der Kürzung der Lebensmittelrationen von der 35. Kartenperiode an weitere einschneidende Maßnahmen bevor. Jeder Arzt muß heute schon zugeben, daß die werktätige Bevölkerung an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist, daß die Kinder in der Schule immer mehr zurückbleiben, daß die täglichen Sorgen der Hausfrauen und Mütter in immer steigendem Maße zu Erkrankungen führen. Nervöse Störungen sind an der Tagesordnung, Reizbarkeit, Konzentrationsunfähigkeit.

Das Volk steht vor dem Zusammenbruch!

Arzt sein, das bedeutet eine soziale Verpflichtung. Können wir dieser Verpflichtung noch nachkommen? Nein! 5000 von den nationalsozialistischen Strafgesetzen eingeschüchterte deutsche Ärzte sehen untätig zu, wie an der Gesundheit des deutschen Volkes durch drakonische Maßnahmen des Kassenwesens, durch katastrophale Zustände in der Krankenpflege, durch Heilmittelverknappung Raubbau getrieben wird.

Kollegen, wollt Ihr mitschuldig sein an der bevorstehenden Katastrophe, die über uns hereinbrechen muß, wenn wir Adolf Hitler in seinem aussichtslosen Krieg zur Befriedigung seiner verbrecherischen Machtgelüste weiter unterstützen würden?

Hitlers Sturz ist Deutschlands Rettung!

Soll Hitler wirklich Deutschlands Totengräber werden? Er darf es nicht werden. Fallt ihm gemeinsam mit den antifaschistischen Werktätigen in die Arme. Deutschland wird nicht zugrunde gehen, wenn Hitler stürzt. Im Gegenteil! Millionen Deutsche werden vor dem Untergang bewahrt, sie werden gerettet.

Deutschland wird nicht leben, wenn wir sterben!
Deutschland wird nur leben, wenn wir leben!

Deshalb wird Deutschland auch nicht zugrunde gehen, wenn Hitler diesen furchtbaren Krieg verliert.

„Sieg um jeden Preis“ – das ist eine wahnsinnige Parole, denn für Hitler gibt es keinen Ausweg, keine Lösung. Oder ist der Untergang eines ganzen Volkes etwa ein Ausweg?

Darum sind die besten Deutschen die Todfeinde Adolf Hitlers!

In der ernstesten Stunde Deutschlands wenden wir uns an alle verantwortungsbewußten Männer und Frauen mit der Forderung:

Macht Schluß mit der Politik der Bankrotteure, Schluß mit den nationalsozialistischen Volksverderbern! Wer Deutschland liebt, wer das deutsche Volk liebt, wer sich noch einen Funken von Anständigkeit und innerer Sauberkeit bewahrt hat, der gibt Hitler und seinen Helfershelfern den wohlverdienten Fußtritt!

Deutsche Ärzte, kämpft mit uns für die Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch, dann werden wir gemeinsam mit den anderen Völkern der Erde Frieden, Brot und Freiheit haben!

Antifaschistische Aktion Deutschlands
Ärztesektion

(aus: Pikarski, 187ff)

Das 'S
klingt wieder über Schicksal nach
überhaupt nicht aber voll und
oder hätte man nicht mehr
Inzwischen ist es
die Frage habe man nicht
hätte erhaben und die Sp

Die
„Das

Im Buchstabe haben
den Namen und
eine Stammbaum
Gedächtnis rückt
den Namen in
die im Namen
Kommunikation
mit. Die
sich in den
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend
überwiegend

Das 'Sowjetparadies' in der NS-Presse

Die Eröffnung der Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Lustgarten

Die Eröffnung der Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Lustgarten in Berlin am 8. Mai 1942. Die Ausstellung zeigt die Errungenschaften der Sowjetunion in der Landwirtschaft, der Industrie und der Wissenschaft. Die Ausstellung ist in drei Teile unterteilt: die Landwirtschaft, die Industrie und die Wissenschaft. Die Ausstellung ist eine großartige Leistung der Sowjetunion und zeigt die Stärke und den Reichtum des Sowjetparadieses.



Reichsminister Götterer spricht im Lustgarten zu den Reichsbürgern.

Die Eröffnung der Ausstellung „Das Sowjetparadies“ im Lustgarten in Berlin am 8. Mai 1942. Die Ausstellung zeigt die Errungenschaften der Sowjetunion in der Landwirtschaft, der Industrie und der Wissenschaft. Die Ausstellung ist in drei Teile unterteilt: die Landwirtschaft, die Industrie und die Wissenschaft. Die Ausstellung ist eine großartige Leistung der Sowjetunion und zeigt die Stärke und den Reichtum des Sowjetparadieses.

Roosevelts jüdische Abstammung

Warum der Präsident der USA die Juden unterstützt

Paris 8. Mai. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, ist ein Jude. Dies ist die Behauptung eines antisemitischen Artikels in der „New York Times“ vom 7. Mai. Der Artikel behauptet, dass Roosevelt ein jüdischer Agent sei, der die Interessen der Juden in den USA vertritt. Die Behauptung ist eine Lüge und wird von den meisten Amerikanern nicht geglaubt.

„Murst- und Speckkisten jüdischer Haushaltungen“

Ergebnisse einer Razzia im Ghetto Magdeburg-Ahlsdorf

Berlin 8. Mai. Die Ergebnisse einer Razzia im Ghetto Magdeburg-Ahlsdorf sind bekannt. Die SS hat eine große Menge an Lebensmitteln, darunter Mäusen und Speck, beschlagnahmt. Die Razzia zeigt die extreme Armut und die Unterernährung der Juden im Ghetto. Die beschlagnahmten Lebensmittel sind als „Murst- und Speckkisten“ bezeichnet worden.

„Diese Schmei ist eine furchtbare Antikörper“

Zur Bekämpfung der Ausstellung im Lustgarten

Berlin 8. Mai. Die Ausstellung im Lustgarten ist eine furchtbare Antikörper. Die Ausstellung zeigt die Errungenschaften der Sowjetunion und ist eine große Gefahr für das Reich. Die Ausstellung ist eine Propaganda für den Kommunismus und die Juden. Die Ausstellung ist eine Schande für das Reich und muss bekämpft werden.

„Der Sowjetparadies“

Die Ausstellung im Lustgarten

Berlin 8. Mai. Die Ausstellung im Lustgarten ist eine große Propaganda für den Kommunismus. Die Ausstellung zeigt die Errungenschaften der Sowjetunion und ist eine große Gefahr für das Reich. Die Ausstellung ist eine Schande für das Reich und muss bekämpft werden.

Plakate zur NS-Ausstellung 'Das Sowjetparadies'



(Foto: MD)



AUSSTELLUNG »DAS SOWJET-PARADIES«
BERLIN, LUSTGARTEN, 9. MAI BIS 21. JUNI 1942

(Foto: MD)

Das ist das „Sowjet-Paradies“ Rundgang durch die große Ausstellung im Lustgarten

Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.

Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.

8. Mai 1945 • Nr. 120 • Seite 3



Dieses erschütternde Loch ist eine Erinnerung an die Kämpfe der Sowjetunion im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker.

Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.

Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.

Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.

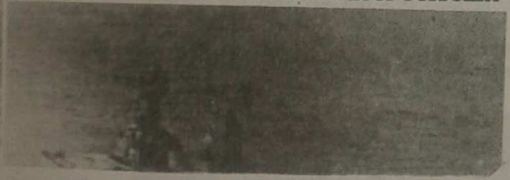
Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.

Die Ausstellung zeigt ein weites Bild von der Sowjetunion, die in der Vergangenheit die Welt im Kampf um die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat. In der Ausstellung sind die großen Errungenschaften der Sowjetunion dargestellt, die die Welt in die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker geführt hat.



Dieses ist ein Zwangsarbeitslager in Sibirien, das die Schrecken des Sowjet-Paradieses zeigt.

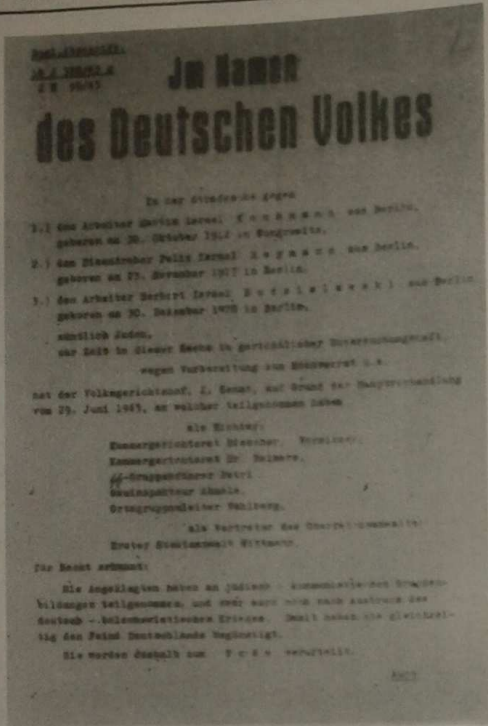
In der Seeschlacht im Korallenmeer versenkt



Das Schiff wurde in der Seeschlacht im Korallenmeer versenkt.

Ständige Ausstellung
Das NAZI-PARADIES
Krieg Hunger Lüge Gestapo
Wie lange noch?

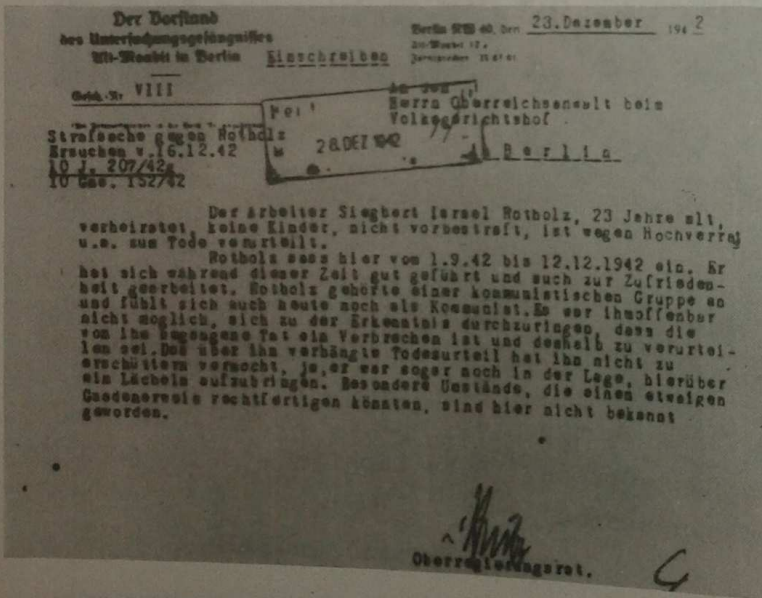
An verschiedenen Stellen in Berlin aufgetauchter
Aufkleber der Schulze-Boysen/Harnack-Gruppe ("Rote Kapelle")
gegen die 'Sowjetparadies'-Propagandaschau
(aus: Pikarski, Jugend)



Todesurteil gegen die Mitglieder der Gruppe Baum Martin Kochmann, Felix Heymann und Herbert Budzislowski (erste Seite)

(aus: Pikarski, Rolle)

Ab
An
ih



Gnadenersuch der Anwälte des zum Tode Verurteilten Mitgliedes der Gruppe Baum Siegfert Rotholz wird abgelehnt

(aus: Pikarski, Rolle)

Abschiedsbrief von Marianne Joachim, einer zionistischen Angehörigen der Gruppe Baum, geschrieben kurz vor ihrer Hinrichtung

Berlin-Plötzensee, den 4. März 1943
Königsdamm 7
Haus

Name des Briefschreibers:
Joachim, Marianne Sara
Gelesen: RI

Mein geliebtes, einziges, kleines Muttchen, mein geliebter, guter Vati, wenn Ihr diesen Brief erhaltet, bin ich schon nicht mehr am Leben. Ihr könnt mir glauben, daß ich bis zur letzten Sekunde tapfer war. Wie gern hätte ich die Gewißheit, daß Ihr jetzt auch stark dem Unabänderlichen begegnet. Mein letzter Wunsch ist, daß Ihr Euch mit ganzer Kraft gesund erhaltet, um einst an unsrer Ille noch alle die Freuden erleben zu können, die Ihr von mir leider umsonst erhofft habt. Mein süßes Schwesterchen! Ich habe einen Brieftext für sie aufgesetzt, den ich Euch bitte, ihr durchs Rote Kreuz zu schicken. Geliebtes Schwesterkläuschen, werde kein Alltagsmensch, den nur sein Essen und Vergnügen interessiert. Gedenke der Lieder, die wir gemein gesungen. Alles, alles Gute! Letzten Kuß Marianne. Die Unterschrift könnt Ihr aus einem alten Brief ausschneiden und aufkleben.

Schreibt aber vorher mit Eurem Absender, worum sich's handelt, damit der Schreck nicht allzu groß ist. Ich will Euch als letzten Gruß noch ein paar Verse senden, die mir vor kurzem eingefallen sind: Ich seh Euch Tag und Nacht die Hände falten und beten zu der Macht, auf die Ihr baut. Ich hör' Euch innigstehend Zwiesprach' halten mit Eurem lieben Gott, dem Ihr vertraut. Ich weiß um Euer Fühlen, Euer Denken, ich kenne Eurer Stunden bitter Qual. Wie gerne wollt' Ihr mir das Leben schenken, zum zweiten, ach, zum millionsten Mal! Unsagbar viel habt Ihr für mich getan von meinem ersten bis zum heut'gen Tage. Jetzt sieht man's Euren lieben Zügen an: Ihr kanntet nichts als Arbeit, Müh' und Plage. Seid stark und fest nun, da wir scheiden müssen, nehmt stark das Unabänderliche hin! laßt in Gedanken Euch herzlichst küssen und glaubet mir, wie dankbar ich Euch bin!

Damit ist eigentlich alles gesagt. Noch einmal: Denkt an Ille und haltet Euch ihretwegen tapfer! Mir fällt es nur Euretwegen schwer, aus dieser Welt zu gehen, sonst habe ich ja nichts zu verlieren! Lebt wohl, meine geliebten Eltern! Grüßt alle Lieben recht herzlich. Zum letzten Mal küsse ich Euch in Gedanken. Bis zuletzt denke ich in Liebe und Dankbarkeit an Euch.

Eure Marianne.

(aus: Paucker, Notes, 248)

KURZBIOGRAPHIEN DER MITGLIEDER DER GRUPPE BAUM



BAUM, HERBERT

geboren am 10. Februar
1912 in Moschin (Posen)

ermordet am 11. Juni
1942 in der Untersuchungs-
haftanstalt Moabit

HERBERT BAUM war der Sohn eines Buchhalters. Von 1919 - 1928 besuchte er die Realschule in Berlin. Anschließend machte er eine Lehre als Elektriker, die er 1931 beendete. Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Elektriker besuchte er Abendkurse für Elektro-Ingenieure an der Beuth-Schule (aus der die heutige TPH Berlin hervorging). 1935 wurde HERBERT BAUM wegen seiner jüdischen Herkunft von diesen Kursen ausgeschlossen.

1928 trat HERBERT BAUM in die Deutsch-Jüdische Gemeinschaft ein, wo er seine spätere Frau - MARIANNE COHN - kennenlernte. Beide waren auch Mitglied im Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend, wo HERBERT BAUM verschiedene Kindergruppen bildete. 1931 wurde er Mitglied im KJVD, der Jugendorganisation der KPD. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten war er im Auftrage der illegalen Bezirksleitung des KJVD von 1934 - 1936 Leiter des Unterbezirks Südost (Kreuzberg und Mitte). Aufgrund der besonderen Gefährdungen, denen HERBERT BAUM und andere Juden durch die Verfolgung durch den NS-Staat ausgesetzt waren, arbeitete er, wie andere jüdische Kommunisten auch, von 1936 an außerhalb der 'normalen' illegalen KPD-Organisation in jüdischen Jugendgruppen. Hier bildete sich ein Kreis von jüdischen Jugendlichen um HERBERT BAUM. Nachdem er als Zwangsarbeiter in der Judenabteilung des

Siemens-Elektromotorenwerkes (Elmo-Werk) in Spandau gezwungen wurde, stießen neue Mitglieder - vor allem der Kreis um HEINZ JOACHIM - zur BAUM-Gruppe.

Wenige Tage nach dem Brandanschlag auf die rassistische Hetzausstellung 'Das Sowjetparadies' wurde HERBERT BAUM am 22. Mai 1942 festgenommen. Am 11. Juni 1942 starb er nach schweren Folterungen. Die Nationalsozialisten behaupteten, HERBERT BAUM habe 'Selbstmord' begangen.

BAUM, MARIANNE,
geborene COHN

geboren am 9. Dezember
1912 in Saarburg

hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee

Über ihren Lebensweg liegen fast keine Zeugnisse vor. Wir wissen, daß sie HERBERT BAUM in der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft kennenlernte. Seitdem haben sie auch politisch immer zusammengearbeitet. MARIANNE BAUM war seit 1932 Mitglied im KJVD. Ab 1936 baute sie die Widerstandsgruppe mit HERBERT BAUM auf. Nach 1941 arbeitete sie als Zwangsarbeiterin im Elmo-Werk in Spandau. Sie wurde am 22. Mai 1942 zusammen mit ihrem Mann festgenommen. Nach dem Prozeß vor dem 'Volksgerichtshof' wurde sie am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.



BIRNBAUM , HEINZ

geboren am 22. September
1920 in Berlin

hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Der Vater HEINZ BIRNBAUMS war Arbeiter, seine Mutter Hausfrau. Von 1926-30. besuchte er die Volksschule, anschließend bis 1934 das Andreas-Realgymnasium. Von Oktober 1934 bis Oktober 1937 machte er eine Lehre als Dreher bei der Firma Butzke&Co. HEINZ BIRNBAUM war aktives Mitglied der zionistischen Jugendbewegung. Hier lernte er HERBERT BAUM kennen, der ihn 1934 für die Mitarbeit im KJVD gewann. Zusammen mit IRENE WALTER, die bei Butzke&Co als Dreherin arbeitete, konnte HEINZ BIRNBAUM hier eine Widerstandsgruppe des KJVD aufbauen. Er wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



BUDZISLAWSKI , HERBERT

geboren am 30. Dezember
1920 in Berlin

hingerichtet am 7. September
1943 in Plötzensee

Sein Vater war Fleischermeister, der, als HERBERT BUDZISLAWSKI 11 Jahre alt war, starb. Seine Mutter übte verschiedene Tätigkeiten aus. HERBERT BUDZISLAWSKI besuchte nach der Volksschule das Gymnasium, das er mit dem Abitur abschloß. Seinen Wunsch, eine technische Schule zu besuchen

und Ingenieur zu werden, mußte er aufgeben, weil die NS-Diktatur der jüdischen Bevölkerung jegliche Weiterbildung verbot. Auch seine Lehre als Schlosser mußte er infolge der nationalsozialistischen Judengesetzgebung 1938 abbrechen. 1940 wurde HERBERT BUDZISLAWSKI Bauarbeiter. Im Dezember 1940 lernte er HEINZ JOACHIM kennen, der ihn in die Widerstandsgruppe einführte. HERBERT BAUM bürgte für die Zuverlässigkeit von HERBERT BUDZISLAWSKI, den er noch aus gemeinsamen Tagen in der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft kannte. Bei der Herstellung von illegalen Druckschriften übernahm HERBERT BUDZISLAWSKI wichtige Aufgaben.

Er wurde am 7. September 1943 in Plötzensee hingerichtet.



HIRSCH , ALICE

geboren am 28. April
1923 in Berlin

ermordet 1943 im Konzentrationslager Auschwitz

Ihr Vater war Transportarbeiter, ihre Mutter Hausfrau. Sie besuchte acht Jahre die Volksschule und begann 1937 eine Putzmacherlehre. Weil ihr Lehrbetrieb 1938 'arisiert' wurde, konnte sie nicht auslernen und ging als Hausmädchen arbeiten. Anschließend war sie bei Luckenwalde in der Landwirtschaft tätig. Von 1940 bis zu ihrer Verhaftung war sie Arbeiterin in der Glimmerwarenfabrik Max Schaede. Schon mit 12 Jahren gehörte sie dem Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend an, wo sie an den Schulungs- und Diskussionsstreffen HERBERT BAUMS teilnahm. Im Winter 1938 stieß sie dann zur Widerstandsgruppe. Vom 23. Mai 1942 bis zu ihrer Verhaftung am 8. Juli 1942 lebte sie unter dem Namen MARGARIT LE GUEVEL in Glienicke bei Berlin. Vom 'Volksgerichtshof' zu drei Jah-

ren Zuchthaus verurteilt, wurde sie von der NS-Diktatur in das KZ Auschwitz deportiert und umgebracht.



HIRSCH, HELLA

geboren am 6. März
1921 in Posen
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Ihr Vater war Transportarbeiter, ihre Mutter Hausfrau. HELLA war die Schwester von ALICE HIRSCH. Von 1927 bis 1937 besuchte sie die Volk- und Mittelschule in Berlin. Vom April 1937 bis März 1939 lernte sie bei der Firma Zeidler&Remak Kaufmann. Da sie in diesem Beruf keine Stellung bekam, nahm sie im Juni 1939 eine Stelle als Sprechstundenhilfe bei Dr. Fritz Hirschfeld an. Ab Juni 1941 mußte sie bei der I.G.-Farben-Industrie AG, im Aceta-Werk Rummelsburg, als Jüdin Zwangsarbeit leisten. Hier wurde sie auch am 8. Juli 1942 verhaftet.

Seit 1934 war HELLA HIRSCH Mitglied des Ring-Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend. Hier lernte sie auch HERBERT BAUM kennen, zu dessen Widerstandsgruppe sie dadurch Kontakt bekam.

Sie wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



JADAMOWITZ, HILDEGARD

geboren am 12. Februar
1916 in Berlin

hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee

HILDEGARD JADAMOWITZ besuchte von 1922 - 1929 die Weltliche Gemeinschafts- und Versuchsschule in Berlin-Neukölln, Rüttlistraße (Die spätere Karl-Marx-Schule war das Pionierwerk Fritz Karsens, des Schulleiters, und Kurt Löwensteins, des Neuköllner Stadtrats für Volksbildung). Dank ihrer überragenden Intelligenz konnte sie drei Klassenjahrgänge überspringen. Trotz hervorragender Zeugnisse war sie nach Abschluß der Schule lange arbeitslos. Da ihre Mutter 1933 starb, konnte HILDEGARD JADAMOWITZ nicht Zahntechnikerin werden, wie sie es geplant hatte, sondern wurde Arbeiterin bei Karstadt. Später war sie bei der C. Lorenz AG in Tempelhof beschäftigt. Im Selbststudium bildete sie sich zur medizinisch-technischen Assistentin aus. Bis zu ihrer Verhaftung am 22. Mai 1942 arbeitete sie als Röntgenassistentin bei einem Arzt in Tegel. Zuerst in der Roten-Hilfe-Jugend tätig, wurde HILDEGARD JADAMOWITZ 1931 Mitglied im KJVD in Neukölln. Im März 1936 wurde sie zum ersten Mal verhaftet, wegen 'Mangels an Beweisen' jedoch wieder freigesprochen. Ab 1935 arbeitete sie zusammen mit KARL KUNGER und HANS GEORG VÖTTER illegal in der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH). Hier lernte sie WERNER STEINBRINK kennen, mit dem sie sich später verlobte. HILDE JADAMOWITZ und WERNER STEINBRINK waren ab 1938/39 die Verbindungsleute zwischen der BAUM-Gruppe und der illegalen KPD-Partei zelle, der sie angehörten. HILDEGARD JADAMOWITZ wurde am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.



ILLGEN , ARTUR
geboren am 22. Februar
1905 in Berlin
hingerichtet am 11. Mai
1943 in Plötzensee

Sein Vater war Schriftmaler. In der Familie gab es sieben Geschwister. Nach Beendigung der Volksschule ging er in die Lehre als Maler, konnte sie aber nicht abschließen, da seine Eltern das Geld nicht aufbringen konnten. So arbeitete er von 1924 bis 1938 als Anstreicher und Schriftmaler bei verschiedenen Firmen in Berlin. 1939 begann er bei den AEG-Werken in Berlin-Treptow. Hier bot sich auch die Möglichkeit, im Abendstudium eine Ausbildung als Zeichner zu erhalten. ARTUR ILLGEN war bis zum Jahre 1932 Mitglied sozialdemokratischer Sport- und Gesangsvereine. Dann trat er der KPD bei. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten arbeitete er illegal weiter. Er gehörte zu der illegalen Parteizelle der KPD, die von HANS GEORG VÖTTER geleitet wurde und mit der die BAUM-Gruppe in Verbindung stand. Er wurde am 11. Mai 1943 in Plötzensee hingerichtet.



JOACHIM , HEINZ
geboren am 13. Februar
1919
hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee

Über den frühern Lebensweg von HEINZ JOACHIM lie-

gen kaum Zeugnisse vor. Er gehörte ebenso wie seine Frau MARIANNE dem Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend an. Hierher stammen die ersten Kontakte zu HERBERT BAUM und der Widerstandsgruppe. Nachdem HEINZ JOACHIM als Zwangsarbeiter im Elmo-Werk HERBERT BAUM getroffen hatte, schlossen sich er, seine Frau MARIANNE, sowie Freunde der JOACHIMS, die einem Kreis angehörten, der sich bei den JOACHIMS in der Rykestraße am Prenzlauer Berg traf, der BAUM-Gruppe an. Am 22. Mai 1942 wurde HEINZ JOACHIM zusammen mit HERBERT BAUM im Elmo-Werk verhaftet und am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.



JOACHIM , MARIANNE ,
geborene PRAGER
geboren am 5. November
1921 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Der Vater MARIANNE JOACHIMS war Bauarbeiter, ihre Mutter Hausfrau. Sie absolvierte die Volks- und Mittelschule. Im jüdischen Kinderheim Berlin, in der Gipsstraße, lernte sie Kinderpflegerin und arbeitete dort, bis sie im Sommer 1940 zur Zwangsarbeit in den Landeinsatz geschickt wurde. Mitte 1941 mußte sie als jüdische Zwangsarbeiterin bei der Firma Tewes in Wittschau beginnen. MARIANNE JOACHIM war Mitglied im Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend, wo sie und ihr späterer Mann HERBERT BAUM kennenlernten. Im August 1941 heiratete sie HEINZ JOACHIM. Auch sie arbeitete später bei den Elmo-Werken in Spandau. Anders als ihr Mann konnte MARIANNE JOACHIM eine Zeitlang untertauchen. Vom Mai 1942 bis zu ihrer Verhaftung am 9. Juli 1942 lebte sie in Berlin-Petersbagen illegal unter dem Namen ANDRÉ ALLA. Sie wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



KOCHMANN , SALA ,
geborene ROSENBAUM
geboren am 7. Juni
1912 in Rzeszów (Posen)
hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee

SALA KOCHMANN kam aus einer Arbeiterfamilie. Nach dem Schulbesuch lernte sie Kindergärtnerin und übte diesen Beruf bis 1942 im Jüdischen Kindergarten in der Jerusalemer Straße aus. Sie schloß sich sehr früh der linksgerichteten jüdischen Jugendbewegung an, wo sie ihren Mann MARTIN, HERBERT BAUM und MARIANNE COHN bereits 1928 kennenlernte. Ende 1932 trat sie dem KJVD bei. Später arbeitete auch sie im Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend, wo sie ebenso wie ihr Mann illegale Schulungskurse abhielt.

SALA KOCHMANN wurde gemeinsam mit IRENE WALTHER und SUZANNE WESSE am 22./23. Mai 1942 verhaftet. Sie wurde am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.



KOCHMANN , MARTIN
geboren am 30. Oktober
1912 in Wongrowitz (Posen)
hingerichtet am 7. September
1943 in Plötzensee

1921 zog er mit seinen Eltern nach Berlin. Sein Vater war Fleischer, seine Mutter Schneidermeisterin. Von 1919 bis 1928 besuchte er die Realschule in Berlin. Seine kaufmännische Lehre beendete er 1931. Bis 1935 war er als kaufmänni-

scher Angestellter tätig. Bis 1935 arbeitete er als Zuschneider, Dreher, Bau- und Transportarbeiter. Zuletzt war er Lagerarbeiter.

MARTIN KOCHMANN und HERBERT BAUM waren Schulfreunde. 1933 führte Martin KOCHMANN eine illegale Gruppe Fichte-Sportler und war Fahrtenleiter einer jüdischen Wandergruppe. Gemeinsam mit der Mehrzahl seiner Freunde entschloß er sich 1933 Mitglied des KJVD zu werden. Im August 1934 wegen 'illegaler kommunistischer Betätigung' angeklagt, wurde er mangels Beweisen freigesprochen. Zusammen mit seiner Frau führte er Schulungen in der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft und anderen jüdischen Jugendorganisationen durch. Nach dem Anschlag auf die Hetzausstellung konnte er sich bis Oktober 1942 mit Hilfe aufopferungsvoller Antifaschisten verstecken; dann gelang es der GeStapo, ihn aufzuspüren.

Er wurde am 7. September 1943 in Plötzensee hingerichtet.



KUNGER , KARL
geboren am 2. Februar
1901 in Berlin
hingerichtet am 18. Juni
1943 in Plötzensee

KARL KUNGER besuchte 8 Jahre die Volksschule und arbeitete danach in den verschiedensten Berufen, weil seinen Eltern das Geld fehlte, ihn in eine Lehre zu geben. Bis 1942 war er Lagerarbeiter in den AEG-Werken in Treptow. 1931 wurde KARL KUNGER Mitglied der IAH, 1932 Mitglied der KPD. Von 1935 bis 1938 schloßte er eine Reihe gefährdeter Genossen über die grüne Grenze in die Tschechoslowakei. Hier sah er auch an Schulungen der Emigrationsleitungen der KPD und der IAH teil.

Seit 19...
glied d...
den AEG-
zelle d...
Verbind...
fung vo...
zur Aus...
BAUM-Gr...
Er wurd...
tet.



Ihr Vater...
Mutter v...
1928 - ...
der pri...
in Berl...
an einer...
gang der...
der GeSt...
nem sch...
beitete...
terin u...
Bis 193...
bundes...
takt zu...
sechzeh...
Sie wurd...
richtet.

Seit 1937 leitete KARL KUNGER, getarnt als Mitglied der nationalsozialistischen Werkschar, in den AEG-Werken in Treptow eine illegale Betriebszelle der KPD. KARL KUNGER hatte durch seine Verbindungen einen großen Anteil an der Beschaffung von wichtigen Informationen und Fakten, die zur Ausarbeitung der illegalen Flugschriften der BAUM-Gruppe benötigt wurden. Er wurde am 18. Juni 1943 in Plötzensee hingerichtet.



MANNABERG, HANS-GEORG
(HANS ADLER)
geboren am 24. Dezember
1912 in Berlin
hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee



LOEWY, HILDE
geboren am 4. August
1922 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Sein Vater besaß eine kleine Druckerei in der Dresdener Straße in Berlin-SO 36. Nach der Volksschule lernte er bei seinem Vater Schriftsetzer und Drucker. Wie sein Vater schon früh Mitglied des KJVD, wirkte HANS-GEORG MANNABERG bereits 1933 bei der Herstellung illegaler Schriften mit. Hier kam er auch mit HILDE JADAMOWITZ und WERNER STEINBRINK zusammen. 1935 wurde er wegen illegaler Tätigkeit zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. 1938 verhaftete ihn die GeStaPo erneut; 1 1/2 Jahre wurde er im KZ Sachsenhausen bei Oranienburg interniert. Nach seiner Entlassung wurde HANS-GEORG MANNABERG durch WERNER STEINBRINK und HANS GEORG VÖTTER wieder in den illegalen Kampf einbezogen. Während des 2. Weltkrieges nutzte er seine Tätigkeit in einer Druckerei, um Drucktypen und Papier zu beschaffen. Er hatte großen Anteil an der Herstellung der illegalen Schriften der BAUM-Gruppe. Er wurde am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.

Ihr Vater arbeitete als Büroangestellter, ihre Mutter war Hausfrau. HILDE LOEWY besuchte von 1928 - 1936 die Volksschule und legte 1940 an der privaten Oberschule der jüdischen Gemeinde in Berlin das Abitur ab. Bis April 1941 nahm sie an einem Gebrauchsgraphiker- und Dekorateurlehrgang der jüdischen Gemeinde teil, bis dieser von der GeStaPo verboten wurde. Nachdem sie bei einem schweren Unfall einen Arm verloren hatte, arbeitete sie in verschiedenen Büros als Buchhalterin und Hilfskraft. Bis 1938 war sie Mitglied des jüdischen Jugendbundes Hashomer Hazair. Dadurch bekam sie Kontakt zur BAUM-Gruppe und entschloß sich, kaum sechzehnjährig, am Kampf teilzunehmen. Sie wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



MEYER , GERHARD

geboren am 12. Januar
1919 in Berlin
hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee

Der Vater von GERHARD MEYER besaß eine Zwischenmeisterei für Herren-Maßkonfektion, seine Mutter war Hausfrau. 1935 beendete GERHARD MEYER die Schule und machte eine Schlosserlehre. Im Sommer 1940 wurde er gezwungen, im Elmo-Werk der Siemens-Schickert AG in Spandau in der 'Judenabteilung' zu arbeiten. GERHARD MEYER kannte HERBERT BAUM schon seit 1935 aus der jüdischen Jugendbewegung. Seitdem waren sie auch durch gemeinsame illegale Widerstandsaktionen miteinander verbunden. Anfang 1941 heiratete GERHARD MEYER HANNI LINDENBERGER.

Er wurde am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.

MEYER , HANNI ,
geborene LINDENBERGER

geboren am 14. Februar
1921 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Ihr Vater hatte einen Lebensmittelstand in der Berliner Zentralmarkthalle, den er 1938 infolge

der nationalsozialistischen Gesetzgebung aufgeben mußte. HANNI absolvierte bis 1935 die Volksschule und Mittelschule. Von Oktober 1935 bis April 1936 lernte sie Stenographie und Schreibmaschine, anschließend bis 1938 das Putzmacherhandwerk. Diesen Beruf konnte sie jedoch nie ausüben, da auch der Kleinbetrieb, in dem sie gelernt hatte, 1938 'arisiert' wurde. Bis zu ihrer Zwangskonkretionierung in der Lampenschirmfabrik J. Paulus, Berlin-SO 36, Ritterstraße 16, im Oktober 1940, half sie als Kinderpflegerin im jüdischen Kindergarten in der Gipsstraße.

HANNI MEYERS Kontakte zur BAUM-Gruppe kamen über ihren Mann sowie über SALA KOCHMANN, mit der sie im jüdischen Kindergarten zusammenarbeitete, zustande.

Sie wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



MEYER , HERBERT

geboren am 14. Mai 1910
ermordet 1942 in der Untersuchungshaftanstalt
Berlin-Moabit

HERBERT war der ältere Bruder von GERHARD MEYER. Von 1916 - 1926 besuchte er die Volksschule und das Realgymnasium. Er lernte Zuschneider und anschließend Einkäufer im Geschäft seines Vaters. Im April 1940 wurde er zur Zwangsarbeit bei der Farbenfabrik Warnicke&Böhm in Berlin-Weißensee als Transportarbeiter, danach als Schlosser in der Firma Markus-Metallbau in der Kolonnenstraße in Berlin-Schöneberg verpflichtet.

HERBERT MEYER war politisch nicht organisiert. Durch seinen Bruder GEORG und seine Frau RITA wurde er aber mit der Widerstandsarbeit vertraut

und schloß sich 1935 der Widerstandsgruppe BAUM an.
Er wurde 1942 in der Untersuchungshaftanstalt Moabit ermordet.



MEYER, RITA,
geborene ZOCHNER
geboren am 26. November
1915 in Kischinjow
lebte in der DDR

Ihr Vater war Russe, ihre Mutter Deutsche. Nach Abschluß der Schule war sie arbeitslos. Durch die NS-Diktatur war es ihr weder möglich, einen Beruf zu erlernen noch zu studieren.

RITA schloß sich 1926 der linksgerichteten jüdischen Jugendbewegung an, wo sie bereits 1926 HERBERT BAUM und MARIANNE COHN kennenlernte.

1933 wurde sie Mitglied des KJVD. Während ihrer illegalen Tätigkeit wurde sie dreimal verhaftet.

Seit 1940 mußte sie im Germania-Spiralfederwerk in Neukölln Zwangsarbeit leisten. Sie war schon

sehr früh in der BAUM-Gruppe aktiv. Am 7. Oktober 1942 wurde sie mit ihrem Mann HERBERT MEYER

und CHARLOTTE PAECH (HOLZER) verhaftet. Ihr Mann wurde in der Untersuchungshaft von GeStaPo-

Schlägern grausam umgebracht. Auch ihre fünfjährige Tochter verlor sie auf tragische Weise.

Sie selbst wurde durch verschiedene KZ's geschleppt. Sie gehörte zu den Wenigen, die die

KZ's Auschwitz und Ravensbrück überlebt haben.

Nach der Befreiung vom Faschismus lebte RITA ZOCHNER in der DDR.



NEUMANN, HELMUT
geboren am 29. Juli
1921 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Sein Vater war Glaser von Beruf und wurde 1942 ins KZ Sachsenhausen verschleppt, aus dem er nie zurückkehrte. HELMUT NEUMANN besuchte 1927 - 1935 die Volksschule. Dann machte er eine Lehre als Damenschneider, die er 1938 abschloß. Da die NS-Diktatur 1938 allen jüdischen Schneidern das Handwerk verbot, wurde er Heimarbeiter. Ab September 1940 war er zwangsweise Transportarbeiter bei Kodak in der Kreuzberger Lindenstraße.

Von 1932 - 1938 gehörte HELMUT NEUMANN dem Zionistischen Jugendbund an. Hier lernte er 1937 SIEGBERT ROTHOLZ kennen, mit dem ihn seitdem eine tiefe Freundschaft verband. Im Zionistischen Jugendverband wurden beide auch mit HERBERT BAUM bekannt und schlossen sich der Widerstandsgruppe an.

HELMUT NEUMANN wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



ROTHOLZ, HEINZ
geboren am 28. Mai
1921 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Sein Vater war Handelsvertreter. Von 1927 - 1938

besuchte HEINZ ROTHOLZ die Volks- und Mittelschule. Im September 1938 nahm er seine Lehre als Mechaniker auf, die er Ende 1939 abbrechen mußte, weil sein Vater die Auswanderung nach Palästina vorbereitete. Doch alle Versuche, auszuwandern, scheiterten. 1940 kam er in die 'Judenabteilung' der Elmo-Werke zur Zwangsarbeit. Hier nahm er Kontakt zu HERBERT BAUM und der Widerstandsgruppe auf. Nach seiner Verhaftung wurde HEINZ ROTHOLZ furchtbaren 'Sonderverhören' und Folterungen ausgesetzt. Er wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



ROTHOLZ , SIEGBERT
geboren am 14. September
1919 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

SIEGBERT ROTHOLZ war Sohn eines Konfektionsschneiders, seine Mutter war Hausfrau. Er besuchte von 1925 - 1935 die Volksschule. Anschließend ging er als Hilfsarbeiter in eine Polsterei. Von 1935 - 1938 arbeitete er in der Landwirtschaft, 1938 - 1941 bei einer Abrißfirma. Im November 1941 wurde er als Kohlearbeiter zur Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren Groß-Berlin in der Schönhauser Allee zwangsverpflichtet. Von 1933 - 1938 gehörte er dem Zionistischen Jugendbund an. Hier entwickelten sich die ersten Kontakte zu Mitgliedern der Gruppe BAUM. Er wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.



ROTHOLZ , LOTTE ,
geborene JASTROW
geboren am 25. September
1923 in Bentheim
ermordet 1943 im Konzen-
trationslager Auschwitz

LOTTE JASTROW kam aus einer Arbeiterfamilie. Ihr Vater wurde von den Nationalsozialisten verschleppt und ist 1941 gestorben. Ihre Mutter war Hausfrau. Von 1930 - 1938 besuchte LOTTE die Volksschule. Danach arbeitete sie ein Jahr im Haushalt. 1939 gelang es ihr, eine Lehrstelle im Schneidergewerbe zu bekommen, doch im April 1941 wurde sie zur Zwangsarbeit in der Färberei der Spindler AG in Berlin verpflichtet.

LOTTE ROTHOLZ war einige Jahre Mitglied des Ring-Bund Deutsch-Jüdischer Jugend. Hier entstanden die ersten Kontakte zur BAUM-Gruppe. Ende 1941 schlossen sich LOTTE und SIEGBERT ROTHOLZ der BAUM-Gruppe an. Sie stellten ihre Wohnung in der Rombergstraße bzw. in der Lindenstraße 48 - 50 für die illegalen Zusammenkünfte unter der Leitung von HEINZ JOACHIM und SALA KOCHMANN zur Verfügung.

LOTTE ROTHOLZ wurde 1943 im Konzentrationslager Auschwitz ermordet.

LOTTE ,
ASTROW
25. September
ntheim
1943 im Konzen-
ger Auschwitz

erfamilie. Ihr
isten ver-
hre Mutter war
LOTTE die
ein Jahr im
Lehrstelle im
im April 1941
Färberei der
glied des Ring-
r entstanden
e. Ende 1941
ROTHOLZ der
Wohnung in der
raße 48 - 50
nter der Lei-
CHMANN zur Ver-
trationslager



SALINGER , LOTHAR

geboren am 8. Mai
1919 in Berlin
hingerichtet am 4. März
1943 in Plötzensee

Sein Vater war Kaufmann. Von 1925 - 1936 besuchte LOTHAR SALINGER die Volksschule und die Oberrealschule. Da es schwierig war, eine Lehrstelle zu bekommen, arbeitete er im Geschäft seines Vaters. Durch die rassistische Gesetzgebung des NS-Staates mußte der Vater das Geschäft schließen. Ab 1939 war LOTHAR SALINGER Gartenarbeiter, Straßenbauarbeiter und Transportarbeiter. Er versuchte auszuwandern, doch dies erwies sich als unmöglich. Seit Juli 1941 mußte er Zwangsarbeit in der Draht- und Kabelfabrik Vogel in Berlin-Köpenick leisten.

Mit sechzehn wurde LOTHAR SALINGER Mitglied des jüdischen Jugendbundes Habonim. Über HEINZ BIRNBAUM schloß er sich der BAUM-Gruppe an. Er wurde am 4. März 1943 in Plötzensee hingerichtet.

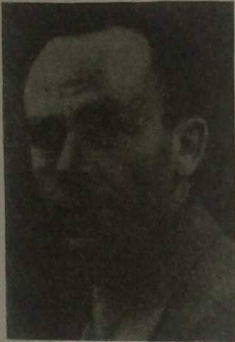


SCHAUMANN , WERNER

geboren am 2. Februar
1908 in Berlin
hingerichtet am 11. Mai
1943 in Plötzensee

Er war Sohn eines Kaufmanns. Von 1914 - 1925 besuchte er Volksschule und Realgymnasium. Da er die Samenhandlung seines Vaters übernehmen wollte, erlernte er den Gärtnerberuf. Bis 1931 war er im Geschäft seines Vaters tätig, danach studierte er einige Jahre an der Friedrich-Wilhelm-Universität (später Humboldt-Universität) Naturwissenschaften. Als er das Studium nicht mehr finanzieren konnte, mußte er es abbrechen. Von 1935 - 1942 arbeitete er bei der Berliner Baugenossenschaft, wo er sich zum Elektro- und Autogenschweißer und schließlich zum Bauleiter qualifizierte. Durch den Besuch der marxistischen Arbeiterschule (MASCH) kam WERNER SCHAUMANN mit der marxistischen Philosophie und Ökonomie in Berührung. 1932 wurde er Mitglied in der IAH und KPD. Nach 1933 hielt er Kontakt zu HANS GEORG VÖTTER und KARL KUNGER und setzte mit ihnen - illegal - die politische Arbeit fort. Durch HILDE JADAMOWITZ und WERNER STEINBRINK lernte er HERBERT BAUM und eine Reihe seiner Freunde kennen. WERNER SCHAUMANN half der BAUM-Gruppe bei der Erstellung illegaler Flugblätter sowie deren Verbreitung und stellte seine Wohnung zum Abhören der Nachrichten des 'Deutschen Freiheitssenders 29,8' und des Moskauer Rundfunks zur Verfügung.

Im Zusammenhang mit den Festnahmen zahlreicher Mitglieder der BAUM-Gruppe wurden auch WERNER SCHAUMANN, seine erste Frau HILDE, sowie seine Lebensgefährtin FRIEDEL TOPP verhaftet. FRIEDEL TOPP wählte den Freitod, WERNER SCHAUMANN wurde am 11. Mai 1943 in Plötzensee hingerichtet.



VÖTTER , HANS GEORG

geboren am 6. Juli
1901 in Leipzig

hingerichtet am 11. Mai
1943 in Plötzensee

HANS GEORG VÖTTER entstammte der kinderreichen Familie eines Leipziger Klempners. Nach Abschluß der Volksschule lernte er Schriftsetzer und arbeitete bis zu seiner Verhaftung in diesem Beruf. Er war mit CHARLOTTE VÖTTER verheiratet und hatte eine Tochter.

In Leipzig war er seit frühester Jugend Mitglied der Wandervogelbewegung und der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). 1920 trat er der KPD bei. 1925 kam er nach Berlin. 1928 schloß er sich der IAH an. Nach 1933 war er Mitglied der Bezirksleitung der IAH-Berlin-Brandenburg. Am 17. Dezember 1935 wurde er wegen illegaler Tätigkeit in der IAH zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 22. Mai 1940 aus der Haft entlassen, nahm er sofort den illegalen Kampf wieder auf. Gemeinsam mit KARL KUNGER, WERNER STEINBRINK und anderen bildete er die illegalen Parteizellen der KPD in Friedrichshain und Lichtenberg. Sie eng mit der BAUM-Gruppe zusammenarbeiteten.



FELIX HEYMANN

geboren am 23. November
1917 in Berlin

hingerichtet am 7. September
1943 in Plötzensee

WESSE , SUZANNE ,
geborene VASSEUR

geboren am 16. Januar
1914 in Calais

hingerichtet am 18. August
1942 in Plötzensee

SUZANNE WESSES Vater besaß in Calais eine Gardinenfabrik und ermöglichte ihr eine Ausbildung in England, Spanien und Deutschland. Die kaufmännische Bildung und Praxis erwarb sie im Unternehmen ihres Vaters. Im Jahre 1935 siedelte sie nach Deutschland über, wo sie bei einem früheren Aufenthalt ihren Mann RICHARD WESSE kennengelernt hatte. Hier arbeitete sie nun in Berlin als freischaffende Übersetzerin für verschiedene deutsche Zeitschriften.

FELIX HEYMANN, ein Vetter ihres Mannes, gewann SUZANNE WESSE für den illegalen Kampf in den Reihen der BAUM-Gruppe. Ihre Sprachkenntnisse und ihre Einsatzbereitschaft ermöglichten es, zu einem relativ großen Kreis belgischer und französischer Kriegsgefangener Verbindung herzustellen, Informationen und illegales Druckmaterial auszutauschen sowie gegenseitig Solidarität zu üben. Ihr eigener Bruder, AUGUSTE-LOIS VASSEUR, war seit Sommer 1940 in einem Lager für französische Kriegsgefangene in Brandenburg. Im Frühjahr 1942 hatte sie eine kurze Begegnung mit ihm.

SUZANNE WESSE wurde am 18. August 1942 in Plötzensee hingerichtet.

STEINBRINK, WERNER

geboren am 19. April 1917 in Berlin

hingerichtet am 18. August 1942 in Plötzensee
 WERNER STEINBRINK besuchte von 1923 - 1931 die
 Weltliche Schule in Berlin-Neukölln. Von 1931-
 1933 ging er dann auf die Karl-Marx-Schule in
 Neukölln, die 1933 von den Nationalsozialisten
 in Kaiser-Friedrich-Realgymnasium umbenannt wur-
 de. Er verließ die Schule, holte sein Abitur in
 Abendkursen nach und nahm eine Laborantenlehre
 auf, die er 1935 mit besten Ergebnissen abschloß.
 Er arbeitete als Laborant bis zu seiner Einberu-
 fung zum Nationalsozialistischen Reichsarbeits-
 dienstes 1937. der 1939 die Einberufung zur Wehr-
 macht folgte. WERNER STEINBRINK gehörte seit
 1932 dem sozialistischen Schülerbund an. Zu Be-
 ginn des Jahres 1933 wurde er, als sechzehnjäh-
 riger, Mitglied im KJVD. Dort leitete er zusam-
 men mit HERBERT BAUM den Unterbezirk Südost.
 Nachdem WERNER STEINBRINK im Frühjahr 1936 zum
 ersten Mal verhaftet wurde und nur aus Mangel an
 Beweisen freigesprochen worden war, verlegte er
 seinen Tätigkeitsbereich in den Stadtbezirk
 Friedrichshain. Hier war er in der Parteizelle,
 die HANS GEORG VÖTTER leitete, tätig. Gemeinsam
 mit seiner Verlobten HILDE JADAMOWITZ hielt er
 stets die Verbindung zur BAUM-Gruppe. 1940 ge-
 lang es ihm, beim Oberkommando der Wehrmacht in
 Berlin eingesetzt zu werden. Dort verschaffte
 er sich die Gelegenheit, am Kaiser-Wilhelm-In-
 stitut als Chemotechniker ausgebildet zu werden.
 Hier besorgte er auch die nötigen Chemikalien
 zur Inbrandsetzung, der Hetzausstellung 'Das Sow-
 jetparadies'.
 Er wurde am 18. August in Plötzensee hingerich-
 tet.

STILLMANN, ILSE, geborene HAAK

geboren am 21. Dezember 1911 in Berlin

lebte in der DDR
 ILSE STILLMANN besuchte die jüdische Mittelschu-
 le bis zur 1. Klasse (9. Klasse). Über die jüdi-
 sche Jugendbewegung kam sie mit Jungkommunisten

in Kontakt und trat 1927 dem KJVD bei. Bis zum
 Sommer 1940 war sie bei der jüdischen Jugend-
 hilfe tätig. Anschließend wurde sie zur Zwangs-
 arbeit in den Elmo-Werken verpflichtet, wo sie
 HERBERT BAUM wiedertraf. In früher Jugend war
 sie gemeinsam mit dem Schwager HERBERT BAUMS in
 einer KJVD-Gruppe gewesen und kannte daher auch
 MARIANNE BAUM. Sie stieß so zur BAUM-Gruppe. Ihr
 gelang es, der Verhaftungsaktion der GeStaPo zu
 entgehen und unterzutauchen. Sie überlebte die
 Zeit der Verfolgung in großer Angst vor Entdek-
 kung. Trotzdem unterstützte sie auch weiterhin
 Hilfs- und Widerstandsaktionen. Nach dem Krieg
 lebte ILSE STILLMANN in der DDR.

HOLZER, RICHARD

geboren am 30. März 1911 in Berlin

gestorben am 21. Februar 1975 in Berlin (DDR)
 Nach dem Besuch des Gymnasiums und verschiedener
 Fachschulen erlernte er den Beruf des Einzelhan-
 delskaufmanns. Er war bürgerlicher Herkunft,
 schloß sich aber früh der Arbeiterbewegung an.
 1927 wurde er Mitglied der IAH, 1928 der Gewerk-
 schaft, 1930 der KPD. Nach 1933 nahm er konti-
 nuierlich an der illegalen Widerstandstätigkeit
 teil. 1939 bekam er Kontakt zur Parteizelle der
 KPD in der BAUM-Gruppe. Er half bei der Erstel-
 lung von Flugblättern, u.a. indem er wichtige
 Informationen über den Kriegsverlauf besorgte.
 Nach der Verhaftungsaktion der GeStaPo im Mai
 1942 hielt er sich einige Zeit in Berlin verbor-
 gen, und konnte dann mit der Hilfe von Kommuni-
 sten und Sympathisanten unter anderem Namen nach
 Ungarn fliehen. In Ungarn wurde er zur Zwangsar-
 beit eingezogen und in das von der faschisti-
 schen Ungarischen Armee besetzte Gebiet der
 UdSSR gebracht. Hier konnte RICHARD HOLZER im
 März 1944 zur Roten Armee überlaufen. Nach einem
 Aufenthalt in verschiedenen Gefangenenlagern
 wurde er im August 1945 nach Ungarn entlassen.
 Dort erfuhr er, daß seine Frau Charlotte am Le-
 ben war und kehrte 1947 nach Berlin zurück. Er
 lebte bis zu seinem Tode in der DDR.

HOLZER, CHARLOTTE, geborene PAECH
geboren am 7. Dezember 1909 in Berlin
lebte in der DDR

Nach einer Mittelschulbildung wurde CHARLOTTE HOLZER Säuglings- und Krankenschwester. Von 1927 bis zu ihrer Verhaftung 1942 hat sie in diesem Beruf gearbeitet. Aus bürgerlichem Hause stammend, nahm sie sehr jung an der Jugendbewegung teil. Sie wurde Mitglied der Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft. Die Auseinandersetzung mit sozialen Problemen führten sie 1932 in die Reihen der KPD. Sie war in der Betriebszelle der KPD am Jüdischen Krankenhaus aktiv. Im Jahre 1939 kam HERBERT BAUM als Patient dorthin, so daß sie ihn (sie kannten sich aus der jüdischen Jugend) nach einigen Jahren wiedersah. CHARLOTTE HOLZER schloß sich der BAUM-Gruppe an. Am 7. Oktober 1942 wurde sie zusammen mit RITA ZOCHNER (MEYER) und deren Mann HERBERT verhaftet. Zuvor hatten sie versucht, noch in Freiheit befindliche Freunde vor der GeStaPo zu retten. Außer RICHARD HOLZER gelang es jedoch keinem, zu fliehen. Während der Verhandlungen vor dem 'Volksgerichtshof' lag CHARLOTTE HOLZER mit einer Scharlacherkrankung im Untersuchungsgefängnis Leipzig (bis Mai 1943). Nach ihrer Genesung wurde sie erneut der GeStaPo überstellt. Es wurde ihr die Vollstreckung des über sie verhängten Todesurteils angekündigt. Unter abenteuerlichen Umständen konnte sie im Sommer 1944 im Bombenhagel aus dem provisorischen Gefängnis in der Iranischen Straße fliehen. Es war für sie sehr schwer, die letzten 10 Monate illegal durchzuhalten, doch evangelische Geistliche halfen ihr, diese gefährliche Zeit zu überstehen. Schließlich arbeitete sie als französische Zwangsarbeiterin getarnt. In Neukirchen, nahe einem Lager für französische Zwangsarbeiter, wurde sie mit ihren Leidensgefährten durch die Rote Armee befreit. Nach dem Kriege begann CHARLOTTE HOLZER

Medizin zu studieren, aber bald zeigte sich, daß sie durch die Strapazen der Haft und der Illegalität arbeitsunfähig geworden war. Als Invalidenrentnerin lebte sie bis zu ihrem Tode in der DDR.

Die in dieser Broschüre gegebene Darstellung stützt sich vor allem auf:

Helmut Eschwege: Resistance of German Jews against the Nazi Regime, in: Year Book/ Leo Baeck Institute 15, 1970, S. 143-180.

Arnold Paucker: Some Notes on Resistance, in: Year Book/ Leo Baeck Institute 16, 1971, S. 239-247.

Margot Pikarski: Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und Kampfgefährten, Berlin (DDR) 1978.

Margot Pikarski: Über die führende Rolle der Parteiorganisation der KPD in der antifaschistischen Widerstandsgruppe Herbert Baum, Berlin 1939 bis 1942, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 8, 1966, S. 867-881.

Wolfgang Wippermann: Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand, Berlin 1981.

Einzelne Zitate und Dokumente sind entnommen:

Eberhard Aleff (Hg): Das Dritte Reich, Hannover 1970.

Leon Brandt: Menschen ohne Schatten. Juden zwischen Untergang und Untergrund 1938 bis 1945, Berlin 1984.

Walther Hofer (Hg): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, Neuausgabe, Frankfurt 1982.

Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte (Ausstellungskatalog), Dortmund 1981.

Margot Pikarski: Die Rolle der Parteiorganisation der KPD in der Herbert-Baum-Gruppe, Diplomarb. Franz-Mehring-Institut Leipzig, 1964.

Walter A. Schmidt (Hg): Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1939-1945, Berlin 1958

Kurt Schilde: Jugendorganisationen und Jugendopposition in Berlin-Kreuzberg 1933-45, Eine Dokumentation, Berlin 1983.

Hermann Weber: Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916-1966, München 1967.

Die Benennung des Hauptgebäudes der TU Berlin in Herbert-Baum-Gebäude durch die Studentenschaft — Chronologie und Dokumentation

6. 12. 83

Podiumsdiskussion mit den drei TU-Präsidenten Starnick, Eichmeyer, Künkel zum Thema "Frieden und Verantwortung von Hochschule und Wissenschaft".

9. 1. 84

Aufruf des AstA an die Fachbereiche, die Gestaltung des 30. 1. vorzubereiten.

Kleines spotlight auf die Stimmung in der TU: Präsident Starnick verschickt einen Denunziationsaufruf an die Direktorien der Institute, in dem er um Nennung derjenigen TU-Angehörigen bittet, die am 23. 11. (Tag der Blockade der TU als Reaktion auf den am Vortag gefällten "Nach"-rüstungsbeschluß des Bundestages) nicht pünktlich an ihrem Arbeitsplatz erschienen. Wer der wirkliche Urheber dieses Rundschreibens war, kam nie ganz raus - der Präsident wollte hinterher nichts mehr damit zu tun haben.

18. 1. 84

Auswertung der Diskussionen an den Fachbereichen und Festlegung des Vorgehens am 30. 1. Um die Diskussion der Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus an der TU in Gang zu setzen, wird das Hauptgebäude der TU demonstrativ nach dem Widerstandskämpfer Herbert Baum benannt. Gleichzeitig soll damit die bekannteste jüdische Widerstandsgruppe endlich auch in West-Berlin geehrt werden.

Datum nicht bekannt

Die GEW-Studentengruppe beantragt das Audimax zur Durchführung einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Professorenstreiks an den Berliner Hochschulen gegen den Stationierungsbeschluß mit Prof. Theunissen (FU) unter dem Thema "Widerstand bis hin zum Streik?". Die Veranstaltung wird vom Präsidenten nicht genehmigt. Er argu-

mentiert, daß der von Prof. Theunissen unterstützte Professorenstreik am 30. 1. eine rechtswidrige Aktion darstelle, und daß daraus auch die Rechtswidrigkeit einer thematisch davon nicht zu trennenden Diskussionsveranstaltung folge.

27. 1. 84

TU-Vizepräsident Künkel distanziert sich von dieser Argumentation. Er führt aus, daß aus der Rechtswidrigkeit einer Handlung nicht die Rechtswidrigkeit einer Diskussion darüber folge.

30. 1. 84

Jahrestag der faschistischen Machtübernahme. Am Morgen symbolische Benennung des Hauptgebäudes der TU nach dem Widerstandskämpfer Herbert Baum durch Anbringen des Schriftzuges "Herbert - Baum - Gebäude" über dem Eingang und einer Gedenktafel in der Eingangshalle. Die Benennung wird von U1 des SFB live übertragen. Am Nachmittag findet eine Podiumsveranstaltung mit Starnick, Lämmert (ehemaliger FU-Präsident) und anderen statt, die aber vor vollem Auditorium platzt, weil Starnick das für den selben Abend ausgesprochene Raumverbot für die Theunissen-Veranstaltung nicht überzeugend begründen kann, woraufhin Lämmert demonstrativ das Podium verläßt. Er ist nicht gewillt, an einem Ort aufzutreten, an dem kurze Zeit später einem Kollegen von ihm der Mund verboten werden soll. Die eine Hälfte des Podiums und fast alle Zuhörer folgen dem Beispiel. Der Präsident bleibt bei seinem Verbot, das aber wirkungslos bleibt, da der AstA im Vorfeld der Abendveranstaltung ein Kulturprogramm mit dem Kabarett Bügelbrett, der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz und Christian Kunert organisiert hat. Dies macht es der Unileitung unmöglich, staatliche Gewalt zur Durchsetzung des (unrechtmäßigen) Verbots einzusetzen.

Die Abendveranstaltung findet also trotz Verbot vor überfülltem Audimax, mit etwa 3.000 Menschen statt. Auf dem Podium sitzen die FU-Professoren Altvater, Narr und Theunissen und die Gewerkschafter Fahlbusch, Knirsch, Mönch und Osterkamp. Die Diskussion dreht sich um die Frage, ob die jetzige Situation (Aufrüstung mit Erstscharakter) dazu berechtigt, Widerstandsformen, die illegal sind - besonders den politischen Streik - einzusetzen, und ob es im parlamentarischen System überhaupt Widerstand geben könne. Dieses Ereignis zieht eine Flut von Presseberichten und -erklärungen nach sich.

31. 1. 84

Der Schriftzug wird im Laufe der Nacht (!) vom Gebäude entfernt. Die im Mathematikgebäude aufgebaute Ausstellung über "Chemie im dritten Reich" wird von Unbekannten verwüstet. Die im Foyer angebrachte Gedenktafel darf drei Tage hängen. Sie ist bisher nicht zurückgegeben worden.

1. 2. 84

Der bildungspolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion im Abgeordnetenhaus qualifiziert die Benennung als "politischen Vandalismus" und demaskiert seine geschichtliche Unkenntnis, indem er von Herbert Baum als "unbekanntem, angeblichen" Widerstandskämpfer redet.

2. 2. 84

Der AstA reagiert auf die Aussage Dittberners mit einer Presseerklärung. Um den Abgeordneten zu befähigen, sich an der Diskussion beteiligen zu können, bekommt er ein Exemplar der von der Gedenkstätte Stauffenbergstraße erstellten Broschüre "Die Berliner Gruppe Baum und der Jüdische Widerstand" zugesandt.

3. 2. 84

TU-Präsident Starnick äußert in einer Presseerklärung, daß es dem AstA nicht darum gehe, einen demokratischen Prozeß in Gang, sondern rechtsstaatliche Grundsätze außer Kraft zu setzen.

6. 2. 84

Wulf und Franziska Eichstädt-Bohlig, ehemalige AstA-Mitglieder und heute durch ihr Engagement im Umfeld der IBA

bekannt, äußern sich in offenen Briefen an Starnick, Dittberner und den AstA zu den Ereignissen um die Benennung. Sie weisen auf die Verlogenheit der Unterteilung des Widerstandes gegen den Faschismus in "genehmen" und "nicht genehmen" Widerstand hin - der kommunistische Widerstand wird verschwiegen, angeblich, weil dessen Exponenten nicht auf dem Boden der FDGO gestanden hätten, was sich aber als absurd herausstellt, da die Exponenten des allgemein gefeierten, "salonfähigen" Widerstands aus großbürgerlichen und adligen Kreisen ("20. Juli") auch nicht der FDGO oder inhaltlich entsprechenden Vorstellungen anhängen.

7. 2. 84

Auf einer Pressekonferenz gibt der AstA sein weiteres Vorgehen bekannt. Er stimmt mit dem Präsidenten überein, daß die Benennung nur das Ergebnis eines breiten, universitären Meinungsbildungsprozesses sein kann. Er hält es aber für richtig, wenn die TU-Angehörigen durch den Namenszug nicht vergessen, sich mit der Vergangenheit und der Verantwortung des Wissenschaftlers heute zu beschäftigen. Deshalb werden die Buchstaben und die (neu erstellte) Gedenktafel im Anschluß an die Pressekonferenz im Beisein von jüdischen Bürgern und Bürgerinnen wieder angebracht.

Für das Sommersemester gibt der AstA bekannt, daß er eine Reihe von Veranstaltungen durchzuführen plant, die jedem Hochschulangehörigen die Möglichkeit geben, sich intensiv mit der Baum-Gruppe zu beschäftigen. Der AstA vertritt die Meinung, daß somit einer positiven Beschlußfassung im Sommersemester nichts mehr im Wege steht.

8. 2. 84

TU-Präsident Starnick wirft dem AstA eine "erschreckend undemokratische Haltung" vor. Der Name sei jetzt durch die Aktion des AstA belastet. Er dürfe nicht weiter ins tagespolitische Geschehen hineingezogen werden.

11.2.84

Als konsequente Folge werden die Buchstaben wiederum zur nächtlichen Stunde bzw. im frühen Morgengrauen entfernt. Ein paar Tage später wird auch die zweite Gedenktafel entfernt. Auch bei dieser Tafel wurde es bis-

her nicht für nötig befunden, sie zurückzugeben.

16. 2. 84

Auf eine Anfrage des FDP-Abgeordneten Dittbarners hin, debattiert das Abgeordnetenhaus über die "eigenmächtige Aktion des ASTA-TU". Senator Kewenig kann sich nicht der Meinung des Abgeordneten Dittbarners anschließen, die da lautet, "daß diese Form der Auseinandersetzung doch sehr stark an das erinnert, was wir am Vorabend der Machtergreifung der Nationalsozialisten auch an der Technischen Universität gehabt" haben.

23. 2. 84

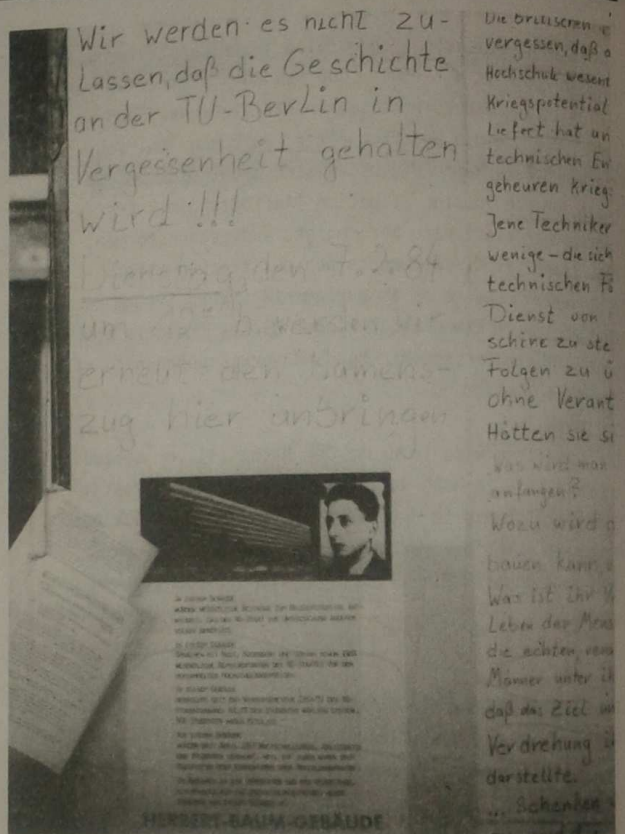
Das Mitglied der AL-Fraktion des Abgeordnetenhauses, Behr erklärt in einem offenen Brief an den TU-Präsidenten seine Sympathie für die Benennung des Hauptgebäudes nach Herbert Baum.

5. 3. 84

Der SPD-Abgeordnete Meisner unterstützt in seinem offenen Brief den Vorschlag des ASTA, anläßlich des hundertjährigen Bestehens des Hauptgebäudes im November d. J. es nach Herbert Baum zu benennen.

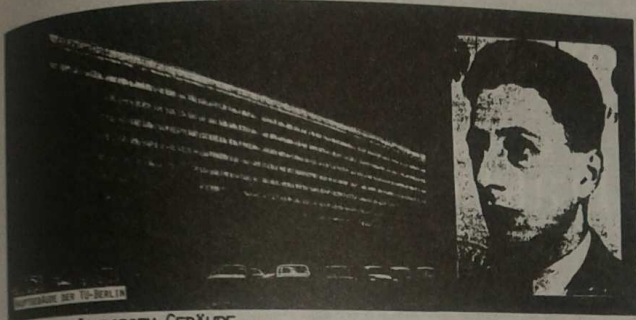
15. 3. 84

Vize-Präsident Eichmeyer gibt in einem Brief an den ASTA zu, für die Entfernung der Informationstafeln aus dem Herbert-Baum-Gebäude, die die Gründe und die Benennungsaktion dokumentiert haben, verantwortlich zu sein. Daß dies gerade zum Beginn "Der Woche der Brüderlichkeit" zwischen Deutschen und Juden geschehen konnte, zeugt von besonderer Instinktlosigkeit.



Seit Mitte Februar findet an der TU ein vom ASTA nicht gewollter "Buchstabenkrieg" statt. In der Hoffnung, die Präsidialseite würde die Buchstaben in den Fenstern der studentischen Gruppenzusammenschlüsse als das betrachten, was sie sind, nämlich als Eintreten der Studenten für ihre Sache, und sie hängen lassen, wird nach dem 11. Februar von Seiten des ASTA darauf verzichtet, die Buchstaben von jüdischen Bürgern (die ein entsprechendes Angebot gemacht haben) wieder anbringen zu lassen. Doch der Uni-Leitung bzw. -Verwaltung ist aus nur zu vermutenden Gründen die Entfernung des Diskussionsanstoßes zu wichtig.

Bei den Verhandlungen, die der ASTA mit der Präsidialseite führt, werden ihm ständig Versprechungen gemacht, Zusagen gegeben, daß die Buchstaben "diesmal nicht" entfernt werden. Doch entweder gelten dem ASTA gegebene Zusagen nicht, oder die Führungsqualitäten des Präsidenten lassen zu wünschen übrig.



IN DIESEM GEBÄUDE
MURDEN WESENTLICHE BEITRÄGE ZUM KRIEGSPOTENTIAL ENT-
WICKELT, DAS DER NS-STAAAT ZUR UNTERDÜCKUNG ANDERER
VÖLKER BENÖTIGTE

IN DIESEM GEBÄUDE
SPRACHEN MIT RUST, ROSENBERG UND GÖRING SCHON 1933
WESENTLICHE REPRÄSENTANTEN DES NS-STAAATES VOR DEN
VERSAMMELTEN HOCHSCHULANGEHÖRIGEN

IN DIESEM GEBÄUDE
HERRSCHTE SEIT DEM WINTERSEMESTER 1930/31 DER NS-
STUDENTENBUND: 61,7% DER STUDENTEN WÄHLTEN DIESEN,
366 STUDENTEN WAREN MITGLIED

AUS DIESEM GEBÄUDE
MURDEN SEIT APRIL 1933 HOCHSCHULEHRER, ASSISTENTEN
UND STUDENTEN VERBANNT, WEIL SIE JUDEN WAREN ODER
PAZIFISTEN ODER KOMMUNISTEN ODER SOZIALDEMOKRATEN

IM ANDENKEN AN DIE VERFOLGTEN UND DEN WIDERSTAND,
ALS MAHNUNG FÜR DIE HOCHSCHULANGEHÖRIGEN HEUTE
BENENNEN WIR DIESES GEBÄUDE IN:

HERBERT-BAUM-GEBÄUDE

ASTA der TU, Märchen 4, 1000 Berlin 12

Allgemeiner
Studenten-
Ausschuß **ASTA**
der Technischen
Universität Berlin
Organ der Verfaßten
Studentenschaft
Märchenstr. 4
1000 Berlin 10
Telefon (030) 314-5683

Das Nachtragskonto	Dr. Zecher	Umar Zecher	Gesamt
		608	31.01.84

PRESSE - INFORMATION

Benennung des Herbert-Baum-Gebäudes nachts heimlich entfernt

Auf Anregung des ASTA der TU wurde das Hauptgebäude der TU Berlin am 30. Januar in Herbert-Baum-Gebäude benannt. Diese Initiative stützt sich nicht nur auf Sympathien bei Hochschulangehörigen aller Statusgruppen, dem ASTA wurde auch in Anrufen von Verfolgten und von Angehörigen Dank und Unterstützung für diese Initiative ausgesprochen.

Mit großer Empörung mußten heute viele Angehörige der TU feststellen, daß in der Nacht die dort angebrachten Buchstaben "Herbert-Baum-Gebäude" entfernt worden waren.

Ein Gespräch mit dem TU-Präsidenten Prof. Dr. Starnick ergab folgenden Sachverhalt: Ohne Kenntnis des Präsidenten habe die Verwaltung diese Buchstaben entfernt. Diese habe rechtlich einwandfrei und korrekt damit gehandelt. Präsident Starnick sieht von daher keinerlei Veranlassung, die Entfernung zu beanstanden.

Auf die Frage, ob er die Entfernung der Buchstaben auch politisch für richtig halte, wollte er sich nicht sofort äußern und bat sich zur Beantwortung bis zum Mittwoch, dem 01.02., Bedenkzeit aus.

Der ASTA hält die Entfernung und gerade auch die Art und Weise einer Nacht- und Nebel-Aktion für im höchsten Maße instinktlos und skandalös, dies nicht nur im politischen Sinne.

Wir wollen mit Herbert Baum an all die namentlich Bekannten und Unbekannten erinnern, die durch die nationalsozialistische Politik aus der Hochschule ausgeschlossen wurden. Wir wollen die ehren, die auch unter schrecklichsten Bedingungen den Widerstand aufgenommen haben, um ein zutiefst menschenverachtendes System zu bekämpfen.

Ein Großteil der Studenten- und Professorenschaft hatte die nationalsozialistische Politik begrüßt oder dem nichts entgegengesetzt.

Herbert Baum steht gerade auch gegen diese Haltung, sich mit den Dingen abzufinden oder sich scheinbar unpolitisch aus der Geschichte heraushalten zu können.

Der Ingenieur-Student Herbert Baum hatte nicht die Chance, sich zu einem fertigen Wissenschaftler auszubilden. Als Jude wurde er 1935 von der Hochschule entfernt, als aktiver Widerstandskämpfer wurde er 1942 von den Nazis ermordet.

Wir werden es nicht zulassen, daß die Geschichte an der TU weiterhin in Vergessenheit gehalten wird.

Wir werden am Dienstag, dem 7. Februar, um 12 Uhr erneut den Namenszug "Herbert-Baum-Gebäude" anbringen.

HERBERT-BAUM-GEBÄUDE

Am **Dienstag, 7. Februar um 12⁰⁰ Uhr** wird der Name **Herbert Baum** wieder über dem Eingang des ehem. Hauptgebäudes der TU angebracht. Daran nehmen prominente Persönlichkeiten teil sowie die Presse.

LIBERALE POLITIK IN BERLIN

Pressedienst
der
F.D.P.-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

Verantwortlich:
Dr. Rolf-Peter Lange
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62
Telefon (030) 783 37 11/12

1. Februar 1984

ASTA-Aktion an der TU als politischer Vandalismus bezeichnet

Als Ausdruck politischen Vandalismus bezeichnete es der hochschulpolitische Sprecher der F.D.P.-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Jürgen Dittberner, daß der dortige ASTA eigenmächtig und unzuständigerweise das TU-Hauptgebäude nach einem unbekanntem angeblichen Widerstandskämpfer benannt hat. Dittberner sagte:

" Das Problem ist nicht, daß man das TU-Gebäude oder ein anderes Haus der Hochschulen mit den Namen von Widerstandskämpfern versehen könnte, sondern das ein hierfür weder zuständiges, sachkompetentes Gremium ohne eine demokratische Diskussion und Entscheidung abzuwarten einfach handelt, das ist das Problem. Unerträglich ist es, daß eine öffentlich rechtliche Anstalt wie der Sender Freies Berlin in seiner Sendung "Echo am Morgen" den Initiatoren der undemokratischen Aktion auch noch ein publizistisches Podium beschafft hat. Auf diese Weise wird der Sinn der Öffentlichkeit für die Verantwortlichkeit demokratisch gewählter Gremien (wie im Falle der TU etwa des akademischen Senats) zerstört. Der SFB-Rundfunkrat sollte sich mit dieser Angelegenheit befassen. Die TU hat mit der Entfernung des Schriftzuges richtig gehandelt. Es ist Sache des dortigen akademischen Senats, des Präsidenten und des Kuratoriums, nicht aber des ASTA, darüber zu entscheiden, ob und welche Namensgebungen für TU-Gebäude erfolgen."



PRESSEDIENST

Nr. 20
3. Februar 1984

Herausgeber:
Presse- und
Informationsreferat der
Technischen Universität
Berlin
Straße des 17. Juni 135
D-1000 Berlin 12
Tel.: (030) 314-2919
Telex: 184 262 tubln -d-

SOLL DAS TU-HAUPTGEBÄUDE EINEN NAMEN ERHALTEN?
TU-PRÄSIDENT PROF. J. STARNICK WENDET SICH GEGEN AKTIONEN
EINZELNER GRUPPEN UND PLÄDIERT FÜR EINE BREITE
UNIVERSITÄRE DISKUSSION

Am vergangenen Montag sind auf Initiative des ASTA verschiedene Aktionen durchgeführt worden. Einige Studenten haben u.a. durch Anbringung roter Lettern und einer Gedenktafel im Foyer das Hauptgebäude in Herbert Baum Gebäude "umbenannt". Der Schriftzug an der Außenfassade ist in der Nacht zum Dienstag entfernt worden; es ist dazu aufgerufen worden, ihn am kommenden Dienstag erneut anzubringen.

TU-Präsident Prof. J. Starnick führt hierzu aus:

"Der ASTA hat seine Aktion mit dem Vorwurf begründet, daß sich die TU Berlin nicht ausreichend mit ihrer Geschichte auseinandersetze. Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt und ich erwähne beispielhaft:

- die ausführliche Darstellung der Rolle von Studenten und Wissenschaftlern der damaligen Technischen Hochschule Berlin in der Zeit des Nationalsozialismus in der Festschrift zum 100jährigen Gründungsjubiläum der Technischen Universität Berlin
- die Einrichtung eines Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin vor einigen Jahren, für das der international angesehene Fachmann Professor H. Strauss gewonnen wurde und

- die Einrichtung des Georg-Schlesinger-Preises in Erinnerung an den jüdischen Professor Dr.-Ing. Georg Schlesinger, der nach mehrmonatiger Haft Ende 1933 aus Deutschland emigrierte.

Ich halte es für eine überdenkenswerte Anregung, darüber hinaus das Andenken an Studenten und Wissenschaftler der Technischen Hochschule Berlin, die unter den Nationalsozialisten leiden mußten, durch Anbringung einer Gedenktafel oder die Benennung eines TU-Gebäudes zu bewahren. Ich habe daher inzwischen Herrn Prof. Strauss gebeten, hierfür Vorschläge und Anregungen zu unterbreiten. Die Diskussion muß dann in den zuständigen Gremien geführt werden, mit dem Ziel, zu einer Entscheidung zu kommen, die möglichst breit getragen wird. Dieser Diskussion sollte nicht durch eine Aktion einer Gruppe der Universität vorgegriffen werden.

Bei der "Umbenennung" des TU-Hauptgebäudes am vergangenen Montag hat der ASTA ohne jede Legitimation gehandelt und demokratische Entscheidungsprozesse sowie das Hausrecht des Präsidenten bewußt mißachtet. Diese Vorgehensweise ist nicht akzeptabel. Der ASTA hat nun angekündigt, diese Aktion am kommenden Dienstag zu wiederholen. Ich empfehle dem ASTA, sich dieses noch einmal zu überlegen. Denn das Verhalten des ASTA wirft die Frage auf: Geht es dem ASTA wirklich darum, das Andenken an die von den Nationalsozialisten verfolgten Studenten und Wissenschaftler zu bewahren?

Dann sollte sich der ASTA engagiert an der Diskussion beteiligen, die jetzt angelaufen ist und an einer breitgetragenen Entscheidungsfindung mitwirken. Hält der ASTA jedoch an seinem Vorhaben fest, dann muß er sich vorwerfen lassen, daß es ihm garnicht um einen demokratischen Prozeß geht, sondern diese Diskussion nur den Vorwand liefern soll für eine Aktion, mit der rechtsstaatliche Grundsätze in Frage gestellt werden sollen."

(A) **Präsident Rebsch:** Ich rufe nunmehr auf den Abgeordneten Dittberner zu einer Mündlichen Anfrage über

eigenmächtige Aktion des ASIA der TU

Dr. Dittberner (F.D.P.): Ich frage den Senat: Wie bewertet der Senat die eigenmächtige Namensgebungsaktion des ASIA der TU für das Hauptgebäude der Universität, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß die erfolgte Umgehung aller legitimen und zuständigen Gremien der TU vom dortigen ASIA der TU offenbar als eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus verstanden werden soll?

Präsident Rebsch: Zur Beantwortung, bitte, Herr Senator Kewenig!

Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Dittberner! Der Senat von Berlin bewertet den Versuch des ASIA der TU, das Hauptgebäude der Universität in „Herbert-Baum-Gebäude“ umzubenennen, als gleichermaßen eigenmächtig und rechtswidrig. Der ASIA hat sich mit seinem Vorgehen einmal mehr über alle demokratischen Spielregeln hinweggesetzt und die bestehende Rechtsordnung mißachtet.

Der Senat bedauert es, daß Funktionsträger einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung sogar unter dem Vorwand, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Berlin auseinanderzusetzen zu wollen, die Grundregeln unserer demokratischen Rechtsordnung mißachten. Offenkundig haben die Initiatoren dieser Aktion aus der Geschichte der Nazi-Diktatur nicht allzuviel gelernt.

[Kunzelmann (AL): Das ist unglaublich! Unglaublich! Immer umdrehen! Alles umdrehen! - Wachsmuth (AL): Das ist eine Frechheit!]

(B) - Vielen Dank, Herr Kunzelmann, für diese Qualifizierung! - Der Senat begrüßt die eindeutige Stellungnahme des TU-Präsidenten, Professor Starnick, zu diesem Vorgang. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es ausschließlich Angelegenheit der gesamten Universität und damit der zuständigen Gremien ist, eine Benennung des Hauptgebäudes vorzunehmen. Ich möchte hinzufügen, daß ich es als eine selbstverständliche Pflicht aller Hochschulangehörigen ansehe, sich sachlich und möglichst wissenschaftlich fundiert mit dem Nationalsozialismus als dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen.

Lassen Sie mich außerdem hinzufügen: Diese Beschäftigung sollte aber nicht in einen Mißbrauch bestimmter Namen für durchsichtige politische Manöver und Ziele degenerieren.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Rebsch: Die erste Zusatzfrage - Herr Dr. Dittberner!

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Senator, teilen Sie meine Auffassung, daß diese eigenmächtige Aktion des ASIA der TU einzureihen ist in andere Aktivitäten dieses Gremiums, zum Beispiel Störung von Lehrveranstaltungen und Boykott von Hörsälen? - Teilen Sie auch weiterhin meine Meinung, daß diese Form der Auseinandersetzung doch sehr stark an das erinnert, was wir am Vorabend der Machtergreifung der Nationalsozialisten auch an der Technischen Universität gehabt haben?

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Dittberner! Ich würde nicht so weit gehen, wie Sie am Schluß Ihrer Frage gegangen sind, nämlich zu vermuten, daß wir uns schon wieder in einer Situation befinden, wie sie am Vorabend der Nazidiktatur geherrscht hat; das sicher nicht. Ich bedaure aber außerordentlich, daß der ASIA, das heißt also eine Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaft, immer wieder zu rechtswidrigen Mitteln greift, um seine politischen Ziele, die Ziele einer bestimmten Mehrheit im ASIA, durchzusetzen.

Ich bedaure, wenn der ASIA zu Aktionen greift, die bestimmte Professoren daran hindern, ihren Pflichten nachzugehen, die Mehrheit der Studenten daran hindert, das zu tun, wozu sie an der Universität sind, nämlich zu studieren. Ich bedaure ganz besonders, wenn der Nationalsozialismus, die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus als Mittel zur aktuellen politischen Auseinandersetzung an der Universität mißbraucht werden. Ich halte das für eine besonders negative und besonders abzulehnende Art, sich mit dem Nationalsozialismus auseinanderzusetzen.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage - Herr Abgeordneter Behr!

Behr (AL): Ich frage Herrn Senator Kewenig, ob er die Meinung von Herrn Dittberner teilt, daß es sich bei Herbert Baum um einen „angeblichen und unbekanntem“ Widerstandskämpfer handelt. Oder sind Sie nicht eher der Meinung, Herr Senator, die auch wir als AL vertreten, daß Herbert Baum ein Widerstandskämpfer war, ein junger Mensch, ein Kommunist, ein Student der TU, der durch sein Opfer - er wurde bekanntlich hingerichtet - eine besondere Ehre verdient?

[Beifall bei der AL und der SPD]

Präsident Rebsch: Herr Senator!

Abgeordnetenhaus von Berlin - 9. Wahlperiode

Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Kollege Behr! Es steht mir hier nicht an, Urteile über einzelne Widerstandskämpfer abzugeben. Ich selber bin kein Historiker, auch kein Zeitgeschichtler, und kann deshalb die Funktion des einzelnen Widerstandskämpfers in dieser Bewegung - sicher im Gegensatz zu Ihnen, Herr Momper - nicht einschätzen. Wie dem auch sei, wie auch die Stellung, die Leistung von Baum einzuordnen ist: Ich meine, daß auch eine bedeutende Leistung nicht dazu führen kann, daß eine ganz bestimmte Gruppe, zudem noch eine Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts - ich wiederhole das, weil das in der Auseinandersetzung um Rechte und Pflichten des ASTA so wichtig ist -, nun auf einmal hingeht, nachdem sie einen Widerstandskämpfer entdeckt hat, und das Hauptgebäude der zweitgrößten Universität dieser Stadt mit diesem Namen schmückt, ohne sich irgendwie darum zu kümmern, ob die zuständigen Gremien damit einverstanden sind. Ich glaube, hier wird der Respekt vor der allgemeinen Leistung des Widerstandes und vor den individuellen Leistungen der Widerstandskämpfer vermischt mit der Verfolgung kurzfristiger politischer Ziele. Wo kämen wir denn hin, wenn einer von uns zum Beispiel am Rathaus Schöneberg oder irgendwo in der Universität oder bei der Historischen Kommission - Herr Momper würde sich sicher freuen - mit Leim und Farbe erscheint und sagt: Wir haben uns überlegt, unser Widerstandskämpfer ist Herr X oder Y, und ab morgen heißt das Gebäude eben so. - Ich halte dieses Vorgehen für absolut unmöglich. Das dient wirklich nicht der Ehre und dem ehrenden Andenken aller Widerstandskämpfer.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage - Herr Dr. Dittberner!

Dr. Dittberner (F.D.P.): Herr Senator Kewenig! Ist es nicht so, daß es in diesem Fall eigentlich gar nicht um die von Herrn Behr erwähnte Person, sondern um die Frage geht, ob man es zulassen kann, daß bei uns eine Gruppe, noch dazu ein offizielles Gremium der Universität, den eigenen Wunsch, den eigenen politischen Willen, ohne eine politische Diskussion abzuwarten und ohne eine entsprechende ordentliche Meinungs- und Willensbildung abzuwarten, einfach durch Taten durchsetzt?

Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Dittberner! Ja, ich teile Ihre Meinung. Es ist so - das erleben wir immer wieder gerade in der Auseinandersetzung mit bestimmten Gruppen an den Hochschulen: Man hat eine bestimmte Meinung, die man selbst für richtig hält, und da sie „richtig“ ist, hat man es nicht mehr nötig, den demokratischen Grundregeln zu folgen, die wir in mühevoller historischer Erfahrung entwickelt haben, um in einem demokratisch abgestimmten Prozeß herauszufinden, was richtig und was unrichtig, was tolerabel und was nicht tolerabel ist. Ich glaube, daß diese Aktion ein besonders markantes

Beispiel für die Mißbräuchlichkeit des Verhaltens studentischer und sonstiger Gruppen in dieser Stadt ist.

Präsident Rebsch: Nächste Zusatzfrage - Herr Abgeordneter Kunzelmann!

Kunzelmann (AL): Warum sieht sich der Senat nicht in der Lage, das Anliegen der Studenten, das Hauptgebäude der Technischen Universität nach dem von den Nazis ermordeten jüdischen Widerstandskämpfer Herbert Baum zu benennen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen, Herr Senator?

[Beifall bei der AL]

(B) Warum akzeptieren Sie nicht, daß die Studenten ein demokratisches Recht wahrnehmen, und warum versuchen Sie, das demokratische Recht dadurch zu diffamieren, daß Sie die Behauptung in die Welt setzen, die Studenten würden sich über demokratische Spielregeln hinwegsetzen?

Die Studenten haben mit dieser Forderung eine Konsequenz aus dem Hitler-Faschismus gezogen, und das sollten Sie begründen.

[Zurufe von der CDU: Fragen!]

Ich möchte den Regierenden Bürgermeister fragen, warum Sie sich ausschweigen zu der Äußerung eines Mitgliedes der Regierungsfraktion, das aus Unkenntnis, Dummheit oder Ignoranz den jüdischen Widerstandskämpfer Herbert Baum im Stil der Nationalzeitung oder neofaschistischer Gruppierungen als „angeblichen“ Widerstandskämpfer diffamiert hat. Dazu sollten Sie sich, Herr Regierender Bürgermeister, äußern - daß es heute noch möglich ist, daß ein Mitglied der Regierungsfraktion Herbert Baum als „angeblichen“ Widerstandskämpfer bezeichnet.

Präsident Rebsch: Herr Kunzelmann, Sie hatten Ihre Frage bereits gestellt.

- Das Wort hat Herr Senator Kewenig.

[Kunzelmann (AL): So einer ist Vorsitzender des Ausländerausschusses . . .]

- Herr Kunzelmann, ich rufe Sie zur Ordnung!

Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Kunzelmann! Zunächst einmal scheinen Sie ein Kolleg darüber notwendig zu haben, was demokratische Rechte sind. Sie haben davon gesprochen, daß die Studenten ein demokratisches Recht haben und mit Recht durchzusetzen versucht hätten, daß ein bestimmtes Gebäude einen bestimmten Namen bekommt.

[Beifall bei der AL]

Ich frage Sie, Herr Kunzelmann: Ist das Ihr Verständnis von Demokratie? - Ich dachte immer, daß in einer Demokratie jeder das Recht hat, auch jede Gruppe, Ansprüche anzumelden, aber dann zu versuchen hat - -

[Kunzelmann (AL): 40 Jahre lang sind Sie nicht auf die Idee gekommen!]

- Entschuldigen Sie, Herr Kunzelmann, nun bin ich - -

[Kunzelmann (AL): 40 Jahre . . .]

Ich bin der Auffassung, daß in einer Demokratie jede Gruppe das Recht hat, ihre Wünsche und ihre Ansprüche anzumelden, aber dann diese Wünsche in den Verfahren verfolgt, die für solche Angelegenheiten vorgesehen sind.

[Beifall bei der CDU]

Selbstverständlich hätte es dem AstA freigestanden, einen entsprechenden Wunsch anzumelden und darüber in den Gremien der Universität zu diskutieren. Aber das haben ja die jungen Herren nicht nötig - diese angeblich so großen Demokratien -, sondern sie gehen gleich mit Pinsel und Farbe hin und sagen: Was Demokratie ist, bestimmen wir, und die Ergebnisse pinseln wir an die Wand! - Ich halte das für ein undemokratisches und nicht für ein demokratisches Vorgehen!

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Punkt 2, Herr Kunzelmann: Sie fragen mich doch immer, wie denn mein Verständnis - ich lese das immer in den Zeitungen - von Autonomie der Hochschulen sei. - Ich muß Ihnen sagen: Wenn der Wissenschaftssenator nun auch noch anfinge, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man das Gebäude X und das Gebäude Y zu benennen hat, bevor sich auch nur ein einziges Gremium der Universität mit dieser ureigenen Hochschulangelegenheit beschäftigt hat, dann hätten Sie zum erstenmal vielleicht recht, mein Autonomieverständnis hier anzuklagen. Ich weiß, nach Ihrer Meinung sollte man sich immer so verhalten, wie es einem gerade in den Kram paßt.

Lassen Sie mich eine dritte Bemerkung hinzufügen: Ich muß sagen, daß ich einen außerordentlichen Respekt vor der Leistung des Widerstandes insgesamt und vor der Leistung jedes einzelnen Widerstandskämpfers habe, und zwar unabhängig davon, wo er im politischen Spektrum gestanden hat. Aber ich glaube, man erweist dem Andenken des Widerstandes und dem Andenken des einzelnen Widerstandskämpfers keinen guten Dienst, wenn man anfängt, jedes einzelne Gebäude, das noch keinen Namen hat, mit dem Namen eines solchen Widerstandskämpfers zu versehen. Ich glaube, wir sollten auch dann, wenn es um den Widerstand und das Andenken an seine außerordentlichen Verdienste geht, das alte lateinische Sprichwort beherzigen: multum, non multa. Man sollte also nicht überall und ständig davon reden, sondern man sollte sich in seinem Bemühen tatsächlich darauf konzentrieren, dem großartigen Beispiel dieser Widerstandskämpfer in der praktischen Politik von heute zu folgen. Ich glaube, da können gerade diejenigen, die in der TU gepinselt haben, noch einiges lernen.

[Beifall bei der CDU und der F.D.P.]

Präsident Rebsch: Zur nächsten Zusatzfrage - Herr Abgeordneter Dr. Legien!

Dr. Legien (CDU): Herr Senator! Was

[Zuruf von der AL: Aha, jetzt kommt's!]

wird der Präsident der TU nach Ihrer Einschätzung dagegen tun, daß das Ergebnis dieser eigenmächtigen Namensgebung immer noch mit großen Buchstaben hinter den Fenstern des Hauptgebäudes der TU - jedenfalls noch bis gestern abend - zu sehen war? Gibt es in der TU noch ein Hausrecht des Präsidenten?

Präsident Rebsch: Herr Senator!

(A) Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Herr Abgeordneter Dr. Legien! Meine Antwort lautet: Ja, es gibt ein solches Hausrecht! Ich muß auch sagen, daß der Präsident - soweit die große Beschriftung des Hauptgebäudes in Frage steht - sehr vernünftig und auch rasch gehandelt hat. Er hat auf der einen Seite nicht verhindern können, daß man diese Inschrift anbrachte; denn es hat keinen Zweck, mit einem Polizeikordon darauf zu warten, daß jemand kommt. Er hat sie vielmehr, nachdem sie angebracht war, mehr oder weniger unverzüglich wieder abnehmen lassen. Was die anderen Dinge angeht, die Sie beschreiben, so ist nach meinem Eindruck der Präsident der TU bemüht, alle mit dem Recht und unserem Verständnis von anständigem Verhalten in der Politik nicht einhergehenden Pinseleien und Plakate in gebührender Frist abnehmen bzw. beseitigen zu lassen. Wenn das an der einen oder anderen Stelle nicht sofort passiert, dann bedauere ich das und nehme an, daß auch er das bedauert. Ich werde dafür sorgen, daß dem von Ihnen angesprochenen Fall noch einmal nachgegangen und notfalls nachgebessert wird.

(D) Präsident Rebsch: Zur letzten Zusatzfrage - Frau Dr. Besser!

Frau Dr. Besser (CDU): Herr Senator! Trifft es denn zu, was hier behauptet wird, daß die Studenten diese Benennung wollten? - Schließlich beruht der AstA nur auf 23% der Wahlberechtigten.

Die zweite Frage: Ist auch Ihnen bekannt, daß es aus den studentischen Reihen der TU lauten Protest gegen diese Benennung des Instituts gegeben hat?

Präsident Rebsch: Herr Senator!

(B) Dr. Kewenig, Senator für Wissenschaft und Forschung: Herr Präsident! Frau Abgeordnete Dr. Besser! Es trifft zu, daß das, was der AstA macht, im guten und im bösen eben leider nicht immer das repräsentiert, was die ganz große Mehrheit der

Abgeordnetenhaus von Berlin - 9. Wahlperiode

Studenten denkt. Sie wissen, wie gering die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Studentenparlament ist, und Sie wissen, daß außerdem nur eine bestimmte politische Richtung den AStA, d. h. die Regierung der Studentenschaft an der TU, stellt.

[Tietz (AL): Was für ein Regierungsvertreter sind Sie denn? - Sie rütteln ja an den demokratischen Grundsätzen!]

Ich möchte hier mit aller Deutlichkeit feststellen, daß das, was der AStA der TU in dieser Angelegenheit getan hat, ganz sicher absolut nichts mit der Meinung der Mehrheit der Studenten zu tun hat.

Zu Punkt 2: In der Tat hat es sehr deutliche Artikulierungen des Unmuts über diese erneute Aktion des AStA gegeben, und ich glaube, daß diese Artikulierung mindestens so viele Studenten hinter sich hat wie der AStA der TU.

Präsident Rebsch: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Lehmann-Brauns zu einer Mündlichen Anfrage über

Schloßbrücken-Medaillons

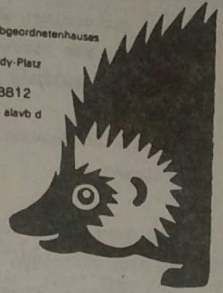
[Kunzelmann (AL): Ich hatte den Regierenden Bürgermeister etwas gefragt, darauf ist er überhaupt nicht eingegangen! -

Buwitt (CDU): Sie haben nur den Senat zu fragen, daran werden Sie sich noch gewöhnen müssen!]



Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz
Dietrich Behr

Fraktion des Abgeordnetenhauses
von Berlin
John-F.-Kennedy-Platz
1000 Berlin 62
Telefon: 783-8812
Telefax: 1 84 466 alavb d



in den
Präsidenten der TU
Herrn Prof. Starnick
Straße des 17. Juni 135
1000 Berlin 12

Unsere Zeichen/Unsere Nachricht vom
Offener Brief

Datum
23. Febr. 1984

ABSCHRIFT

Ihr geehrter Herr Starnick!

Die Bemühungen des AStA der TU um die Benennung des Hauptgebäudes der TU nach Herbert Baum haben wegen des Weges und des Zielstarkes öffentliches Aufsehen erregt.

Als ein Vertreter der Öffentlichkeit im Kuratorium (Abgeordneter der AL) wende ich mich an Sie.

In dem Vorgehen des AStA, selbst das Gebäude zu benennen und dies auch nach außen durch ein Schild zu zeigen, kann man verschiedener Meinung sein. Auch den Studenten ist natürlich die reine Symbolik bewußt sowie, daß sie nicht allein die Namensgebung beschließen können. Der Hinweis, der AStA sei gar nicht zuständig, spricht also eine Selbstverständlichkeit aus, ignoriert aber in seiner Überbetonung, daß das Gesicht einer Institution - und dies zeigt sich auch in ihrem Namen - in einer offenen Gesellschaft in einem lebendigen Prozeß aller Zugehörigen besteht, und daß Beschlüsse der Zuständigen dann erst das Glied eines solchen Prozesses sind.

In den älteren Demokratien wie etwa den angelsächsischen ist das Gemeingut; nur deutsche unselige Tradition fragt bei jedem Vorfall als erstes "Wer ist hier zuständig?". Dieses Erbe wird noch deutlicher, wenn eine Handlung wie die der Studenten unklarlich genannt, ja sogar mit dem Weg der Nationalsozialisten zur Diktatur 1933 verglichen wird. Dies tat zu meiner großen Betroffenheit der hochschulpolitische Sprecher der FDP, Professor Dittberner, im Abgeordnetenhaus am 16. 2. d. J.

Hier sollten Sie sich als Präsident der TU schützend vor die Studenten stellen, indem Sie Herrn Dittberner zur Rücknahme dieses Vergleichs auffordern!

Zum Ziel der Studenten, der Namensgebung selbst: Ich bitte Sie, diese tatkräftig zu unterstützen, damit eine offizielle Benennung rasch möglich ist. Wer dann dieses Hauptgebäude betritt, wird daran erinnert, daß in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur zwar sicher nur ein Teil der Unversitätsangehörigen den Größenwahn jener Ideologie vertrat, daß aber die Mehrheit als "reine Fachleute" nicht danach fragte, wozu die dort vermittelte Forschung mißbraucht wurde, während die Lehrenden und Lernenden von heute als Vorbild einen der Wenigen von damals betrachten, die die Zusammenhänge erkannten und daraus Konsequenzen bis zum eigenen Opfer zogen. Eine Tafel im Eingang sollte darüber informieren.

Als Herbert Baum hingerichtet wurde, war ich Schüler. Ich entsinne mich an die riesigen roten Plakate, auf denen die Hinrichtung von "Vaterlandsverrätern" drohend bekannt gemacht wurde, nicht aber entsinne ich natürlich den Namen Herbert Baum. Von seinem Weg - im Gegensatz zu dem Prominenter wie die Männer des 20. Juli 1944 - habe ich so wie wohl die meisten erst durch den Schritt der Studenten erfahren. Schon darin liegt sein Verdienst.

Die Ausstellung "Das Sowjetparadies", gegen die die Gruppe Baum mit Brandbomben vorging, habe ich damals selbst besucht und ihre Wirkung erlebt. Unter den vielen, die sich nicht zuletzt hierdurch zum "Kreuzzug gegen das bestialische Sowjetregime" aufhetzen ließen, waren auch Schulkameraden. Es gab damals wohl keine andere Waffe dagegen als das bekanntlich auch bei Baum und seinen Freunden umstrittene Attentat. Heute besorgt die Springerpresse diese Hetze. So gravierend die Unterschiede zu damals auch sind - sie hat ebenfalls die Funktion, von der Kriegsgefahr abzulenken, die nicht zuletzt durch einen möglichen Mißbrauch von Forschung entsteht.

Wenn heute im Gegensatz zu damals die Mehrheit der Studenten selbst bereit ist, die gesellschaftliche Funktion von Forschung mit ihren nützlichen und gefährlichen Aspekten zu untersuchen, verdient sie unsere volle Unterstützung.

In der Erwartung, daß Sie mir darin zustimmen, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
R. Behr



DR. NORBERT MEISNER
MITGLIED DES ANSCHLIESSENEN-KOLLEGIUMS
VON BERLIN

An den
Präsidenten der Technischen
Universität Berlin
Prof. Dr. Jürgen Starnick
Straße des 17. Juni 135

1000 Berlin 12

D-1000 BERLIN 38, den
Rathaus Schloßberg
John F. Kennedy Platz
Telefon: (030) 749 21 84
Breitsgauer Str. 24
1000 Berlin 38

5. März 1984

ABSCHRIFT

Sehr geehrter Herr Prof. Starnick!

Erst jetzt komme ich dazu, Ihnen wegen der Umbenennung des TU-Hauptgebäudes in Herbert-Baum-Raus durch den AstA zu schreiben - aber vielleicht ist das gut so, zumal sich der Staub der etwas aufgeregten Diskussion nach der Studentenaktion wieder gelegt hat. Ich schreibe Ihnen einen offenen Brief, weil der Gegenstand einer öffentlichen Diskussion bedarf.

Ich möchte mich nachhaltig dafür einsetzen, dem Vorschlag des AstA zu folgen und das TU-Hauptgebäude nach Herbert Baum zu benennen. Die Namensgebung soll, darin stimme ich mit Ihnen überein, durch die gesetzmäßigen Gremien der Technischen Universität vollzogen werden. Vertreter des AstA haben mir erklärt, daß sie den entsprechenden Antrag einbringen wollen, - obwohl es mir schwerfällt, das Gedenken an den Widerstand mit einer Debatte über die Form einer studentischen Aktion zu verbinden. Zu korrekt, zu gesetzesgemäß vollzog sich der Weg deutscher Institutionen in den Nationalsozialismus, auch der der damaligen Technischen Hochschule.

Ich bin für diese Ehrung Herbert Baums an der Technischen Universität Berlin aus mehreren Gründen:

- An der Technischen Universität wird Antisemitismus erforscht.
- Die Widerstandsgruppe Baum bestand aus jungen Leuten: Fast alle sind nicht älter als 30 Jahre geworden.
- Baum selbst war Techniker, war von seinem Ausbildungsplatz vertriebener Beuth-Schüler; in der Judenabteilung bei Siemens mußte er Fronarbeit leisten.
- Baum und alle Mitglieder seiner Gruppe waren Juden. Der jüdische Widerstand findet sonst kaum Gedenken: Weder bei

uns noch in der DDR, wo der Antisemitismus des NS-Regimes ebenso verharmlost wird wie der jüdische Widerstand verschwiegen; man überzeuge sich beim Rundgang durch die Geschichtsausstellung im Zeughaus.

Und was kann dagegensprechen, dem Namensvorschlag des AstA zu folgen?

Daß Herbert Baum Kommunist war, also eine andere Vorstellung von einem künftigen Deutschland hatte als wir? Aber daß auch der großbürgerlich-adelige Widerstand Vorstellungen von einer staatlichen Ordnung hatte, die nicht unbedingt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes übereinstimmen, bleibt unbeachtet! Und dennoch wird seiner bei uns so intensiv gedacht, daß er geradezu zum Synonym für Widerstand gegen Hitler geworden ist - und damit anderen Widerstand aus dem Gedächtnis drängt: Sozialdemokratischen, jüdischen, kommunistischen.

Daß in unser Bild von den jüdischen Opfern nicht paßt, unter ihnen Menschen mit eigenen politischen Überzeugungen zu finden, die auch mit Waffen Widerstand leisteten?

Daß die Aktivität der Gruppe mit jenem Sprengstoffanschlag auf eine Propagandaausstellung beendet wurde? Stellt man sich denn den Widerstand gegen ein Terrorregime unbewaffnet, ohne Bomben, vor?

Daß in Berlin-Weissensee die frühere Lothringenstraße schon den Namen Herbert Baums trägt? Es muß doch gestattet sein, diesseits der Mauer wenigstens jüdischer Widerstandskämpfer zu gedenken, während Kurt Hager vom SED-Zentralkomitee schon Bismarck in das DDR-Geschichtsbild einordnet. Und vor allem jüdisch war der Widerstand der Gruppe Baum, nachdem die KPD Mitglieder jüdischer Abstammung aus ihren Widerstandsgruppen ferngehalten hatte: Es ging der Gruppe Baum vor allem um die Rettung Berliner Juden vor dem Konzentrationslager.

Im November d. J., sehr geehrter Herr Prof. Starnick, steht das Hauptgebäude der Technischen Universität ein Jahrhundert. Dieses Jubiläum könnte Anlaß der Namensgebung sein. Ich würde mich freuen, wenn der Vorschlag, das TU-Hauptgebäude nach Herbert Baum zu benennen, in den Gremien der Technischen Universität Berlin weitere Fürsprecher gewinnen würde.

Mit freundlichen Grüßen

An den
Präsidenten der Technischen Universität Berlin
Herrn
Prof. Dr. J. Starnick

KREISVORSTAND CHARLOTTENBURG
Hochschulgruppe TU

Sehr geehrter Herr Starnick,

die Entfernung des von Studenten am Hauptgebäude der TU angebrachten Schriftzuges "Herbert-Baum-Gebäude" löst bei der Studentenschaft nicht nur Empörung aus, sondern fordert zum Widerstand heraus. Es ist mehr als nur ein Skandal, daß Sie als Präsident dieser Hochschule das eigenmächtige Vorgehen der Verwaltung nachträglich mit formalen Argumenten decken. Hinter dieser Haltung verbirgt sich ein gefährliches politisches Selbstverständnis. Es steht in eklatanter Nähe zu einer Scheinneutralität der Wissenschaften und Verwaltungen gegenüber politischen Vorgängen. Sie hatte schon einmal in Deutschland furchtbare Folgen.

Herbert Baum ist Symbol für eine Geisteshaltung, die einer menschenverachtenden Politik nicht gleichgültig gegenübersteht, sondern zum entschiedenen Widerstand gegen undemokratische Zustände zwingt. Die Widerstandsgruppe Baum beschränkte sich nicht auf warnende Worte, sondern bewies durch zeichensetzende Taten ihren antifaschistischen Kampfeswillen. Herbert Baum und viele andere haben dieses konsequente Handeln mit dem Leben bezahlt.

Warum darf sein Name nicht am TU-Hauptgebäude stehen?

Warum ließen Sie dagegen die nachträglichen Ehrungen von geistigen und wissenschaftlichen Zuträgern des faschistischen Herrschaftssystems wie Konrad Zuse und Herbert Kölbl zu?

Es muß aufgeräumt werden mit der Legende einer Wertneutralität der Wissenschaften.

In dieser Woche haben 90 Hochschullehrer nachgewiesen, daß in einer Überlebensfrage der Menschheit das Engagement aller gefordert ist, auch außerhalb des üblichen Rahmens. Sie wiesen bei ihrer Aktion auch auf die historischen Parallelen zwischen 1933 und 1983/84 und die unabwiesbare Pflicht zum Widerstand hin.

Warum verweigerten Sie ausgerechnet an einem 30.1. den Professoren die Räume der TU für eine Darstellung ihrer Positionen - wieder mit formalen Argumenten?

Die unruhliche Geschichte der TU in den 30er Jahren und Anfang der 40er Jahre darf sich nicht wiederholen. Es ist an der Zeit, daß die TU ein klares Verhältnis gerade zu diesem Abschnitt ihrer Geschichte entwickelt. Die Reformuniversität ist seinerzeit mit dem Anspruch aufgetreten, den Muff von 1000 Jahren unter den Talaren herauszufegen. Dieser Anspruch ist noch nicht erfüllt.

Wir fordern Sie daher auf, die Initiative des AstA zur Benennung des TU-Hauptgebäudes in "Herbert-Baum-Gebäude" politisch zu unterstützen und Ihrer Verwaltung die Anweisung zu geben den Namenszug, der am Dienstag erneut angebracht wird, nicht wieder zu entfernen.

Herbert Gravius
(Herbert Gravius)

ABSCHRIFT

Betr.: Würdigung von Herbert Baum durch den AStA der TU

Sehr geehrter Herr Professor Starnick!

Aus der Presse haben wir von Ihrer Auseinandersetzung mit dem AStA über die Benennung des Hauptgebäudes nach Herbert Baum, dem bedeutendsten Namen der Berliner Jugend-Opposition gegen den Nationalsozialismus gehört. Als ehemalige Mitglieder der TU sind wir betroffen von der kalten Verachtung, mit der Ihre Verwaltung diese Würdigung "aus der Welt geschafft" hat.

Einig sind wir mit Ihnen sicher in der Auffassung, daß die letztendliche Entscheidung über solche Würdigungen und Namensgebungen bei den Selbstverwaltungsgremien der Universität liegen muß. Aber das ist hier nicht der Punkt. Die in der Presse geschilderte Aktion Ihrer Verwaltung ist nach unserem Eindruck nicht ein vorbereitender Schritt für eine breite Universitätsdiskussion über das Verhältnis der TU zu Herbert Baum, sondern sie wirkt wie ein Unterdrückungsversuch jeden Gedankens in diese Richtung. Spätestens an dieser Stelle müssen Sie sich als Präsident einschalten und eine breite Diskussion ermöglichen.

Unserer Auffassung nach haben die Studenten sehr instinktsicher einen Namen ausgewählt, mit dem ihr gesellschaftliches Selbstverständnis sich verbinden möchte. Mindestens drei Gründe sprechen dafür, diesem Wunsch der Studenten als ganze Universität zu folgen:

1. Herbert Baum ist eine herausragende Person aus dem Berliner Arbeiterwiderstand gegen Hitler, ein Bereich, der bisher nicht genügend gewürdigt wurde, weil er verdächtigt wurde, mit dem Stalinismus zu paktieren. Während unser Stadtteil voll von Leuschner-, Breitscheid-, Klausener- und Kayserstraßen und -plätzen ist, wurde die Würdigung des kommunistischen Widerstands zu einem Monopol der DDR. Mit den Studenten der TU sind wir der Auffassung, daß diese Aufspaltung in genehmen und nicht genehmen Widerstand ein Teil unserer Geschichte ist. Es würde der TU als ideologisch unverdächtig Institution gut anstehen, hier erste Türen aufzumachen.
2. Die Arbeit von Herbert Baum und seiner Gruppe sind der bedeutendste Widerstandsbeweis der jüdischen Bevölkerung in

Berlin. Allein dieser Zusammenhang ist es wert, hervorgehoben zu werden, weil er die jüdische Bevölkerung als selbstverständlichen und selbstbewußten Teilnehmer an der deutschen Geschichte zeigt. Die Würdigung jüdischen Widerstands und jüdischer Opfer hier in Berlin würde es uns leichter machen, unseren geschichtlichen Prosemitismus neben unserer aktuellen Abscheu vor den Libanonroberern verständlich zu machen.

3. Die TU Berlin hat in Sachen Faschismus nach wie vor eine Wiedergutmachungsschuld. Diese Schuld ist mit der nüchternen Offenlegung des TU-NS-Verhältnisses im Rahmen der TU-Ausstellung '81 nicht aus der Welt geschafft. Die Ehrung eines bedeutenden Widerstandskämpfers im Studentenalter könnte ein zweiter Schritt sein. Die Studenten verbinden mit ihrer Aktion selbstverständlich mehr als eine Geschichtsbild-Korrektur. Wenn wir es richtig verstanden haben, wollen sie den Widerstandswillen im Erfüllungsbereich "Ingenieur" generell und mit aktuellem Bezug stärken. Dieses Motiv müssen Sie in einer Zeit kontinentaler Umweltzerstörung und die Lebenssphäre der Erde bedrohender Kriegstechnologie bedingungslos unterstützen, wenn Sie mehr als der Präsident einer technischen "Hilfsschule" sein wollen.

Wir fordern Sie darum auf, die engagierte Aktion der Studenten zum Nutzen der Universität zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

F. Eichstädt-Bohlig - W. Eichstädt



Plakate
Brett des



**ASTa benennt TU-Hauptgebäude
nach jüdischem Studenten**

Studenten der Technischen Universität haben gestern dem Hauptgebäude der TU an der Straße des 17. Juni den Namen eines jüdischen Widerstandskämpfers aus der Zeit des Nationalsozialismus gegeben. In roten Lettern brachten sie über dem Haupteingang den Namen „Herbert-Baum-Gebäude“ an, im Foyer befestigten sie eine Holztafel mit einer Würdigung für Baum. Wie der ASTa erklärte, habe er sich bewußt einen Studenten und nicht einen renommierten Wissenschaftler für die Namensgebung ausgesucht, um deutlich zu machen, daß es auch unter den Studenten, die man nach 1933 im allgemeinen als Anhänger des Nationalsozialismus angesehen hatte, Widerstandskämpfer gegeben hat. Zum anderen habe man mit der Auswahl eines Juden dokumentieren wollen, daß auch die Juden die Verfolgung durch die Nationalsozialisten nicht widerstandslos hingenommen hätten. Der ASTa will in die Gremien der TU wie den Akademischen Senat und das Konzil den Antrag einbringen, das bisher namenlose Hauptgebäude offiziell nach Herbert Baum zu benennen.

Herbert Baum, der 1912 geboren wurde, gehörte in seiner Jugendzeit sowohl dem Kommunistischen Jugendverband als auch jüdischen und zionistischen Organisationen an. Er wurde 1935 von der Beuth-Schule (heutige Technische Fachhochschule in Wedding) vom Studium ausgeschlossen und 1942 in der Untersuchungshaftanstalt Moabit wegen aktiven Widerstandes gegen die Nationalsozialisten gefoltert und umgebracht. (Tsp)

aus: Der Tagesspiegel
31.1.84



Plakate mit Informationen über den antifaschistischen Widerstandskämpfer Herbert Baum am Brett des ASTA der TU
Foto: DW-Henschel

TU-Berlin und Herbert Baum

Kein Gerangel um Buchstaben

Berlin (taz). Welche Angst handelt da, wenn im Morgengrauen der Name Herbert Baums vom Hauptgebäude der Technischen Universität (TU) entfernt wird? fragten gestern Studenten dieser TU auf einer Pressekonferenz, bevor sie diesen Namen wieder anbrachten. Fritz Teppich, bekannter Berliner Jude und Friedensaktivist, kündigte an, daß prominente Juden diese Buchstaben wieder an das Portal heften würden - falls das ein drittes Mal nötig sein würde.

„Sie können hier nicht nur die technische Seite Ihres Wesens mitbringen und das übrige Ihrer Persönlichkeit draußen lassen oder mit Hut und Mantel an den Haken hängen“. So begrüßt nicht der Präsident der TU Berlin neuankommende Studenten, so sprach 1946 der britische General E.P. Nares bei der Wiedereröffnung der alten Technischen Hochschule, die seitdem Technische Universität heißt. Die Straße, an der das imposante Hauptgebäude steht, ist nach dem 17. Juni 1953 benannt. Das Gebäude selbst war namenlos, jedenfalls bis zum 30. Januar 1984.

Der Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme war in diesem Jahr zugleich „Widerstandstag“ gegen die Nachrüstung. Den nutzen die Studenten dazu, die Universität auf ihre Traditionen hin zu befragen.

Die Karrieren zweier gutbeleideter TH-Professoren, die im Nationalsozialismus ganz „unpolitisch“ ihrer Arbeit nachgingen und nach dem Krieg ebenso unpolitisch an der gleichen Universität in Amt und Würden blieben, stellten die Studenten einer Diskussion mit ihren Professoren voran. Es sollte um „Wissenschaft im Spannungsfeld von Krieg und Frieden gehen“. Die Diskussion kam nicht zustande. Ein Raumverbot des Präsidenten für die streikenden Hochschullehrer verhinderte die inhaltliche Diskussion.

Am Morgen hatten die Studenten dem Hauptgebäude einen Namen gegeben: Herbert-Baum-Gebäude. „Ja, ja, das haben sie sehr geschickt gemacht mit diesem Herbert Baum“, hörten die Studenten von ihrem Präsidenten, Jürgen Starnick, nachdem auf seine Veranlassung hin die Buchstaben über dem Portal und eine Gedächtnis-Tafel im Foyer schon wieder entfernt

worden waren. Erst die leuchtend roten Buchstaben, dann auch die Tafel. „Formal einwandfrei“ fand Starnick diese Aktion. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Jürgen Dittberner, ging weiter. Er sah in der eigenmächtigen Namensgebung über alle Gremien hinweg einen Akt von „politischem Vandalismus“. Der Professor der Politologie an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege bewies schlechte Kenntnis der jüngeren Geschichte, als er Herbert Baum als „unbekanntes angeblichen Widerstandskämpfer“ abqualifizierte. Starnick verhielt sich angesichts dieses ungeliebten Namenspatrons für „seine“ Universität so geschickt, wie er es den Studenten unterstellte:

Er beauftragte zwei Historiker mit der „Prüfung“ der Figur Herbert Baum. Erst dann werde man sich überlegen, ob man der TU einen Namen und möglicherweise auch diesen geben solle. Ungeschickt war er in der Wahl der Gutachter. Der eine war gar nicht in der Stadt, der andere erfuhr erst aus der Presse von seiner ehrenvollen Aufgabe.

Der FDP-Abgeordnete Dittberner hat sich inzwischen „aufklären“ lassen und bezeichnet seinen Spruch vom „unbekanntes angeblichen Widerstandskämpfer“ Baum selbstkritisch als „echte Bildungslücke“.

Die Studenten haben an den Reaktionen

auf ihre Aktion gemerkt, an welchem wunden Punkt sie mit ausgerechnet diesem Namen gerührt haben.

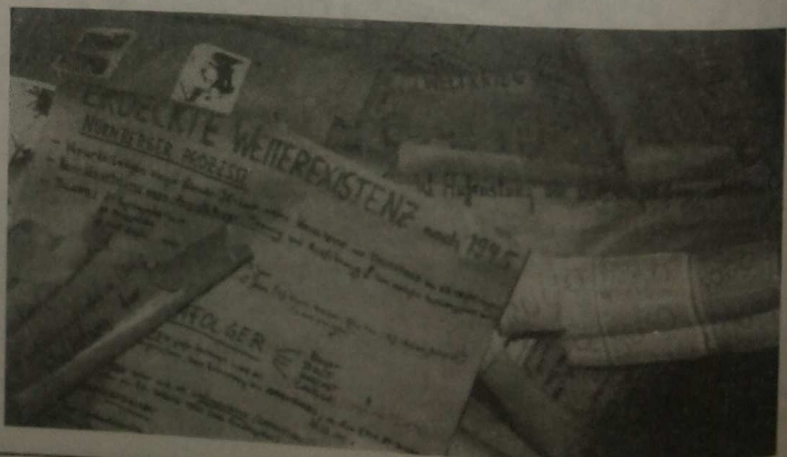
Wer war Herbert Baum? Historikern gibt er den Namen für die jüdische Widerstandsgruppe Baum, die 1942 einen Anschlag auf die Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ unternahm. 11 Menschen wurden dabei verletzt. Herbert Baum wurde zu Tode gefoltert. Als „Vergeltung“ auf den Anschlag ließ Eichmann 250 Juden in Lager deportieren und 250 erschießen.

Herbert Baum, den jungen jüdischen Sozialisten, den Ingenieurstudenten, der „das übrige seiner Persönlichkeit“ nicht an der Garderobe abgeben konnte, überläßt man heute der DDR. Stolz feiert man einen Professor Kölbl, der als „wertfrei“ denkender Wissenschaftler an der Kohleverflüssigung arbeitete - ein den Nazis sehr interessantes Wissen. 1983 noch feierte die TU seinen 75. Geburtstag mit einem Festkolloquium.

General Nares gab 1946 der Technischen Universität den Auftrag, „zu beweisen, daß deutsche Wissenschaft und Technik in den Dienst kultureller und aufbauender Friedensziele gestellt werden kann“.

Und, so vergaß er nicht zu erwähnen, wenn sie dieser Chance zum demokratischen Neuanfang nicht nachkäme, könnte die Besatzungsmacht die Universität auch wieder schließen. *Mechthild Küpper*

aus: TAZ 8.2.84



Neuer Name für TU-Hauptgebäude?

ASTA will jüdischen Widerstandskämpfer Baum ehren / Präsident Starnick lehnt ab

Es sei bedauerlich, daß der Name Herbert Baums in die politische Auseinandersetzung geraten ist. So kommentierte der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, gestern den Streit an der Technischen Universität über eine Ehrung des jüdischen Widerstandskämpfers gegen den Faschismus. Dort brachte der ASTA (Allgemeiner Studentenausschuß) der Hochschule gestern den Namen Herbert Baums in großen roten Lettern am Hauptgebäude der Universität in der Straße des 17. Juni an. Bereits vor einer Woche war eine erste „Umbenennung“ des Gebäudes nämlich von der Verwaltung der Hochschule entfernt worden.

Herbert Baum war zugleich Kommunist und jüdischer Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur. Bis 1935 studierte er an der Beuth-Schule, der heutigen Technischen Fachhochschule (TFH), Elektroingenieurswesen. Dann wurde Baum wegen seiner jüdischen Herkunft relegiert.

Seit 1940 mußte Herbert Baum bei der sogenannten „Judenabteilung“ in den Siemens-Werken Zwangsarbeit leisten. Dort baute er eine Widerstandsgruppe auf, in der mehr als 30 junge jüdische Menschen vereint waren.

Am 18. Mai 1942 verübte die Gruppe einen Brandanschlag auf die nazistische Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ im Lustgarten. Dabei wurden auch elf Personen verletzt. In der Ausstellung sollte das „bolschewistische Untermenschentum“, so der Sprachgebrauch der Nazis, dargestellt werden.

Schon kurze Zeit nach dem Anschlag, der als Fanal gedacht war, verhaftete die Gestapo alle Mitglieder der Gruppe. Mit einer Ausnahme wurden die Festgenommenen später in der Hinrichtungsstätte Plötzensee ermordet. Herbert Baum starb nach Folterungen noch vor dem Prozeß gegen die Gruppe am 11. Juni 1942 in der Untersuchungsanstalt Moabit im Alter von 30 Jahren. Als Rache für den Brandanschlag

ließen die Nazis in Lichterfelde, auf dem Gelände der heutigen Andrews-Baracks, 250 Juden erschießen.

Der ASTA der TU hat nun gestern erneut das Hauptgebäude der Hochschule nach Herbert Baum „umbenannt“. Neben den roten Lettern über dem Eingang wurde über den Fahrstühlen eine Gedenktafel aus Holz angebracht. An dieser Aktion nahmen etwa 150 Studenten teil.

Den üblichen Instanzenweg über die Gremien der TU, der für eine Namensgebung einzuleiten wäre, wollte der ASTA bewußt nicht gehen, weil gegenüber der Studentenschaft „Aufklärung“ nötig sei und in den Apparaten der Universität eine „arrogante Technikerhaltung“ vorherrsche. Durch die „Umbenennung“ solle auf die Verantwortung der Wissenschaften hingewiesen und der Schleier des Vergessens an der TU aufgerissen werden. An der früheren Technischen Hochschule Charlottenburg hatte der Nationalsozialismus schon früh eine Hochburg. In der Wehrforschung war oft unkritisch für die Kriegsziele Hitlers gearbeitet worden.

Heinz Galinski sprach sich inzwischen dafür aus, daß TU-Präsident Jürgen Starnick sich mit den Studenten des ASTA an einen Tisch setzen solle, um die Affäre einvernehmlich zu schlichten. Von TU-Selte war gestern zu hören, daß Buchstaben und Tafel, wie vor einer Woche, wieder entfernt würden.

Dies hatte in der vergangenen Woche bereits der FDP-Hochschulsprecher, Prof. Jürgen Dittberner, gefordert. Er sprach dabei von einem „unbekannten angeblichen Widerstandskämpfer“. Galinski hat indessen gegen eine einseitige Vereinsnahme Herbert Baums Stellung bezogen. In der DDR beispielsweise werde zwar der Kommunist durch Straßennamen und ähnliches geehrt, von seiner jüdischen Identität dagegen sei nicht die Rede. Dagegen erklärt Galinski: „Herbert Baum war ein jüdischer Widerstandskämpfer.“

Der im Umkreis der CDU stehende Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) verteilte gestern vor dem Hauptgebäude Flugblätter gegen die „Umbenennung“ des Hauses. Er stellte dabei Herbert Baum als Anhänger Stalins heraus, ohne auch nur mit einem einzigen Wort auf dessen jüdische Herkunft hinzuweisen.

PAUL F. DUWE

aus: Volksblatt Berlin 8.2.84

Kommentar

Vorbilder

Man nehme einen deutschen Juden. Er muß den inneren Frieden dieses Landes gestört haben, möglichst von links her. Und dann braucht man nur noch zu verlangen, diesen Namen öffentlich zu ehren und eine deutsche Institution nach ihm zu nennen. Fertig ist der Eklat. Egal, ob der Jude Heinrich Heine heißt oder Herbert Baum.

Schon fallen die verschiedensten Menschen in öffentlichen Ämtern über ihre Füße vor Entrüstung, sie überschlagen sich bei der Nennung von alternativen Namenspatronen, spulen sich ohne Ende auf über die „Eigenmächtigkeit“ der Leute, die einen solchen Namen ins Gespräch gebracht haben. Dittberner (FDP): Illegal die Aktion des ASTA der TU, der nach Herbert Baum das Hauptgebäude nennen wollte, „demnächst fällt der Notgemeinschaft was ein“ TU-Präsident Starnick: „Rechtswidrige“ Aktion, es sei „dieser Name jetzt durch die Aktion des ASTA belastet“. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten: „Herbert Baum bekämpfte ein zutiefst menschenverachtendes System, um ein nicht weniger menschenverachtendes zu errichten.“ Man bemerke die Logik: „um-zu“, und dann noch „errichten“.

Als an der Freien Universität ein Gebäude nach Henry Ford benannt wurde, prasselten nicht die Einwände und Gegenvorschläge. Keiner von denen, die nun auf den angemessenen, demokratischen Entscheidungsfindungen beharren, die dem ASTA „Zynismus“, „Aktivismus-Sucht“, „politischen Vandalismus“ oder „einkugelige Propaganda“ vorwerfen, hat sich profiliert, als es darum ging, Carl von Ossietzky oder Kurt Tucholsky in dieser Stadt zu ehren.

Es ist bestürzend zu beobachten, wie sich die „Gemeinschaft aller Demokraten“ über Juden hermacht, wenn es darum geht, sie als Opfer zu bemitleiden, dafür sind sie hier immer gut gewesen. Wehe aber denen, die sich herausnehmen, den einen oder anderen als Vorbild vorzuschlagen, dann schlägt das demokratische Gewissen plötzlich nur noch im bürokratischen Takt. Daß Menschen wie Heine und Herbert Baum auch heute noch Angst und Schrecken auslösen, Furcht vor der Störung des inneren Friedens, beweist nur eins: daß sie hier dringend gebraucht werden, diese Störenfriede.

Mechthild Köpper

aus: TAZ 9.2.84

AStA-Namensgebung im TU-Senat

Starnick gegen Aktion aber für Diskussion über TH im NS-Staat

Den vom Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) erneut angebrachten Namenszug des einstigen Beuth-Studenten und Widerstandskämpfers Herbert Baum an der Fassade des TU-Hauptgebäudes will Präsident Starnick in den nächsten Tagen entfernen lassen. Die Kosten dafür sollen dem AStA in Rechnung gestellt werden. Nach eigener Aussage hat er auf den Einsatz staatlicher Gewalt verzichtet, damit der Name Baums nicht „noch tiefer in das tagespolitische Geschehen hineingezogen wird“.

Auf der gestrigen Sitzung des Akademischen Senats ging Starnick noch einmal auf die Kontroverse um die eigenhändige Benennung des Hauptgebäudes durch den AStA ein. Dessen Haltung nannte der Präsident „erschreckend undemokratisch“, da sie gegen alle hochschulpolitischen Regeln verstoße. Die Namensgebung müsse das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses, nicht aber „vorweggenommene Aktion“ sein.

Gleichzeitig unterstrich der TU-Präsident jedoch die Notwendigkeit, sich mit der Geschichte der Hochschule in den 30er Jahren zu befassen, da sie zu jener Zeit unumstritten eine Hochburg des nationalsozialistischen Studentenbundes gewesen sei. Für eine Benennung des Gebäudes kämen noch andere Bezeichnungen als der durch die Aktion des AStA „belastete“ Name Baums in Frage. Starnick erwähnte in diesem Zusammenhang den einstigen Lehrstuhlinhaber für Werkzeugmaschinen und Fabrikanlagen, Professor Schlesinger, der 1933 aus Deutschland emigrieren mußte, und den Rektor der Hochschule zwischen 1930 und 1932, Professor Krencker, der gegen den nationalsozialistischen Studentenbund gekämpft hatte.

Auf der gestrigen Sitzung kam es zu einem Disput zwischen Professor Poser vom Mitte-konservativen-Flügel und Professor Schade von der linken Reformfraktion im Akademischen Senat. Poser nannte das Anbringen der Buchstaben eine „Beschädigung des Gebäudes, das uns allen zur Verfügung steht“. Auf Posers Hinweis, daß Baum eine Brandbombe gebaut habe, entgegnete Schade, daß er „lassungslos vor dieser Aussage“ stehe. Natürlich hätten Widerstandskämpfer Bomben gebaut.

Gleichzeitig kritisierte Schade, daß von Unbekannten das Bild des ehemaligen Rektors der TU, Professor Kölbl, aus dem Großen Sitzungssaal entfernt worden ist. Kölbl, Rektor

von 1961 bis 1963, wird in einem vom AStA verteilten Papier als „Helferling“ der Nationalsozialisten bezeichnet. In einem anderen Papier wird Konrad Zuse, Erfinder des ersten Computers, „opportunistisches Verhalten und Anbiederungsversuche an die Faschisten“ vorgeworfen. Eine Bronzetafel, die ihm zu Ehren im Hauptgebäude hängt, wollten Unbekannte ebenfalls entfernen, konnten jedoch die Tafel nicht aus der Verankerung lösen.

Gestern hat der TU-Senat auch beschlossen, die Kandidaten für die Wahl des Präsidenten und ersten Vizepräsidenten am 9. Mai zu nominieren. Die Wahl im Konzil findet, wie berichtet, im Sommersemester statt. D. H.

aus: Der Tagesspiegel 9.2.84

Starnick will Schriftzug entfernen lassen

TU-AStA soll Kosten tragen

(DW/dpa). Der Präsident der Technischen Universität hat am Mittwoch erneut die Aktion des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) diffamiert, der - wie berichtet - am Hauptgebäude der Hochschule den Namen des Widerstandskämpfers Baum angebracht hatte. Er ging soweit, die Aktion als „erschreckend undemokratisch“ und als „zynisch“ zu bezeichnen.

Die AStA-Aktion sei einer „kleinen Gruppe von Studenten“ zuzuschreiben. Die Namensgebung sei aber Angelegenheit der gesamten Universität. Erst durch die Aktionen der Studenten überhaupt aufmerksam gemacht, versucht Starnick nun krampfhaft, andere Namen ins Spiel zu bringen: Es müsse - so Starnick - ein Name gefunden werden, der

„möglichst breit getragen“ werde. Wie Starnick mitteilte, habe er Anweisung gegeben, den Schriftzug „Herbert-Baum-Gebäude“ in den nächsten Tagen wieder entfernen zu lassen. Die Kosten dafür will er obendrein dem AStA in Rechnung stellen. Auf einen Polizeieinsatz habe er lediglich deshalb verzichtet, um zu verhindern, daß „der Name Baums noch tiefer in das tagespolitische Geschehen hineingezogen“ wird. Auch der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hatte bereits am Vortage in Flugblättern gegen die Benennung des TU-Hauptgebäudes polemisiert, während demgegenüber zahlreiche antifaschistische Organisationen das Studentenanliegen unterstützten.

aus: Die Wahrheit 9.2.84

Der Name Herbert Baum

Der Gemeindevorsitzende berichtete weiterhin über seine Vermittlung in den Auseinandersetzungen an der Technischen Universität infolge der eigenmächtigen Benennung eines TU-Gebäudes durch den AStA (Allgemeinen Studentenausschuss). Die Studenten hatten, ohne den üblichen Verwaltungsweg zu beschreiten, das Gebäude nach dem jüdischen Widerstandskämpfer Herbert Baum benannt. In den Gesprächen, die der Gemeindevorsitzende mit dem TU-Präsidenten und dem AStA führte, betonte Galinski, der Name Baums dürfe in der politischen Auseinandersetzung keinen Schaden nehmen. Nicht seine politische Herkunft, sondern seine Tat sei von Bedeutung. Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Unrechtssystem sei die Angelegenheit aller gewesen, ganz gleich, ob es sich dabei um Sozialisten, Kommunisten, Christen oder Demokraten gehandelt habe, sagte Galinski. Herbert Baum war Mitglied der Jüdischen Gemeinde Berlins.

Auszug aus dem Artikel:

Die Repräsentanten tagten / Von Ulrich Zelle
aus: Allgemeine jüdische Wochenzeitung

9.3.84, S. 13

Auszug aus dem Artikel:

Kanzlerreise zur Diskussion gestellt /
Von Ulrich Zelle

aus: Allgemeine jüdische Wochenzeitung

16.3.84, S. 9

Auch Heinz Galinski hat sich in die Diskussion um die von Studenten der Technischen Universität eigenmächtig vorgenommene Umbenennung des TU-Hauptgebäudes nach dem jüdischen Widerstandskämpfer Herbert Baum eingeschaltet und in diesem Zusammenhang vermittelnde Gespräche, u. a. mit dem TU-Präsidenten geführt. Für die Studenten, so war an der TU zu erfahren, sei die Umbenennung eine demonstrative Konsequenz, die sich aus der Tatsache ableite, daß TU-Gremien und Wissenschaftler das Naziregime gestützt hätten.

Inzwischen entwickelten sich politische wie polemische Kontroversen um die Person Herbert Baums, der Mitglied der Jüdischen Gemeinde Berlins war und von den Nazis zusammen mit anderen Streikern seiner Gruppe ermordet wurde.

In seiner Stellungnahme in „Schalom“ äußerte Heinz Galinski die Befürchtung, der Name Herbert Baum nehme in dieser Diskussion, so wie sie zur Zeit geführt wird, sichtlich Schaden. Das gelte es zu verhindern. In die formelle Problematik der Umbenennung wolle und könne er, Galinski, sich nicht einschalten, dies sei Sache der TU und des Senats. Galinski wehrte sich jedoch gegen die „Benutzung des Namens Herbert Baum“ von verschiedenen politischen Seiten. Für den Gemeindevorsitzenden sei es völlig unerheblich, welche politische Richtung der Widerstand gehabt habe, ob kommunistisch, sozialistisch, christlich oder demokratisch, entscheidend bleibe die tapfere Tat des Widerstands, meinte Galinski. Er wandte sich zwischenzeitlich an den TU-Präsidenten mit der Bitte, gemeinsam mit den Studenten nach einer Lösung zu suchen, die allen Seiten gerecht wird und bei der vor allem der Name Herbert Baum die Würdigung erlangt, die er verdient. „Es ist schon genug Porzellan in dieser Angelegenheit zerschlagen worden“, sagte Galinski, „ich wehre mich hier in aller Deutlichkeit gegen alle Versuche, Herbert Baum als einen Anhänger des Totalitarismus abzustempeln.“ Diese Behauptung war kürzlich in einem Flugblatt aufgestellt worden.

Der Gemeindevorsitzende machte sich schließlich für die Aktion der Studenten stark, indem er sagte: „Ich billige den Studenten ein gewisses Maß an Recht zu, daß sie sich gerade für den Namen Herbert Baum entschieden haben.“

Mittwoch 16.5.84 ● tuz

Hochschule 3

In den vergangenen Monaten kam es wegen der Aktionen der Studenten, das Hauptgebäude der TU Berlin in ein „Herbert-Baum-Gebäude“ umzubenennen, zu heftigen Kontroversen.

Herbert Baum gehörte während des Dritten Reiches einer jüdischen Widerstandsbewegung an. Mit der Auswahl dieses Mannes und der Namensgebung des Hauptgebäudes wollten die Studenten daran erinnern, daß es während des Dritten Reiches einen jüdischen Widerstand gegeben hat, der bislang noch unzureichend bekannt ist, nach Meinung der Studenten auch an der Technischen Universität Berlin.

Die Aktion der Studenten stieß nicht überall auf positive Resonanz. Zustimmung und Ablehnung artikulierten sich quer durch die politischen Fraktionen. Öffentlich hörte man vor allem die folgenden Gründe: Ablehnung der eigenmächtigen Vorgehensweise der Studenten. Diese Gruppierung ist nicht generell gegen eine Namensgebung, möchte aber an diesem Prozeß eine breitere Basis der Universität beteiligt sehen. Einige andere lehnten mehr aus inhaltlichen Gründen diese Namensgebung ab: Her-

bert Baum war während des Dritten Reiches an einer Protestaktion beteiligt (Bombenattentat), bei der andere Menschen ums Leben kamen. Dieser Gewaltakt, der fremdes Menschenleben nicht respektierte, ist der Hauptgrund für die Zurückweisung dieses Mannes.

Ein weiteres Argument gegen die Namensgebung ist, daß Herbert Baum durch die Studenten auf eine unzulässige Art und Weise für ihre politische Position instrumentalisiert wird.

Auf Initiative des Präsidenten, der grundsätzlich eine Namensgebung des Hauptgebäudes befürwortet, die Entscheidung darüber, nach welcher Person es benannt werden soll aber auf eine breitere demokratische Basis stellen möchte, hat sich der Ehreणाusschuß des Akademischen Senats mit den kontroversen Standpunkten befasst: Namensgebung ja oder nein, wenn ja, welcher Name.

Wir möchten an dieser Stelle Gelegenheit zu einer breiteren öffentlichen Debatte bieten.

Rainer Thiem berichtet zunächst über positive Stimmen.

TU-Kontrovers

Herbert-Baum-Gebäude

Pünktlich zum Semesterbeginn haben die TU-Studenten wieder auf ihr Anliegen, das TU-Hauptgebäude nach Herbert Baum zu benennen, plakativ aufmerksam gemacht. Herbert Baum gehörte im Dritten Reich zu einer jüdischen Widerstandsgruppe. Zusammen mit anderen wurde er 1942 hingerichtet.

Schon von weitem lassen sich die Lettern „Für uns Studenten und Studentinnen heißt das Gebäude weiterhin Herbert-Baum-Gebäude“ hinter den Fenstern der Hauptfassade gut erkennen. Wegen ihres Vorgehens erteten die Studenten heftige Vorwürfe von Mitgliedern der TU, von Vertretern der CDU und der FDP. Doch sind sich die Studenten auch der Unterstützung anderer Personen gewiß. Abgeordnete der SPD und der AL, ehemalige TUMitglieder, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und viele Bürger haben Verständnis und Sympathie für die Namensgebung ausgedrückt.

So billigte z.B. der jüdische Gemeindevorsitzende, Galinski, „den Studenten ein gewisses Maß an Recht zu, daß sie sich gerade für den Namen Herbert Baum entschieden haben“. Auch der SPD-Abgeordnete Dr. Meisner hat sich für eine Ehrung Herbert Baums an der TU Berlin ausgesprochen. Er regte in einem Brief an den TU-Präsidenten an, das 100-jährige Jubiläum des Hauptgebäudes im November des Jahres mit der Namensgebung zu verbinden.

Unzweifelhaft gehörte die Herbert-Baum-Gruppe bis zur Hinrichtung ihrer aktivsten Mitglieder im Jahre 1942 zu den wichtigsten jugendlichen jüdischen Widerstandsgruppen. Die Mehrheit der Mitglieder der Gruppe (Kommunisten, linke Zionisten, Parteilose) war im Elektro-Maschinen-Betrieb von Siemens beschäftigt. Hier arbeiteten mit dem gelben Stern auf der Brust annähernd 1 000 Menschen in der Rüstungsindustrie.

Die Gruppe konnte in diesem Betrieb, auch bei Borsig und in der Veltener Maschinenfabrik zahlreiche aktive Widerstandsmitglieder werben, die bereit waren, sich an einer antifaschistischen Tätigkeit zu beteiligen.

50 Jahre nach der totalitären Flut und grenzenlosen Barbarei sind die Informationsdefizite über den jüdischen Widerstand in Deutschland immer noch sehr groß. Mit einer demnächst erscheinenden Broschüre will der TU-AStA die Defizite abbauen helfen und eine konstruktive Diskussion an der TU über die Namensgebung ermöglichen.

Auch im TU-Ehrenausschuß wurde inzwischen über das Anliegen der Studenten diskutiert. Eine Entscheidung steht noch aus. Wie sagte einst Hanna Arendt: „Unter den Bedingungen des Terrors fügen sich die meisten Menschen - einige aber nicht.“

Ist es nicht faszinierend, an der Straße des 17. Juni Personen zu ehren, die gegen den Strom zur Quelle schwammen? (rat)

Ihr Glaube war stärker als die Angst

Jüdischer Widerstand gegen den

Nationalsozialismus / Von Bodo Hager

Dokumente und Zeugnisse über den jüdischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus sind selten, da es nach dem Zweiten Weltkrieg kaum noch Überlebende gibt, die diesen Widerstand praktiziert haben. Nicht nur die Kämpfer wurden ermordet, sondern auch ihre Familien wurden in Auschwitz, Treblinka und anderen Vernichtungslagern vergast.

Die deutschen Juden sahen sich 1933 vor einer doppelten Aufgabenstellung, die jüdische Gemeinde und Kultur, die — wie es damals schien — auf lange Zeit in Deutschland fortexistieren würde, vor der Atomisierung, der Vereinzelung und damit vor dem moralischen Zusammenbruch zu bewahren; unter dem Ansturm der Diffamierung und Diskriminierung jüdische Würde hochzuhalten; und Hand in Hand gegen die unmenschlichen Pläne der Nationalsozialisten anzukämpfen. Dies geschah nicht nur in der systematischen, planmäßigen, organisierten Auswanderung aus Deutschland, sondern auch in der Unterrichtung, Sprachschulung und Berufsbildung der Jugend. Daneben wurde aber auch der geistige und politische Widerstand gegen die Nationalsozialisten in Deutschland selbst organisiert.

Zwei Menschen insbesondere gaben jenem bitteren Ringen Ausdruck: Leo Baeck und Martin Buber, damals in Deutschland lebend, warnten im Juni 1933 davor, „auf die Aktivität, die uns umgibt, mit einem völkischen Bild zu antworten: Das jüdische Bildungsziel kann keines der völkischen sein“. Baeck und Buber stellten sich zur

Aufgabe, Hitlers Bestreben und Willen zur Zermürbung des Judentums in Deutschland entgegenzutreten und insbesondere der Jugend einen unerschütterlichen Halt zu geben.

Der größte Teil der deutschen Juden, die aktiv in der Widerstandsbewegung tätig waren, haben sich in linksgerichteten Organisationen und Gruppen betätigt. Die meisten und zum Teil nur unvollständigen Dokumente über diese Betätigung befinden sich in Archiven in Ost-Berlin und im Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris. Über die Anzahl der aktiven jüdischen Widerstandskämpfer in Deutschland gibt es nur Annäherungszahlen. Lucien Steinberg, ehemaliger Mitarbeiter des Centre de Documentation Juive in Paris nennt in seinen wissenschaftlichen Arbeiten die Zahl von etwa 1000 Personen. Im Vergleich zu anderen Ländern, so zu Frankreich oder Italien, war diese Zahl sicherlich klein, zumal wenn man sie der Zahl jener, die in Konzentrationslager deportiert wurden, gegenüberstellt. Aber sicherlich war auch die Unterstützung des jüdischen Widerstandes gegen die Nationalsozialisten in Deutschland durch die übrige Bevölkerung sehr gering.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß Tausende von deutschen Juden in den Reihen der Partisanen in Frankreich, Belgien, Jugoslawien, Griechenland, Italien, Albanien und der Sowjetunion sowie insbesondere in baltischen Ländern im aktiven Widerstand standen.

Bedeutung der Jugendverbände

Das Naziregime ließ bereits Ende 1933 seine Stellung zu den jüdischen Jugendbewegungen deutlich werden. Schon in den ersten Monaten der Herrschaft der Nazis wurde jede Jugendbewegung verpflichtet, sich bei der „Reichsjugendführung“ einzutragen. Da sich daraufhin fast hundert jüdische Jugendbewegungen und Vereine meldeten, verlangte die „Reichsjugendführung“ die Schaffung eines einheitlichen Verwaltungsrahmens, der alle jüdischen Jugendorganisationen vertreten sollte. Natürlich waren die jüdischen Jugendbewegungen, gleich den Verbänden jüdischer Erwachsener in Deutschland, verschiedenen Beschränkungen unterworfen. So wurde ihnen Ende 1934 „geschlossenes Marschieren sowie Ausflüge in geschlossenen Gruppen, das Tragen von Uniformen und geländesportliche Übungen“ verboten. Auch durften sie nicht in Gruppen übernachten, Druck-

sachen verbreiten und Jugendclubs errichten.

Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die politischen Aktivitäten des Ring-Bundes Deutsch-Jüdischer Jugend und die Jugendorganisation „Schwarzer Haufen“, die insbesondere in Berlin und Umgebung in Betriebszellen der KPD sowie in Wohngruppen im Stadtteil Wedding und in der Schönhauser Allee einen aktiven Widerstand organisierten.

Eine der wichtigsten jugendlichen jüdischen Widerstandsgruppen war in der Zeit von 1939 bis 1942 die Herbert-Baum-Gruppe in Berlin, die sich aus drei Einzelgruppen zusammensetzte: Kommunisten, Linke Zionisten, Werkleute und auch Parteilose. Sie kamen aus ihren aufgelösten Jugendorganisationen. Als Hitler an die Macht kam, war die Mehrzahl der Mitglieder der Gruppe 11 bis 14 Jahre alt. Von den 32 Personen, die zum Aktiv dieser Widerstandsgruppe gehörten, waren 1939 nur vier von ihnen älter als 19 Jahre. Die Mehrzahl der Herbert-Baum-Gruppe war im Elektro-Maschinenbetrieb von Siemens beschäftigt. Hier arbeiteten — mit dem gelben Stern auf der Brust — annähernd 1000 Menschen in der Rüstungsindustrie.

Die Gruppe warb in diesem Betrieb, aber auch bei Borsig und in der Veltener Maschinenfabrik zahlreiche aktive Widerstandsmitglieder, die sich an einer antifaschistischen Tätigkeit beteiligten.

Der aktive Widerstand entwickelte sich im wesentlichen in fünf Richtungen:

- Ideologische und politische Schulung,
- Herstellung und Verbreitung politischer Literatur und von Flugblättern,
- Solidaritätsaktionen und Versuche, der Deportation zu entgehen,
- Anknüpfen von Beziehungen zur deutschen Widerstandsbewegung,
- Tätigkeit unter den ausländischen Zwangsarbeitern, um diese für den Widerstandskampf zu gewinnen.

Die Gruppe „Prenzlauer Berg“ der KPD in Berlin, die im Jahre 1936 verraten wurde, enthielt in ihren Reihen acht jüdische Mitglieder (insgesamt waren es 150 Personen). Der Leiter der Gruppe „Schöneberg“, ebenfalls in Berlin, die etwas später verraten und liquidiert wurde, war der bekannte jüdische Musikwissenschaftler Dr. Rudolf Israelski. Noch im April 1937 fand sogar ein getarnter „Walzer- und Operetten-Abend“ im Saalbau Friedrichshain statt. Vorträge über politische Veränderungen jener Zeit wurden regelmäßig gehalten und schriftliches Material ist verbreitet worden.

Der jüdische Friedhof in Berlin-Weißensee blieb bis Kriegsende erhalten. Merkwürdigerweise hat die Gestapo nie etwas gegen den Friedhof in Berlin unternommen. In anderen Orten, insbesondere in Polen und dem Baltikum wurden alle jüdischen Grabsteine entfernt. Die Grabsteine des jüdischen Friedhofs in Lemberg wurden sogar für den Bau einer Rollbahn verwendet.

Die in Berlin verbliebenen und illegal lebenden Juden hatten sich in Berlin-Weißensee regelmäßig versammelt und auf dem jüdischen Friedhof gebetet. Diese Juden hatten entweder überhaupt keine Papiere oder „arische“. Wenn man sie erwischte, waren sie einem sicheren Tod ausgesetzt. Trotzdem war ihr Glaube stärker als ihre Angst.

Diese Ausführungen sind unvollständig und werden es wohl immer bleiben. Gewisse Lücken muß man auch der Tatsache zuschreiben, daß fast sämtliche jüdischen Historiker deutscher Abstammung, die vor 1939 Deutschland verlassen konnten, sich nicht mit diesem Thema befassen wollten und konnten. Dennoch bedarf es einer größeren Information über den geleisteten jüdischen Widerstand in Deutschland, da diese Fragestellung auf dem Hintergrund des Massenmordes in den Vernichtungslagern eine ehrerbietende Antwort und Würdigung der Opfer auch noch ein halbes Jahrhundert nach Beginn der Ära des Nationalsozialismus bedarf.

Artik
(Nr.
von E

Unsere Widerstandskämpfer (II) Gruppe Herbert Baum

Wir brachten vor einiger Zeit einen Bericht über die jüdischen Widerstandskämpfer im Konzentrationslager Auschwitz und betonten dabei, daß auch außerhalb der Lager Juden aktiv am Kampf gegen das Naziregime teilgenommen haben. Ein Beispiel des opferbereiten Einsatzes gibt die Schilderung der Geschehnisse um den Brand in der Ausstellung „Sowjetparadies“, der von der Gruppe Baum ins Werk gesetzt wurde.

- Herbert Baum, 28 Jahre, angebl. Selbstmord i. Untersuchungshaft
Marianne Baum, 28 Jahre, hingerichtet 18. 8. 1942
Sala Kochmann, 29 Jahre, hingerichtet 18. 8. 1942
Gerd Meyer, 23 Jahre, hingerichtet 18. 8. 1942
Heinz Joachim, 20 Jahre, hingerichtet 18. 8. 1942
Susanne Wesse, 28 Jahre, hingerichtet 18. 8. 1942
Irene Walter, 24 Jahre, hingerichtet 18. 8. 1942
Hanni Meyer, 21 Jahre, hingerichtet 5. 3. 1943
Marianne Joachim, 20 Jahre, hingerichtet 5. 3. 1943
Heinz Rotholz, 18 Jahre, hingerichtet 5. 3. 1943
Heinz Birnbaum, 23 Jahre, hingerichtet 5. 3. 1943
Hella Hirsch, 23 Jahre, hingerichtet 5. 3. 1943
Felix Heymann, 24 Jahre, hingerichtet September 1943
Martin Kochmann, 29 Jahre, hingerichtet September 1943
Alice Hirsch, 20 Jahre, 8 Jahre Z., später im KZ Auschwitz ermordet
Edith Fränkel, 20 Jahre, 5 Jahre Z., später im KZ Theresienstadt ermordet
Richard Holzer, 31 Jahre, 1942 im Juni entflohen nach Ungarn
Lotte Paech, 32 Jahre, 29. Juni 1943 Todesurteil, Juni 1944 entflohen.

Das sind die Namen der Mitglieder der Widerstandsgruppe Herbert Baum. Bis auf Susanne Wesse und Irene Walter waren alle Juden. Die meisten von ihnen waren als Zwangsarbeiter bei Siemens zusammen. Sie führten den illegalen Widerstand nicht nur in der Zwangsarbeit durch, indem sie Sabotageakte vollbrachten und somit die

Rüstungen empfindlich störten, sie suchten auch die Möglichkeit zu einer großen Tat. Als im Januar 1942 im Lustgarten die Ausstellung „Sowjetparadies“ von den Nazis mit vielem Aufwand, um besonders die Juden und ihren angeblichen Einfluß in der Sowjetunion zu verunglimpfen, in Szene gesetzt wurde, war der Moment gekommen. Als sich herausstellte, daß es unmöglich war, auf der Ausstellung selbst Flugblätter zu verteilen oder Zettel anzukleben, entschloß man sich, die Ausstellungszelte anzuzünden, um weithin sichtbar zu demonstrieren. Zwar fand dieser Plan nicht die allgemeine Anerkennung. Zweierlei Bedenken wurden dagegen in erster Linie erhoben. Man fand, daß das Unternehmen nicht den Einsatz so vieler Menschenleben lohne, sodann, daß es als eine jüdische Aktion von der Gestapo aufgezogen und gegen die Gesamtheit der Juden ausgewertet werden könnte. Es wurden auch schon Zweifel gegen die Person

Franckes laut, von dem die Anregung ausgegangen war. Trotzdem wurde der Versuch gemacht. Der Brand konnte jedoch rasch gelöscht werden und wurde amtlich totgeschwiegen. Tatsächlich war Francke ein Spitzel der Gestapo, der auf diese Art die Teilnehmer an dem Komplott verriet.

Zwei Tage nach der Aktion verhaftete die Gestapo die direkt Beteiligten, die nach qualvollen Martern am 18. August 1942 hingerichtet wurden. In Gruppen folgten die übrigen, die des Hochverrats angeklagt wurden und fast alle das gleiche Schicksal erleiden mußten. Nur zwei Kameraden gelang es, zu entkommen, von denen die Kameradin Lotte Paech heute in Berlin lebt. Was die Warner befürchtet hatten, trat ein. Die Tatsache, daß Juden es gewagt hatten, in Aktion zu treten, wurde in der jüdischen Gemeinschaft gerächt. Fünfhundert Juden wurden ausgesucht, von denen etwa die Hälfte in Lichterfelde erschossen worden ist, während der Rest nach Sachsenhausen überführt wurde. In allen KZ-Lagern wurden zur Vergeltung je hundert Juden ermordet. Auch die Familienangehörigen der Beteiligten wurden verhaftet, die Frauen, Kinder und Greise nach Auschwitz verschleppt und dort vergast. Der Gestapospitzel Francke wurde später von seinen Auftraggebern beseitigt.



Die Herbert-Baum-Straße
führt zum Jüdischen Friedhof
in Berlin-Weissensee

Gedenkstein für die ermordeten Mitglieder der
Widerstandsgruppe Baum auf der Rückseite des
Grabmals von Herbert Baum auf dem Jüdischen
Friedhof in Berlin-Weissensee

Wir möchten uns hier an dieser
Stelle bei all denen bedanken,
die uns bei der Erstellung die-
ser Broschüre geholfen haben.
Stellvertretend für alle anderen
möchten wir Herrn H. Galinski,
der uns einen Artikel aus dem
Jahre 1947 zugänglich machte,
sowie den Museumspädagogischen
Dienst Berlin, der uns das meiste
Bildmaterial zur Verfügung stellte,
erwähnen.

